

1962	Ausgegeben zu Bonn am 16. Juni 1962	Nr. 21
Tag	Inhalt	Seite
8. 6. 62	Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit	365
15. 5. 62	Verordnung über die einmalige Unfallentschädigung gemäß § 63 des Soldatenversorgungsgesetzes	367
30. 5. 62	Verordnung zur Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung	370
30. 5. 62	Neufassung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung	372
1. 6. 62	Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol	379
1. 6. 62	Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz	388
2. 6. 62	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zulassung von Handels- und Importsaatgut	397
4. 6. 62	Zweite Verordnung zur Änderung der Ersten, Zweiten, Dritten, Vierten und Sechsten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen	398
24. 5. 62	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 27 Abs. 4 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes	407
6. 6. 62	Verordnung zur Änderung der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung	408
6. 6. 62	Neufassung der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung	412

In Teil II Nr. 14, ausgegeben am 30. Mai 1962, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Fischerei im Nordwestatlantik (Inkrafttreten für Polen). — Einundsiebzigste Verordnung zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. — Verordnung (Polizeiverordnung) über den Verkehr von Motorsportfahrzeugen in der Grimmershörner Bucht und auf dem Duhner Watt.

In Teil II Nr. 15, ausgegeben am 8. Juni 1962, sind veröffentlicht: ERP-Wirtschaftsplangesetz 1962. — Gesetz zu dem Protokoll vom 25. November 1959 über den Beitritt Griechenlands, Norwegens und Schwedens zu dem Übereinkommen vom 17. April 1950 über Gastarbeitnehmer. — Zehnte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Nicht liberalisierte Waren der Agrarwirtschaft). — Elfte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Zollaussetzungen — 2. Teil). — Vierzehnte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1962 (Zollaussetzungen und Zollkontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des internationalen Übereinkommens für die Schaffung eines Internationalen Tierseuchenamts in Paris (Inkrafttreten für Obervolta). — Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Austausch von Strafnachrichten und die Erteilung von Auskünften aus dem Strafregister.

Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit

Vom 8. Juni 1962

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Verboten ist die Errichtung eines Gebäudes, das

1. zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche als Büro-, Verwaltungs- oder Sitzungsgebäude, Geschäfts- oder Warenhaus,
2. zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche als Theater, Museum, Versammlungsstätte, Messe- oder Ausstellungsgebäude,
3. zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche als Gaststätte oder Beherbergungsbetrieb,

4. als Eigenheim, dessen Baukosten bis zur Rohbauabnahme ohne Einliegerwohnung mehr als 75 000 Deutsche Mark oder mit Einliegerwohnung mehr als 100 000 Deutsche Mark erfordern,

5. als Wochenendhaus mit mehr als 30 Quadratmeter Nutzfläche

zu dienen bestimmt ist. Das gleiche gilt, wenn mehr als ein Drittel der Nutzfläche des Gebäudes mehreren der in Nummer 1 bis 3 genannten Nutzungszwecken dienen soll.

(2) Verboten ist ferner die Änderung

1. eines Gebäudes der in Absatz 1 bezeichneten Art, es sei denn, daß das Gebäude

einem nicht in Absatz 1 genannten Nutzungszwecke zugeführt werden soll,

2. eines sonstigen Gebäudes, wenn es zu mehr als einem Drittel der Nutzfläche Nutzungszwecken zugeführt werden soll, die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 genannt sind.

Unterhaltungsarbeiten und Modernisierungsarbeiten gelten nicht als Änderung.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn

1. die bauaufsichtliche Genehmigung oder Zustimmung oder eine sie einschließende Genehmigung oder Zustimmung bis zum 22. Mai 1962 erteilt worden ist,
2. das Gebäude als Ersatz für ein zerstörtes Gebäude errichtet oder zur Behebung eines an dem Gebäude eingetretenen Schadens geändert werden soll und die Zerstörung oder der Schaden nicht von dem Eigentümer oder demjenigen, der dem Eigentümer gegenüber die Lasten des bebauten Grundstücks zu tragen hat, vorsätzlich oder grobfahrlässig herbeigeführt worden ist,
3. das Gebäude für Gottesdienst und Seelsorge bestimmt ist.

(4) Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß die Absätze 1 und 2 in Zonenrandgebieten keine Anwendung finden, in denen das Angebot an Bauleistungen ausreicht, um die vorhandene Nachfrage ordnungsgemäß zu befriedigen und der Wettbewerb durch eine zu hohe Nachfrage nicht nachteilig beeinflusst wird. Die betreffenden Teile der Zonenrandgebiete sind in der Rechtsverordnung zu bezeichnen.

§ 2

(1) Wird ein Gebäude entgegen dem Verbot des § 1 errichtet oder geändert, so ordnet die zuständige Verwaltungsbehörde unverzüglich die sofortige Einstellung der Bauarbeiten an; sie setzt die Einstellung erforderlichenfalls mit den Mitteln des Verwaltungszwanges durch.

(2) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Verfügung, mit der die sofortige Einstellung angeordnet ist, haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 3

(1) Ordnungswidrig handelt, wer als Bauherr, Bau-gewerbetreibender oder Bauleiter einer auf Grund

des § 2 ergangenen vollziehbaren Einstellungsverfügung zuwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100 000 Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit ver-jährt in zwei Jahren.

§ 4

(1) Die Bußgeldvorschrift des § 3 gilt auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechts-handlung, welche die Vertretungsbefugnis begrün-den sollte, unwirksam ist.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Personen steht gleich, wer

1. mit der Leitung oder Beaufsichtigung des verantwortlichen Unternehmens oder eines Teils dieses Unternehmens oder
2. mit der Leitung der verantwortlichen Ver-waltung oder eines Teils dieser Verwaltung beauftragt ist.

§ 5

(1) Begeht jemand als Mitglied des zur gesetz-lichen Vertretung berufenen Organs oder als Proku-rist einer juristischen Person oder als vertretungs-berechtigter Gesellschafter oder als Prokurist einer Personenhandelsgesellschaft eine Ordnungswidrig-keit nach § 3, so kann auch gegen die juristische Person die in § 3 Abs. 2 vorgesehene Geldbuße fest-gesetzt werden.

(2) § 6 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für das Entgelt und den Gewinn, den die juristische Person oder die Personenhandelsgesell-schaft für die Ordnungswidrigkeit empfangen oder aus ihr gezogen hat.

§ 6

Dieses Gesetz gilt nicht im Land Berlin und im Saarland.

§ 7

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkün-dung in Kraft und mit Ablauf des 30. Juni 1963 außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 8. Juni 1962

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Verordnung über die einmalige Unfallentschädigung gemäß § 63 des Soldatenversorgungsgesetzes

Vom 15. Mai 1962

Auf Grund des § 63 Abs. 4 und 5 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung vom 8. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1685) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern verordnet:

§ 1

Fliegendes Personal

(1) Soldaten, die

1. auf Grund eines Flugauftrags zur Besatzung eines Flugzeugs mit starren Tragflächen (Starrflügelflugzeug) und Strahl- oder Turboantrieb gehören,
2. in der fliegerischen Ausbildung zum Flugzeugführer, zum Fluglehrer oder zum Testpiloten stehen oder nach abgeschlossener fliegerischer Ausbildung auf einem anderen Flugzeugtyp umgeschult werden,
3. zum Lehrpersonal für die fliegerische Ausbildung gehören,

sind während des Flugdienstes (§ 3) besonders gefährdetes fliegendes Personal.

(2) Soldaten, die auf Grund eines Flugauftrags zur Besatzung eines Drehflügelflugzeugs oder eines Starrflügelflugzeugs mit Propellerantrieb gehören, sind während des Flugdienstes (§ 3) besonders gefährdetes fliegendes Personal,

1. wenn sie einen besonders gefährlichen Auftrag (§ 2 Abs. 1) durchführen oder
2. solange ein besonders gefährlicher Flugzustand (§ 2 Abs. 2) vorliegt.

(3) Soldaten, die auf Grund eines Flugauftrags zur Besatzung eines Flugzeugs gehören und im Luftnotfall mit Fallschirm abspringen, sind für die Dauer des Absprungs besonders gefährdetes fliegendes Personal.

§ 2

Besonders gefährlicher Auftrag oder Flugzustand

(1) Ein besonders gefährlicher Auftrag (§ 1 Abs. 2 Nr. 1) liegt vor

1. bei Flugaufträgen mit Verlastung oder Abwurf von Gerät,
2. bei Einsatz als Scheibenschleppflugzeug während des Beschusses,
3. bei durch Flugauftrag vorgeschriebenen Flügen
 - a) mit Starrflügelflugzeugen in einer Flughöhe von weniger als 500 Meter über Grund,
 - b) mit Drehflügelflugzeugen in einer Flughöhe von weniger als 250 Meter über Grund,

- c) im Schwebeflug in weniger als 250 Meter über Grund,
 - d) im Luftrettungseinsatz, dessen Durchführung mit einer besonderen Lebensgefahr verbunden ist,
 - e) im Langsamflug oder Kunstflug oder Flug im taktischen Verband,
4. bei Flugaufträgen
- a) zur Erprobung von neuen Flugzeugtypen,
 - b) zur Abnahme von neuen Flugzeugen,
 - c) zur Überprüfung von überholten Flugzeugen oder neuen oder erneuerten wesentlichen Flugzeugteilen,
 - d) zur Durchführung von Triebwerks- und Geräteerprobungen,
 - e) zur Erprobung von Flugzeugen im Rahmen einer beabsichtigten Änderung des bisherigen Verwendungszwecks.

(2) Ein besonders gefährlicher Flugzustand (§ 1 Abs. 2 Nr. 2) liegt vor

1. für die Dauer des Start- oder Landevorgangs (§ 3),
2. für die Dauer eines zur Durchführung des Flugauftrags notwendigen Durchfliegens von Schlechtwettergebieten, wenn das Flugzeug unter Blindflug-Bedingungen (Instrument flight rules — IFR) fliegen muß,
3. wenn und solange das Flugzeug steuerungsunfähig ist.

(3) Einem besonders gefährlichen Auftrag im Sinne des Absatzes 1 Nr. 3 stehen die Fälle gleich, in denen

1. sich abweichend von dem erteilten Flugauftrag die Notwendigkeit der in Absatz 1 Nr. 3 bezeichneten Flugarten erst nach dem Start auf Grund der die Flugbedingungen beeinflussenden Umstände ergibt,
2. im Luftrettungsdienst oder in der Ausbildung zum Luftrettungsdienst Dienstverrichtungen im Gefahrenbereich der Rotoren eines Drehflügelflugzeugs oder beim Abseilen aus einem Drehflügelflugzeug durchzuführen sind.

§ 3

Flugdienst

(1) Flugdienst ist jede Dienstverrichtung, die an Bord des Flugzeugs zur Durchführung des Flugauftrags einschließlich des Start- und Landevorgangs erforderlich ist.

(2) Der Start beginnt mit der Bewegung des Flugzeugs zum Zwecke des Abhebens vom Grund nach

der Freigabe zum Start und endet mit Erreichen der nach den Luftverkehrsregeln oder durch Flugauftrag vorgeschriebenen Mindestflughöhe. Die Landung beginnt mit der Freigabe zur Landung und endet bei Starrflügelflugzeugen mit der Beendigung des Ausrollens, bei Drehflügelflugzeugen mit dem Aufsetzen auf Grund nach Beendigung des Schwebezustands.

(3) Das Anrollen zum Start und das Abrollen nach der Landung gehören zum Start- oder Landevorgang nur bei Start oder Landung,

1. auf See außerhalb von Seeflughäfen oder
2. auf Start- oder Landebahnen ohne ordnungsgemäß ausgebaute und befestigte Oberfläche, die nicht durch Angehörige des Flugbetriebspersonals oder durch einen Flugzeugführer vorher erkundet sind.

(4) Zum Flugdienst gehören auch die in § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 3 Nr. 2 bezeichneten Dienstverrichtungen.

§ 4

Springendes Personal der Luftlandetruppen

Soldaten, die

1. einer springenden Einheit der Bundeswehr angehören,
2. im Fallschirmsprung ausgebildet werden,
3. zum Lehr- oder Ausbildungspersonal für die Sprungausbildung gehören,
4. mit der Erprobung oder Abnahme von Fallschirmen betraut sind,

sind für die Dauer des Sprungdienstes (§ 5) springendes Personal der Luftlandetruppen.

§ 5

Sprungdienst

Sprungdienst ist

1. die Übung an der Landefallgrube, an der Pendelvorrichtung oder am Sprungturm,
2. der Fallschirmabsprung vom Zeitpunkt des Absprungs aus dem Flugzeug bis zur Beendigung des Gesamtabsetzvorgangs.

§ 6

Mitfliegendes Personal

Soldaten, die auf Grund eines dienstlich erteilten Auftrags in einem Flugzeug mitfliegen, gelten während des Flugdienstes als besonders gefährdetes fliegendes Personal, wenn die Besatzung des Flugzeugs nach § 1 besonders gefährdetes fliegendes Personal ist.

§ 7

Soldaten im Bergrettungsdienst

(1) Soldaten, die

1. Heeresbergführer oder Angehörige der Heeresbergführerlehrgänge,
2. Angehörige der Hochgebirgstruppe der Gebirgstruppe,
3. auf Befehl zur Bergnothilfe eingesetzt,
4. in der Ausbildung für die Bergnothilfe oder

5. Ausbildungspersonal für die Fels- und Eisausbildung sind,

sind während der Dienstverrichtung nach Absatz 2 Soldaten im Bergrettungsdienst.

(2) Bergrettungsdienst ist jede Dienstverrichtung, die beim Einsatz oder bei der Ausbildung zur Bergnothilfe ausgeübt wird, und zwar im Felsklettern ab Schwierigkeitsgrad III, im Eisgehen ab Schwierigkeitsgrad II oder unter sonstigen Bedingungen, mit denen eine besondere Lebensgefahr verbunden ist.

§ 8

Kampfschwimmer und Minentaucher

(1) Soldaten, die als Einzelkämpfer für besondere Aufgaben gegen Schiffe, Unterwasserhindernisse sowie sonstige Anlagen im Wasser ausgebildet, in Übung gehalten und eingesetzt werden, sind Kampfschwimmer.

(2) Soldaten, die unter Wasser Minen suchen, finden und bezeichnen, hierfür ausgebildet, in Übung gehalten und eingesetzt werden, sind Minentaucher.

(3) Der Kampfschwimmerdienst umfaßt

1. Langstreckenschwimmen im offenen Meer, Langstreckentauchen, Anschwimmen von Objekten und sonstigen Einzelkämpfereinsatz im Wasser, soweit diese Dienstverrichtungen unter Fortfall der sonst im Taucherdienst der Marine üblichen Sicherheitsvorkehrungen ausgeübt werden,
2. Orientierungsschwimmen unter Wasser,
3. Sprengtätigkeit im Rahmen von Einsatzaufgaben im Wasser sowie
4. Absetzen und Wiederaufnehmen durch Schiffe, Flugzeuge oder sonstige Transportmittel.

(4) Der Minentaucherdienst umfaßt das Tauchen nach den verschiedenen Minentauchverfahren in stehenden und strömenden Gewässern unter Fortfall der sonst im Taucherdienst der Marine üblichen Sicherheitsvorkehrungen.

§ 9

Minendemonteur

(1) Minentaucher, die zu Dienstverrichtungen nach Absatz 2 ausgebildet, in Übung gehalten und eingesetzt werden, sind Minendemonteur.

(2) Der dienstliche Einsatz an Minen unter Wasser umfaßt das Klassifizieren, Identifizieren und Beseitigen von Minen.

§ 10

Versuchspersonal für die Erprobung von Minen und ähnlichen Kampfmitteln

(1) Soldaten, die zur Erprobung von Minen und ähnlichen Kampfmitteln planmäßig oder auf dem Kommandowege vorübergehend eingesetzt sind, sind Angehörige des Versuchspersonals für die dienstliche Erprobung von Minen und ähnlichen Kampfmitteln. Dies gilt auch für Soldaten, die zur dienstlichen Erprobung von Abwehrmitteln an

Minen und ähnlichen Kampfmitteln planmäßig oder auf dem Kommandowege vorübergehend eingesetzt sind, wenn eine Mine oder ein ähnliches Kampfmittel den Unfall verursacht hat.

(2) Minen sind Behälter mit Sprengstoffen oder Formkörper aus Sprengstoffen, die auf dem Lande oder im Wasser verlegt und unter Verwendung von Explosivstoffen auf mechanischem, chemischem oder elektrischem Wege durch Berührung, Annäherung oder nach Ablauf einer vorher bestimmten Zeit gezündet werden. Ähnliche Kampfmittel sind sonstige Kampfmittel, die Explosivstoffe oder andere gefährliche Stoffe enthalten oder aus solchen Stoffen bestehen.

(3) Zur dienstlichen Erprobung gehören auch das Befördern, Verlegen, Wiederaufnehmen und sonstige dienstliche Verrichtungen, soweit die Tätigkeiten mit der Erprobung im Zusammenhang stehen.

§ 11

Munitionsuntersuchungspersonal

(1) Soldaten, die zur Untersuchung von Munition eingesetzt, und Soldaten, die dabei als Hilfskräfte tätig sind, gehören während des dienstlichen Umgangs mit Munition (Absatz 3) zum besonders gefährdeten Munitionsuntersuchungspersonal.

(2) Munition sind alle Gegenstände für den militärischen Gebrauch, die Explosivstoffe enthalten oder aus Explosivstoffen bestehen. Zur Erzeugung

von Feuer, Rauch, künstlichem Nebel oder einer anderen Wirkung können die Gegenstände auch andere Stoffe enthalten.

(3) Dienstlicher Umgang mit Munition ist das befohlene Untersuchen (Prüfen und Feststellen des Zustands) von Munition, deren Zustand zweifelhaft oder deren Herkunft unbekannt ist. Dazu gehören alle Dienstverrichtungen, die mit der Untersuchung im Zusammenhang stehen, insbesondere das Markieren, Freilegen, Befördern, Zerlegen und Vernichten sowie das Entfernen, Auswechseln und Hinzufügen von Teilen.

§ 12

Andere Angehörige des öffentlichen Dienstes im Bereich der Bundeswehr

Für Beamte, Angestellte und Arbeiter im Bereich der Bundeswehr gelten die §§ 1 bis 11 entsprechend.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 3. August 1961 in Kraft. § 1 Abs. 3, § 2 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe d und Abs. 3 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 treten mit Wirkung vom 1. April 1956 in Kraft. Die Verordnung über die einmalige Flugunfallentschädigung gemäß § 63 des Soldatenversorgungsgesetzes vom 7. Oktober 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 665) tritt mit Wirkung vom 3. August 1961 außer Kraft.

Bonn, den 15. Mai 1962

Der Bundesminister der Verteidigung
Strauß

Verordnung
zur Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung
Vom 30. Mai 1962

Auf Grund des § 35 c des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung vom 13. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1730) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung vom 24. März 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 152) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 1 Abs. 2 wird das Wort „Wandergewerbebetrieb“ durch das Wort „Reisegewerbebetrieb“ ersetzt.
2. In § 8 wird der folgende Absatz 3 angefügt:
 „(3) Werden von einer sonstigen juristischen Person des privaten Rechts oder einem nicht-rechtsfähigen Verein (§ 2 Abs. 3 des Gesetzes) mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhalten, so gelten sie als ein einheitlicher Gewerbebetrieb.“
3. In § 10 werden hinter dem Klammersatz „(WiGBI. S. 181)“ die Worte „und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511)“ eingefügt.
4. § 11 Abs. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Das Wort „Reichsgewerbeordnung“ wird durch das Wort „Gewerbeordnung“ ersetzt.
 - b) Die folgenden Worte werden angefügt:
 „, oder daß eine Erlaubnispflicht nach § 30 der Gewerbeordnung nicht besteht.“

5. Hinter § 12 wird der folgende § 12 a eingefügt:

„§ 12 a

Kleinere Versicherungsvereine

Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinn des § 53 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), sind von der Gewerbesteuer befreit, wenn sie nach § 12 der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung von der Körperschaftsteuer befreit sind.“

6. § 13 Satz 2 wird gestrichen.
7. In § 17 Satz 2 werden die Worte „für den ganzen Erhebungszeitraum“ durch die Worte „für das ganze Wirtschaftsjahr“ ersetzt.
8. § 18 wird gestrichen.

9. § 19 erhält folgende Fassung:

„§ 19

Dauerschulden bei Kreditinstituten

Bei Unternehmen, für die die Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 881) gelten, sind Dauerschulden nur insoweit anzunehmen, als der Ansatz der zum Anlagevermögen gehörigen Betriebsgrundstücke (einschließlich Gebäude) und dauernden Beteiligungen das Eigenkapital überschreitet. Das gilt auch für private Bausparkassen und Geschäftsbetriebe, die diesen gemäß § 112 Abs. 2 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), gleichgestellt sind, sowie für öffentlich-rechtliche Bausparkassen.“

10. In § 20 Abs. 1 werden die folgenden Sätze 3 und 4 eingefügt:

„Beginnt die Steuerpflicht eines Gewerbebetriebs im Laufe eines Erhebungszeitraums, so ist für diesen Erhebungszeitraum der Stand im Zeitpunkt des Beginns der Steuerpflicht maßgebend. Wird im Fall des § 2 Abs. 5 des Gesetzes ein Gewerbebetrieb im Laufe eines Erhebungszeitraums mit einem bestehenden Gewerbebetrieb vereinigt, so ist bei diesem Gewerbebetrieb die Kürzung nach § 9 Ziff. 1 Satz 1 des Gesetzes für den übernommenen Grundbesitz mit so vielen Zwölfteln vorzunehmen, wie er im Erhebungszeitraum volle Kalendermonate zum Betriebsvermögen dieses Gewerbebetriebs gehört hat.“

11. Die Bezugnahme auf das Gesetz vor § 22 „Zu § 11 des Gesetzes“ wird durch die Worte „Zu §§ 11 und 25 des Gesetzes“ ersetzt.

12. § 22 erhält folgende Fassung:

„§ 22

Hausgewerbetreibende und ihnen gleichgestellte Personen

(1) Gesamtumsatz im Sinn des § 11 Abs. 3 des Gesetzes ist der Gesamtumsatz im Sinn des § 13 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 1. September 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 796).

(2) Betreibt ein Hausgewerbetreibender oder eine ihm gleichgestellte Person noch eine andere gewerbliche Tätigkeit und sind beide Tätigkeiten als eine Einheit anzusehen, so sind § 11 Abs. 3 und § 25 Abs. 3 des Gesetzes nur anzuwenden, wenn die andere Tätigkeit nicht überwiegt. Die Vergünstigung gilt in diesem Fall für den gesamten Gewerbeertrag.“

13. § 25 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Ziff. 1 werden die Zahl „4000“ durch die Zahl „7200“ und die Zahl „20 000“ durch die Zahl „6000“ ersetzt.

b) Der folgende Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Die Steuererklärung ist spätestens an dem von den obersten Finanzbehörden der Länder bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Das Recht des Finanzamts, schon vor diesem Zeitpunkt Angaben zu verlangen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, bleibt unberührt.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

14. In § 27 Abs. 2 Ziff. 2 werden die Worte „sowie von Heizöl, Holz und Torf“ angefügt.

15. In § 32 wird die Zahl „12 000“ durch die Zahl „24 000“ ersetzt.

16. In § 33 Abs. 2 Ziff. 2 werden die Worte „sowie von Heizöl, Holz und Torf“ angefügt.

17. In § 34 wird der folgende Satz 2 angefügt:

„Befand sich im Fall des Satzes 1 die Geschäftsleitung gleich lange Zeit in mehreren Gemeinden, so ist der Kleinbetrag der Gemeinde zuzuweisen, in der sich die Geschäftsleitung am Ende des Erhebungszeitraums befunden hat.“

18. In § 35 werden ersetzt

a) in der Überschrift das Wort „Wandergewerbebetriebe“ durch das Wort „Reisegewerbebetriebe“;

b) in Absatz 1 das Wort „Wandergewerbebetrie-benden“ durch das Wort „Reisegewerbebetrei-benden“.

19. § 36 erhält folgende Fassung:

„§ 36

Anwendungszeitraum

(1) Die Vorschriften dieser Verordnung gelten vorbehaltlich des Absatzes 2 erstmals für den Erhebungszeitraum 1961, bei der Lohnsummensteuer erstmals für Lohnsummen, die nach dem 31. Dezember 1960 gezahlt werden.

(2) § 19 gilt erstmals für den Erhebungszeit-raum 1962.“

20. § 37 wird gestrichen.

21. In § 38 werden die Worte „in Verbindung mit Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetz-blatt I S. 373)“ durch die Worte „in Verbindung mit § 37 des Gesetzes“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Über-leitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetz-blatt I S. 1) in Verbindung mit § 37 des Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Ver-kündung in Kraft.

Bonn, den 30. Mai 1962

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

**Bekanntmachung der Neufassung
der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung**

Vom 30. Mai 1962

Auf Grund des § 35 d des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung vom 13. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1730) wird nachstehend der Wortlaut der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung unter Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung vom 30. Mai 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 370) bekanntgemacht.

Bonn, den 30. Mai 1962

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung
in der Fassung vom 30. Mai 1962
(GewStDV 1961)

Zu § 2 des Gesetzes

§ 1

Gewerbebetrieb und stehender Gewerbebetrieb

(1) Eine selbständige nachhaltige Betätigung, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, ist Gewerbebetrieb, wenn die Betätigung weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbständige Arbeit im Sinn des Einkommensteuerrechts anzusehen ist. Die Gewinnabsicht (das Streben nach Gewinn) braucht nicht der Hauptzweck der Betätigung zu sein. Ein Gewerbebetrieb liegt, wenn seine Voraussetzungen im übrigen gegeben sind, auch dann vor, wenn das Streben nach Gewinn (die Gewinnabsicht) nur ein Nebenzweck ist.

(2) Stehender Gewerbebetrieb ist jeder Gewerbebetrieb, der kein Reisegewerbebetrieb im Sinn des § 35 a Abs. 2 des Gesetzes ist.

§ 2

Betriebe der öffentlichen Hand

(1) Unternehmen von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind gewerbsteuerpflichtig, wenn sie als stehende Gewerbebetriebe anzusehen sind. Das gilt für Versorgungsbetriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten auch dann, wenn sie mit Zwangs- oder Monopolrechten für ein Gebiet im Geltungsbereich des Gesetzes ausgestattet sind.

(2) Unternehmen von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe), gehören nicht zu den Gewerbebetrieben. Eine Ausübung der öffentlichen Gewalt ist insbesondere anzunehmen, wenn es sich um Leistungen handelt, zu deren Annahme der Leistungsempfänger auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung verpflichtet ist. Hoheitsbetriebe sind z. B. Forschungsanstalten, Wetterwarten, Schlachthöfe, Friedhöfe, Anstalten zur Lebensmitteluntersuchung, zur Desinfektion, zur Leichenverbrennung, zur Müllbeseitigung, zur Straßenreinigung und zur Abführung von Abwässern und Abfällen.

§ 3

Organgesellschaft

Eine Kapitalgesellschaft ist dem Willen eines gewerblichen Unternehmens derart untergeordnet, daß sie keinen eigenen Willen hat (Organgesellschaft), wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in dieses Unternehmen eingegliedert ist.

§ 4

Aufgabe, Auflösung und Konkurs

(1) Ein Gewerbebetrieb, der aufgegeben oder aufgelöst wird, bleibt Steuergegenstand bis zur Beendigung der Aufgabe oder Abwicklung.

(2) Die Gewerbsteuerpflicht wird durch die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Unternehmers nicht berührt.

§ 5

Betriebstätten auf Schiffen

Ein Gewerbebetrieb wird gewerbsteuerlich insoweit nicht im Inland betrieben, als für ihn eine Betriebstätte auf einem Kauffahrteischiff unterhalten wird, das im sogenannten regelmäßigen Liniendienst ausschließlich zwischen ausländischen Häfen verkehrt, auch wenn es in einem inländischen Schiffsregister eingetragen ist.

§ 6

Binnen- und Küstenschiffahrtsbetriebe

Bei Binnen- und Küstenschiffahrtsbetrieben, die feste örtliche Anlagen oder Einrichtungen zur Ausübung des Gewerbes nicht unterhalten, gilt eine Betriebstätte in dem Ort als vorhanden, der als Heimathafen (Heimatort) im Schiffsregister eingetragen ist.

§ 7

Gewerbebetriebe, die auch außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes im Inland betrieben werden

(1) Befindet sich die Geschäftsleitung außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes in einem inländischen Gebiet, in dem Betriebstätten von Unternehmen mit Geschäftsleitung im Geltungsbereich des Gesetzes wie selbständige Unternehmen zur Gewerbebesteuer herangezogen werden, so ist,

1. wenn im Geltungsbereich des Gesetzes nur eine Betriebstätte vorhanden ist, diese wie ein selbständiges Unternehmen zur Gewerbebesteuer heranzuziehen,
2. wenn im Geltungsbereich des Gesetzes mehrere Betriebstätten vorhanden sind, die Gesamtheit dieser Betriebstätten wie ein selbständiges Unternehmen zu behandeln und der einheitliche Steuermeßbetrag von dem Finanzamt festzusetzen, in dessen Bezirk sich die wirtschaftlich bedeutendste der im Geltungsbereich des Gesetzes gelegenen Betriebstätten befindet.

(2) Ist die Geschäftsleitung im Laufe des Erhebungszeitraums aus einem inländischen Gebiet der im Absatz 1 bezeichneten Art in den Geltungsbereich

des Gesetzes verlegt worden, so ist das Unternehmen so zu behandeln, als ob sich die Geschäftsleitung während des ganzen Zeitraums, in dem das Gewerbe im Geltungsbereich des Gesetzes betrieben wurde, in diesem befunden hätte. Ist die Geschäftsleitung im Laufe des Erhebungszeitraums aus dem Geltungsbereich des Gesetzes in ein inländisches Gebiet der in Absatz 1 bezeichneten Art verlegt worden, so ist das Unternehmen so zu behandeln, als ob sich die Geschäftsleitung während des ganzen Erhebungszeitraums in diesem Gebiet befunden hätte.

Zu §§ 2 und 3 des Gesetzes

§ 8

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb

(1) Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist eine selbständige nachhaltige Tätigkeit, durch die Einnahmen oder andere wirtschaftliche Vorteile erzielt werden und die über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich.

(2) Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist nur insoweit gewerbsteuerpflichtig, als er über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht.

(3) Werden von einer sonstigen juristischen Person des privaten Rechts oder einem nichtrechtsfähigen Verein (§ 2 Abs. 3 des Gesetzes) mehrere wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhalten, so gelten sie als ein einheitlicher Gewerbebetrieb.

§ 9

Vermögensverwaltung

Vermögensverwaltung liegt in der Regel vor, wenn Vermögen genutzt, zum Beispiel Kapitalvermögen verzinslich angelegt, unbewegliches Vermögen vermietet oder verpachtet wird.

Zu § 3 des Gesetzes

§ 10

Durchführung der Steuerbefreiung nach § 3 Ziff. 6 des Gesetzes

Für die Durchführung der Steuerbefreiung gelten die §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1948 (WiGBL. S. 181) und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511) und die Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592).

§ 11

Krankenanstalten

(1) Krankenanstalten des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands sind von der Gewerbebesteuer befreit.

(2) Krankenanstalten, die nicht von einer in Absatz 1 bezeichneten Gebietskörperschaft betrieben werden, sind von der Gewerbebesteuer befreit, wenn sie im Bemessungszeitraum in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienen.

(3) Eine Krankenanstalt dient in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung, wenn sie die Voraussetzungen erfüllt, die in § 10 Abs. 2 und 3 der Gemeinnützigkeitsverordnung bezeichnet sind.

(4) Absätze 2 und 3 gelten auch dann, wenn eine Krankenanstalt von einer natürlichen Person oder von einer Personengesellschaft betrieben wird.

(5) Hat eine Privatkrankenanstalt keine Konzession (§ 30 der Gewerbeordnung), so steht ihr Steuerfreiheit auf Grund dieses Paragraphen nicht zu, es sei denn, daß sie in einem Gebiet betrieben wird, in dem diese Konzession nicht erforderlich ist, oder daß eine Erlaubnispflicht nach § 30 der Gewerbeordnung nicht besteht.

§ 12

Wohnungs- und Siedlungsunternehmen

Von der Gewerbebesteuer sind befreit

1. Wohnungsunternehmen, solange sie auf Grund des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 29. Februar 1940 — WGG — (Reichsgesetzbl. I S. 438) und der das Gesetz ergänzenden Vorschriften als gemeinnützig anerkannt sind;
2. Unternehmen, solange sie als Organe der staatlichen Wohnungspolitik (§ 28 WGG) anerkannt sind;
3. die von den zuständigen Landesbehörden oder früheren Reichsbehörden begründeten oder anerkannten gemeinnützigen Siedlungsunternehmen im Sinn des Reichssiedlungsgesetzes und im Sinn der Bodenreformgesetze der Länder;
4. die von den obersten Landesbehörden zur Ausgabe von Heimstätten zugelassenen gemeinnützigen Unternehmen im Sinn des Reichsheimstättengesetzes.

§ 12 a

Kleinere Versicherungsvereine

Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinn des § 53 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), sind von der Gewerbebesteuer befreit, wenn sie nach § 12 der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung von der Körperschaftsteuer befreit sind.

§ 13

Einnehmer einer staatlichen Lotterie

Die Tätigkeit der Einnehmer einer staatlichen Lotterie unterliegt auch dann nicht der Gewerbebesteuer, wenn sie im Rahmen eines Gewerbebetriebs ausgeübt wird.

Zu § 4 des Gesetzes

§ 14

Gewerbebetriebe auf gemeindefreien Grundstücken

Befinden sich Betriebstätten auf gemeindefreien Grundstücken, so trifft die oberste Landesbehörde Bestimmungen über die Erhebung der Steuer.

§ 15

Hebeberechtigte Gemeinde bei Gewerbebetrieben auf Schiffen und bei Binnen- und Küstenschiffahrtbetrieben

Hebeberechtigte Gemeinde für die Betriebstätten auf Kauffahrteischiffen, die in einem inländischen Schiffsregister eingetragen sind und nicht im sogenannten regelmäßigen Liniendienst ausschließlich zwischen ausländischen Häfen verkehren, und für die in § 6 bezeichneten Binnen- und Küstenschiffahrtbetriebe ist die Gemeinde, in der der inländische Heimathafen (Heimatort) des Schiffes liegt.

Zu §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes

§ 16

Gewerbeertrag bei Abwicklung und Konkurs

(1) Der Gewerbeertrag, der bei einem in der Abwicklung befindlichen Gewerbebetrieb im Sinn des § 2 Abs. 2 Ziff. 2 des Gesetzes im Zeitraum der Abwicklung entstanden ist, ist auf die Jahre des Abwicklungszeitraums zu verteilen.

(2) Daß gilt entsprechend für Gewerbebetriebe, wenn über das Vermögen des Unternehmers das Konkursverfahren eröffnet worden ist.

Zu § 8 des Gesetzes

§ 17

Benutzung fremder Betriebsanlagegüter

Jahresbetrag im Sinn des § 8 Ziff. 7 Satz 3 des Gesetzes ist jeweils der Betrag, der den Gewinn im Sinn des § 7 des Gesetzes gemindert hat. Das gilt auch dann, wenn Miet- und Pachtzinsen nicht für das ganze Wirtschaftsjahr gezahlt worden sind; eine Umrechnung auf ein Jahresergebnis findet nicht statt.

§ 18

(gestrichen)

Zu §§ 8 und 12 des Gesetzes

§ 19

Dauerschulden bei Kreditinstituten

Bei Unternehmen, für die die Vorschriften des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 881) gelten, sind Dauerschulden nur insoweit anzunehmen, als der Ansatz der zum Anlagevermögen gehörigen Betriebsgrundstücke (einschließlich Gebäude) und dauernden Beteiligungen das Eigenkapital überschreitet. Das gilt auch für private Bausparkassen und Geschäftsbetriebe, die diesen gemäß § 112 Abs. 2 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931

(Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), gleichgestellt sind, sowie für öffentlich-rechtliche Bausparkassen.

Zu § 9 des Gesetzes

§ 20

Grundbesitz

(1) Die Frage, ob und inwieweit im Sinn des § 9 Ziff. 1 des Gesetzes Grundbesitz zum Betriebsvermögen des Unternehmers gehört, ist nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes zu entscheiden. Maßgebend ist dabei der Stand zu Beginn des Erhebungszeitraums. Beginnt die Steuerpflicht eines Gewerbebetriebs im Laufe eines Erhebungszeitraums, so ist für diesen Erhebungszeitraum der Stand im Zeitpunkt des Beginns der Steuerpflicht maßgebend. Wird im Fall des § 2 Abs. 5 des Gesetzes ein Gewerbebetrieb im Laufe eines Erhebungszeitraums mit einem bestehenden Gewerbebetrieb vereinigt, so ist bei diesem Gewerbebetrieb die Kürzung nach § 9 Ziff. 1 Satz 1 des Gesetzes für den übernommenen Grundbesitz mit so vielen Zwölfteln vorzunehmen, wie er im Erhebungszeitraum volle Kalendermonate zum Betriebsvermögen dieses Gewerbebetriebs gehört hat.

(2) Gehört der Grundbesitz nur zum Teil zum Betriebsvermögen im Sinn des Absatzes 1, so ist der Kürzung nach § 9 Ziff. 1 des Gesetzes nur der entsprechende Teil des Einheitswerts zugrunde zu legen.

Zu §§ 9 und 12 des Gesetzes

§ 21

Kürzungen für Grundstücke im Zustand der Bebauung

Befindet sich ein Grundstück im Zustand der Bebauung, so bemessen sich die Kürzungen nach § 9 Ziff. 1 Satz 1 und nach § 12 Abs. 3 Ziff. 1 des Gesetzes nach dem Einheitswert, der nach § 33 a Abs. 1 oder 2 der Durchführungsverordnung zum Bewertungsgesetz vom 2. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 81) festgestellt ist.

Zu §§ 11 und 25 des Gesetzes

§ 22

Hausgewerbetreibende und ihnen gleichgestellte Personen

(1) Gesamtumsatz im Sinn des § 11 Abs. 3 des Gesetzes ist der Gesamtumsatz im Sinn des § 13 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 1. September 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 796).

(2) Betreibt ein Hausgewerbetreibender oder eine ihm gleichgestellte Person noch eine andere gewerbliche Tätigkeit und sind beide Tätigkeiten als eine Einheit anzusehen, so sind § 11 Abs. 3 und § 25 Abs. 3 des Gesetzes nur anzuwenden, wenn die andere Tätigkeit nicht überwiegt. Die Vergünstigung gilt in diesem Fall für den gesamten Gewerbeertrag.

Zu § 12 des Gesetzes

§ 23

Gewerbekapital beim Eintritt in die Steuerpflicht

Beim Eintritt eines Gewerbebetriebs in die Steuerpflicht ist das Gewerbekapital für den ersten Erhebungszeitraum auf den Zeitpunkt des Beginns der Steuerpflicht nach den Grundsätzen des § 12 des Gesetzes und des Bewertungsgesetzes zu ermitteln.

§ 24

**Veränderungen
im Bestand an Betriebsgrundstücken**

(1) Der Erwerb oder die Veräußerung eines Betriebsgrundstücks wird bei der Ermittlung des Gewerbekapitals nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 berücksichtigt, wenn das Betriebsgrundstück nach dem Zeitpunkt, auf den der maßgebende Einheitswert des gewerblichen Betriebs (§ 12 Abs. 5 des Gesetzes) festgestellt worden ist, und vor dem Beginn des Erhebungszeitraums erworben oder veräußert worden ist.

(2) Beim Erwerb eines Betriebsgrundstücks ist das Gewerbekapital um den Betrag der Anschaffungskosten für das Grundstück zu kürzen. Verbindlichkeiten im Sinn des § 12 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes, die mit dem Erwerb des Grundstücks zusammenhängen, sind dem Gewerbekapital hinzuzurechnen. Entsprechendes gilt, wenn aus Mitteln des gewerblichen Betriebs Aufwendungen auf Betriebsgrundstücke gemacht worden sind und dies zu einer Fortschreibung des Einheitswerts des Betriebsgrundstücks geführt hat.

(3) Bei der Veräußerung eines Betriebsgrundstücks ist der Betrag des Veräußerungserlöses abzüglich der Verbindlichkeiten im Sinn des § 12 Abs. 2 Ziff. 1 des Gesetzes, die bei der Veräußerung des Grundstücks weggefallen sind, dem Gewerbekapital hinzuzurechnen.

Zu §§ 14 und 27 des Gesetzes

§ 25

Gewerbesteuererklärung

(1) Eine Gewerbesteuererklärung zur Festsetzung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital ist abzugeben

1. für alle gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen, deren Gewerbeertrag im Erhebungszeitraum den Betrag von 7200 Deutsche Mark oder deren Gewerbekapital an dem maßgebenden Feststellungszeitpunkt den Betrag von 6000 Deutsche Mark überstiegen hat;
2. für Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften, bergrechtliche Gewerkschaften);
3. für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und für Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für sonstige juristische Personen des privaten Rechts und für nichtrechtsfähige Vereine ist eine Gewerbesteuererklärung nur abzugeben, soweit diese Unternehmen einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) unterhalten, der über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht;

4. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrags oder die Höhe des Gewerbekapitals für alle gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen der Gewinn auf Grund eines Buchabschlusses zu ermitteln ist oder ermittelt wird;
5. für alle gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen, für die vom Finanzamt eine Gewerbesteuererklärung besonders verlangt wird.

(2) Die Steuererklärung ist spätestens an dem von den obersten Finanzbehörden der Länder bestimmten Zeitpunkt abzugeben. Das Recht des Finanzamts, schon vor diesem Zeitpunkt Angaben zu verlangen, die für die Besteuerung von Bedeutung sind, bleibt unberührt.

(3) Eine Gewerbesteuererklärung zur Festsetzung des Steuermeßbetrags nach der Lohnsumme ist für alle gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen abzugeben, für die vom Finanzamt eine solche Erklärung besonders verlangt wird.

§ 26

**Zuschlag wegen verspäteter Abgabe
der Steuererklärung**

(1) Das Finanzamt kann einen Zuschlag (§ 168 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung) bis zu zehn vom Hundert des endgültig festgesetzten Steuermeßbetrags festsetzen, wenn die Steuerklärungsfrist nicht gewahrt wird. Der Zuschlag ist zu unterlassen oder zurückzunehmen, wenn die Versäumnis entschuldbar erscheint.

(2) Der Zuschlag fließt der Gemeinde zu. Sind mehrere Gemeinden an der Gewerbesteuer beteiligt, so fließt der Zuschlag der Gemeinde zu, der der größte Zerlegungsanteil zugewiesen ist. Auf den Zuschlag ist der Hebesatz der Gemeinde nicht anzuwenden.

Zu § 17 des Gesetzes

§ 27

Wareneinzelhandelsunternehmen

(1) Wareneinzelhandelsunternehmen im Sinn des § 17 des Gesetzes sind Unternehmen, die ausschließlich oder neben anderen Umsätzen Lieferungen im Einzelhandel bewirken. Lieferungen im Einzelhandel, die neben anderen Umsätzen bewirkt werden, bleiben außer Betracht, wenn sie ein Hundertstel des Gesamtumsatzes nicht übersteigen.

(2) Lieferungen im Einzelhandel im Sinn des Absatzes 1 sind die in § 11 Abs. 3 und 4 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 1. September 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 796) bezeichneten Lieferungen mit Ausnahme der folgenden Lieferungen:

1. Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme;
2. Lieferungen von Brennstoffen, und zwar von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle (Briketts) und aus Kohle hergestelltem Koks sowie von Heizöl, Holz und Torf.

§ 28

Gemischtes Unternehmen

(1) Dient in einem Unternehmen, das sowohl Umsätze im Einzelhandel als auch andere Umsätze bewirkt (gemischtes Unternehmen), eine Betriebsstätte nur zum Teil Zwecken des Wareneinzelhandels, so unterliegt nur derjenige Teil des Zerlegungsanteils oder des einheitlichen Steuermeßbetrags dieser Betriebsstätte dem erhöhten Hebesatz, der auf den Wareneinzelhandel entfällt. § 27 Abs. 1 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Der Teil des Steuermeßbetrags, der nach Absatz 1 dem erhöhten Hebesatz unterliegt, bestimmt sich nach dem Verhältnis, in dem die Summe der Arbeitslöhne, die auf die Einzelhandelstätigkeit in der Betriebsstätte entfallen, zu dem Gesamtbetrag der in der Betriebsstätte gezahlten Löhne steht. Läßt sich dieses Verhältnis nicht feststellen oder führt die Zugrundelegung dieses Verhältnisses zu einem unbilligen Ergebnis, so ist der Zerlegungsanteil oder der einheitliche Steuermeßbetrag nach einem Maßstab aufzuteilen, der die tatsächlichen Verhältnisse besser berücksichtigt.

Zu § 19 des Gesetzes

§ 29

Anpassung und erstmalige Festsetzung der Vorauszahlungen

(1) In den Fällen des § 19 Abs. 3 des Gesetzes bedarf es der Festsetzung des einheitlichen Steuermeßbetrags nur, wenn dieser sich entweder um mehr als ein Fünftel, mindestens aber um 20 Deutsche Mark oder mehr als 1000 Deutsche Mark ändert. Die hebeberechtigten Gemeinden sind an dem Steuermeßbetrag in demselben Verhältnis beteiligt, nach dem die Zerlegungsanteile in dem unmittelbar vorangegangenen Zerlegungsbescheid festgesetzt sind. Ein Zerlegungsbescheid ist nicht zu erteilen. Das Finanzamt hat gleichzeitig mit der Festsetzung des einheitlichen Steuermeßbetrags den hebeberechtigten Gemeinden mitzuteilen

1. den Hundertsatz, um den sich der einheitliche Steuermeßbetrag gegenüber dem in der Mitteilung über die Zerlegung (§ 386 Abs. 4 der Reichsabgabenordnung) angegebenen einheitlichen Steuermeßbetrag erhöht oder ermäßigt,
2. den Erhebungszeitraum, für den die Änderung erstmals gilt.

(2) In den Fällen des § 19 Abs. 4 des Gesetzes hat das Finanzamt erforderlichenfalls den einheitlichen Steuermeßbetrag für Zwecke der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen zu zerlegen. Das gleiche gilt in den Fällen des § 19 Abs. 3 des Gesetzes, wenn an

den Vorauszahlungen nicht dieselben Gemeinden beteiligt sind, die nach dem unmittelbar vorangegangenen Zerlegungsbescheid beteiligt waren. Bei der Zerlegung sind die mutmaßlichen Betriebseinnahmen oder Arbeitslöhne des Erhebungszeitraums anzusetzen, für den die Festsetzung der Vorauszahlungen erstmals gilt.

§ 30

Verlegung von Betriebsstätten

Wird eine Betriebsstätte in eine andere Gemeinde verlegt, so sind die Vorauszahlungen in dieser Gemeinde von dem auf die Verlegung folgenden Fälligkeitstag ab zu entrichten. Das gilt nicht, wenn in der Gemeinde, aus der die Betriebsstätte verlegt wird, mindestens eine Betriebsstätte des Unternehmens bestehen bleibt.

Zu § 24 des Gesetzes

§ 31

Urlaubsmarken im Baugewerbe

Wird den im Baugewerbe und in den Baunebenberufen tätigen Arbeitnehmern Urlaubsgeld nach dem Markenverfahren gewährt, so gehört das gesamte Urlaubsgeld zur Lohnsumme des Unternehmens, das die Aushändigung des Urlaubsgelds an den Arbeitnehmer bewirkt. Die Aufwendungen zum Erwerb der Urlaubsmarken gehören nicht zur Lohnsumme.

Zu § 27 des Gesetzes

§ 32

Festsetzung des Steuermeßbetrags nach der Lohnsumme

Bestehen in den Fällen des § 27 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes Zweifel, ob die Lohnsumme des Gewerbebetriebs im Rechnungsjahr den Betrag von 24 000 Deutsche Mark überschreiten wird, so hat das Finanzamt den Steuermeßbetrag erst nach Ablauf des Rechnungsjahrs festzusetzen.

Zu § 29 des Gesetzes

§ 33

Wareneinzelhandelsunternehmen

(1) Wareneinzelhandelsunternehmen im Sinn des § 29 Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes sind Unternehmen, die ausschließlich Lieferungen im Einzelhandel bewirken. Der Eigenverbrauch (§ 1 Ziff. 2 des Umsatzsteuergesetzes) bleibt dabei außer Betracht.

(2) Lieferungen im Einzelhandel im Sinn des Absatzes 1 sind die in § 11 Abs. 3 der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 1. September 1951 bezeichneten Lieferungen mit Ausnahme der folgenden Lieferungen:

1. Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme;
2. Lieferungen von Brennstoffen, und zwar von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle (Briketts) und aus Kohle hergestelltem Koks sowie von Heizöl, Holz und Torf.

Zu § 34 des Gesetzes

§ 34

Kleinbeträge bei Verlegung der Geschäftsleitung

Hat das Unternehmen die Geschäftsleitung im Laufe des Erhebungszeitraums in eine andere Gemeinde verlegt, so ist der Kleinbetrag der Gemeinde zuzuweisen, in der sich die Geschäftsleitung während des Erhebungszeitraums die längste Zeit befunden hat. Befand sich im Fall des Satzes 1 die Geschäftsleitung gleich lange Zeit in mehreren Gemeinden, so ist der Kleinbetrag der Gemeinde zuzuweisen, in der sich die Geschäftsleitung am Ende des Erhebungszeitraums befunden hat.

Zu § 35 a des Gesetzes

§ 35

Reisegewerbebetriebe

(1) Der Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit befindet sich in der Gemeinde, von der aus die gewerbliche Tätigkeit vorwiegend ausgeübt wird. Das ist in der Regel die Gemeinde, in der sich der Wohnsitz des Reisegewerbetreibenden befindet. In Ausnahmefällen ist Mittelpunkt eine auswärtige Gemeinde, wenn die gewerbliche Tätigkeit von dieser Gemeinde (z. B. von einem Büro oder Warenlager) aus vorwiegend ausgeübt wird. Ist der Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit nicht feststellbar, so ist die Gemeinde heheberechtigt, in der der Unternehmer polizeilich gemeldet oder meldepflichtig ist.

(2) Eine Zerlegung des einheitlichen Steuermeßbetrags auf die Gemeinden, in denen das Gewerbe ausgeübt worden ist, unterbleibt.

(3) Der einheitliche Steuermeßbetrag ist im Fall des § 35 a Abs. 4 des Gesetzes nach dem Anteil der

Kalendermonate auf die heheberechtigten Gemeinden zu zerlegen. Kalendermonate, in denen die Steuerpflicht nur während eines Teils bestanden hat, sind voll zu rechnen. Der Anteil für den Kalendermonat, in dem der Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit verlegt worden ist, ist der Gemeinde zuzuteilen, in der sich der Mittelpunkt in diesem Kalendermonat die längste Zeit befunden hat.

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 36

Anwendungszeitraum

(1) Die Vorschriften dieser Verordnung gelten vorbehaltlich des Absatzes 2 erstmals für den Erhebungszeitraum 1961, bei der Lohnsummensteuer erstmals für Lohnsummen, die nach dem 31. Dezember 1960 gezahlt werden.

(2) § 19 gilt erstmals für den Erhebungszeitraum 1962.

§ 37

(gestrichen)

§ 38

Anwendung im Land Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 37 des Gesetzes auch im Land Berlin.

§ 39

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol

Vom 1. Juni 1962

Auf Grund der §§ 36, 43, 47, 57, 92, 105, 106 Abs. 3, der §§ 153, 154 Abs. 3 und 4, des § 161 a Abs. 4 und der §§ 163, 165 und 178 Satz 1 des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 405), zuletzt geändert durch das Zweite Verbrauchsteueränderungsgesetz vom 16. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1323) in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 des Grundgesetzes und des § 14 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 161) in der Fassung des Artikels I Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511) wird verordnet:

Artikel 1

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 — die Grundbestimmungen vom 12. September 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 707) — in der zur Zeit geltenden Fassung werden wie folgt geändert:

1. In § 2 werden die Worte „die Branntweinübernahmepreise, die Branntweinverkaufspreise“ durch die Worte „das Branntweinübernahmegeld, das Branntweinkaufgeld“ ersetzt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut erhält die Absatzbezeichnung „(1)“.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Werden die Geldleistungen als Eingangsabgaben geschuldet, so wird der Geldbetrag, der auf Grund eines und desselben Bescheids zu erheben ist, auf 10 Pf nach unten gerundet. Dies gilt nicht, wenn das Runden eine maschinelle Berechnung erschwert. Der sich hiernach ergebende Betrag wird nicht erhoben, wenn die Eingangsabgaben im Reiseverkehr weniger als 30 Pf, sonst weniger als eine Deutsche Mark betragen.“

3. § 18 erhält folgende Fassung:

„b) Abfertigungen

§ 18

Zu den Abfertigungen von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sind alle Zoll- und Monopolstellen befugt, soweit ihnen diese Befugnis nach dem Amtsverzeichnis der Bundeszollverwaltung nicht entzogen worden ist.“

4. In § 23 werden die Absatzbezeichnung „(1)“ und Absatz 2 gestrichen.

5. § 25 wird gestrichen.

6. § 40 erhält folgende Fassung:

„§ 40

Als Raumverschluß gilt der Verschluß solcher Räume, Beförderungsmittel und Behältnisse, die nach den jeweils geltenden zollrechtlichen Vorschriften zollsicher hergerichtet sind, sowie der Verschluß von äußeren Umschließungen (Überfässer, Kisten, Körbe und dergleichen), in die Fässer, Flaschen, Krüge usw. verpackt sind. Der Verschluß von Kesselwagen gilt nicht als Raumverschluß.“

7. § 48 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei der Bewilligung können besondere Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden.“

b) Absatz 3 und Absatz 4 werden gestrichen.

8. § 57 wird gestrichen.

9. In § 60 werden in Absatz 2 und Absatz 3 jeweils die Worte „im Inland“ durch die Worte „im Monopolgebiet“ ersetzt.

10. § 63 erhält folgende Fassung:

„§ 63

Die in § 151 des Gesetzes bezeichneten Erzeugnisse sind vom Monopolausgleich befreit, wenn sie unter Voraussetzungen in das Monopolgebiet eingeführt werden, unter denen sie nach §§ 35 bis 38, 40 bis 42, 44 bis 58, 65 bis 71 und 73 der Allgemeinen Zollordnung vom 29. November 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1937) zollfrei sind. In den Fällen der §§ 55 bis 58 der Allgemeinen Zollordnung sind die Erzeugnisse vom Monopolausgleich nur befreit, wenn bei ihrer Ausfuhr Vergünstigungen nach § 105 des Gesetzes nicht gewährt worden sind.“

11. § 64 erhält folgende Fassung:

„§ 64

(1) Die in § 151 des Gesetzes bezeichneten Erzeugnisse, die in das Monopolgebiet eingeführt werden, sind zu stellen und anzumelden. Dies gilt nicht, wenn die eingeführten Erzeugnisse nach den jeweils geltenden zollrechtlichen Vorschriften nicht Zollgut werden oder bei der Durchfuhr von der Gestellung befreit sind. In den Fällen des § 6 Abs. 2 Nr. 12 der Allgemeinen Zollordnung hat die Post die eingeführten Erzeugnisse zu stellen, wenn sie bei der Ausfuhr aus dem Monopolgebiet als verbrauchsteuerbare Ware gekennzeichnet worden sind. Im übrigen gelten für das Steuerverfahren die Vorschriften der Allgemeinen Zollordnung sinngemäß, soweit nicht die Ausführungsbestim-

mungen zum Gesetz über das Branntweinmonopol hiervon Abweichendes anordnen.

(2) Die Anmeldung zur Steuerfestsetzung ist in der Zollanmeldung oder unter Verwendung einer Anmeldung nach § 1 Abs. 3 der Branntweinverwertungsordnung abzugeben. Die Anmeldung muß für das einzelne Packstück das Gewicht der Ware einschließlich der unmittelbaren Umschließung, das Eigengewicht der unmittelbaren Umschließung, das Reingewicht, den Weingeist- oder Äthergehalt nach Gewichtshundertteilen und die Weingeist- oder Äthermenge enthalten. Bei Originalabfüllungen bis 5 Liter Inhalt sind an Stelle der Gewichtsangaben und der Angabe der Gewichtshundertteile die Raummenge und die Raumbunderteile anzumelden.

(3) Unterbleibt die Anmeldung oder ist sie unvollständig oder ergibt die Stichprobenweise Prüfung Abweichungen von der Anmeldung, die zwei Hunderteile bei dem Gewicht und der Raummenge oder ein Hunderteil beim Weingeistgehalt übersteigen, so kann der Monopolausgleich von dem Gewicht der Ware berechnet werden."

12. § 66 erhält folgende Fassung:

„§ 66

In den Fällen der §§ 50 bis 53 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) hat der Veredeler (§ 105 Abs. 4, § 114 Abs. 2 der Allgemeinen Zollordnung) oder der Inhaber des Veredelungsverkehrs (§ 111 Abs. 7 der Allgemeinen Zollordnung) mit dem Zollantrag (§ 106 Abs. 1, § 113 Abs. 1, § 115 Abs. 4 der Allgemeinen Zollordnung) zu erklären, ob und in welchem Umfang Vergünstigungen nach § 105 des Gesetzes für das Ersatzgut oder für die unveredelte Ware beansprucht werden oder gewährt worden sind. Die Richtigkeit der Angaben ist der Zollstelle auf Verlangen nachzuweisen."

13. § 67 erhält folgende Fassung:

„§ 67

Im Interzonenverkehr hat eine Überweisung nach den jeweils geltenden Rechtsvorschriften über diesen Verkehr die gleiche Wirkung wie eine Abfertigung zum Zollgutversand nach den Vorschriften des Zollrechts."

14. § 68 erhält folgende Fassung:

„§ 68

Für Erzeugnisse, für die bei der Wiederausfuhr der Monopolausgleich erlassen oder erstattet werden soll, gelten die Vorschriften des § 80 der Allgemeinen Zollordnung sinngemäß."

15. §§ 69 bis 72 werden gestrichen.

Artikel 2

Die Anlage 1 der Grundbestimmungen — die Brennerordnung — in der zur Zeit geltenden Fassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 37 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Die Oberfinanzdirektion“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „er“ jeweils durch das Wort „sie“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 werden die Worte „mit dem Hinweis auf die Bestimmungen im folgenden Absatz“ gestrichen.

2. § 72 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 3 werden
 - aa) die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „die Oberfinanzdirektion“ und
 - bb) das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 3 werden die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Das Hauptzollamt“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 4 wird das Wort „Er“ durch „Es“ ersetzt.

3. In § 94 Abs. 2 Satz 2 werden

- a) die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Das Hauptzollamt“,
- b) die Worte „des Reichsmonopolamts“ durch die Worte „des Bundesmonopolamts“ und
- c) die Worte „die Reichsmonopolverwaltung“ durch die Worte „die Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.

4. § 102 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Worte „Das Reichsmonopolamt“ durch die Worte „Das Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden
 - aa) die Worte „Das Reichsmonopolamt“ durch die Worte „Das Bundesmonopolamt“,
 - bb) die Worte „des Oberfinanzpräsidenten“ durch die Worte „des Hauptzollamts“ ersetzt.

5. In § 109 Satz 1 werden

- a) die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Das Hauptzollamt“,
- b) die Worte „dem Reichsmonopolamt“ durch die Worte „dem Bundesmonopolamt“ ersetzt.

6. In § 110 Satz 2 werden

- a) die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „das Hauptzollamt“,
- b) die Worte „dem Reichsmonopolamt“ durch die Worte „dem Bundesmonopolamt“ ersetzt.

7. § 112 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:
„Die Entscheidung steht bis zu einem Betrage von 300 DM dem Hauptzollamt, darüber hinaus der Bundesmonopolverwaltung zu.“
- b) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Nach Durchführung der Sicherungsmaßnahmen sind die Rechnungen zusammen mit den Kostenanschlägen, der Niederschrift und den Zeichnungen vom Hauptzollamt der Bundesmonopolverwaltung zu übersenden.“
- c) In Absatz 4 Satz 5 wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.

8. In § 124 Abs. 2 werden zwischen den Worten „regelmäßige Ausbeutesatz“ die Worte „oder besonders festgesetzte“ eingefügt.

9. § 126 erhält folgende Fassung:

„§ 126

Der festgesetzte Ausbeutesatz ist dem Brenneisbesitzer mitzuteilen. In den Fällen des § 125 Abs. 3 kann die Mitteilung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Der festgesetzte Ausbeutesatz ist der Berechnung der abgabepflichtigen Weingeistmenge in den Abfindungsanmeldungen zugrunde zu legen, die nach der Mitteilung oder der öffentlichen Bekanntmachung vollzogen werden. Im Falle des § 170 Abs. 4 ist der festgesetzte Ausbeutesatz auch für die Abfindungsanmeldungen maßgebend, in denen die Berechnung der abgabepflichtigen Weingeistmenge vorbehalten ist.“

10. In § 142 Satz 3 werden die Worte „Das Hauptzollamt“ durch die Worte „Der Aufsichtsoberbeamte“ ersetzt.

11. In § 150 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Das Hauptzollamt“ durch die Worte „Der Aufsichtsoberbeamte“ ersetzt.

12. In § 161 wird hinter Absatz 4 folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Nichtmehlige Rohstoffe sind am Tage vor dem ersten Abtrieb bis spätestens 12 Uhr auf das Brennereigrundstück zu verbringen. Auf den Aufbewahrungsgefäßen müssen die Art und Menge der Rohstoffe und der Name des Anmelders angegeben sein. Der Aufsichtsoberbeamte kann Ausnahmen zulassen.“

13. § 227 erhält folgende Fassung:

„§ 227

Wer Brenngeräte oder sonstige zur Herstellung oder Reinigung von Branntwein geeignete Geräte oder Teile davon abgeben will, hat dies unter Angabe des Erwerbers der Zollstelle vor der Abgabe schriftlich anzuzeigen.“

14. § 228 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Abgabe von Filtergeräten ist nicht nach § 227 anzuzeigen.“

b) In Absatz 6 werden die Worte „aus Glas“ gestrichen.

15. In § 229 Abs. 2 und 5 werden jeweils die Worte „aus Glas“ gestrichen.

16. § 232 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden

aa) die Worte „Lehr- und Forschungsanstalten“ durch die Worte „Lehr-, Forschungs- und Krankenanstalten“,

bb) die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „die Oberfinanzdirektion“

ersetzt.

b) In Absatz 2 werden

aa) die Worte „Lehr- und Forschungsanstalten“ durch die Worte „Lehr-, Forschungs- und Krankenanstalten“,

bb) die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „die Oberfinanzdirektion“ und

cc) die Worte „dem Reichsmonopolamt“ durch die Worte „dem Bundesmonopolamt“

ersetzt.

17. § 237 wird gestrichen.

Artikel 3

Die Anlage 2 der Grundbestimmungen — die Branntweinverwertungsordnung — in der zur Zeit geltenden Fassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden unter Buchstabe d die Worte „mit Ausnahme des im § 118 a des Gesetzes näher bezeichneten Branntweins“ gestrichen.

b) In Absatz 2 werden unter Buchstabe e und f die Worte „in das Ausland“ jeweils durch die Worte „zur Ausfuhr“ ersetzt.

c) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Reichsmonopolamts“ durch das Wort „Bundesmonopolamts“ ersetzt.

d) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Die Oberfinanzdirektion“ ersetzt.

2. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Für die Einrichtung der Begleitscheine dient Muster 3, für die Anmeldung nach § 1 Abs. 3 dient Muster 4 als Vorbild.“

3. In § 14 Abs. 2 werden die Worte „Ansprüche der Reichsmonopolverwaltung“ durch die Worte „Abgaben und Ansprüche der Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.

4. In § 16 Abs. 4 werden die Worte „und sonst nach § 36 Abs. 2 zu verfahren“ gestrichen.

5. § 23 erhält folgende Fassung:

„§ 23

Der Antrag auf weitere Abfertigung des Branntweins ist im Begleitschein zu stellen. Ein besonderer Abfertigungsantrag ist einzureichen, wenn ein neuer Begleitschein ausgefertigt werden soll.“

6. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ und Absatz 2 werden gestrichen.
- b) Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Nötigenfalls sind geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Abgaben und der Ansprüche der Bundesmonopolverwaltung zu treffen.“

7. § 29 wird gestrichen.

8. § 30 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird das Wort „Reichsmonopolamte“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird gestrichen.

9. § 31 erhält folgende Fassung:

„§ 31

Ergibt sich eine größere Weingeistmenge als bei der Vorabfertigung, und läßt sich die Abweichung nicht auf ein Versehen bei der Vorabfertigung zurückführen, so ist den weiteren Anschreibungen des Branntweins oder der Berechnung der Abgaben und der Ansprüche der Bundesmonopolverwaltung das Ergebnis der Schlußabfertigung zugrunde zu legen.“

10. § 32 erhält folgende Fassung:

„§ 32

Ist mit Begleitschein abgefertigter Branntwein nachweislich untergegangen, so sind die Abgaben zu erlassen und die Ansprüche der Bundesmonopolverwaltung nicht geltend zu machen.“

11. §§ 33 bis 37 und § 39 werden gestrichen.

12. In § 41 werden unter Buchstabe b die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „das Hauptzollamt“ ersetzt.

13. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) Unter Buchstabe a wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.
- b) Unter Buchstabe b werden
 - aa) die Worte „mit Ausnahme des im § 118 a des Gesetzes näher bezeichneten Branntweins“ gestrichen und
 - bb) hinter dem Wort „Brennerei“ das Wort „bezogen“ neu eingefügt.
- c) Unter Buchstabe c werden die Worte „aus dem Ausland bezogen“ durch die Worte „in das Monopolgebiet eingeführt“ ersetzt.

14. § 60 erhält folgende Fassung:

„§ 60

Ist Branntwein im Lager untergegangen, so hat der Lagerbesitzer dies sofort der Zollstelle und dem im Lager etwa anwesenden Beamten anzuzeigen. Der nachweislich untergegangene Branntwein ist nach § 71 Abs. 4 abgabenfrei abzuschieben.“

15. § 63 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.
- b) In Absatz 2 werden die Worte „der Reichsmonopolverwaltung“ jeweils durch die Worte „der Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.

16. § 73 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Bewilligung des Branntweineigenlagers kann unter den Voraussetzungen des § 96 der Reichsabgabenordnung und dann widerrufen werden, wenn der Lagerbesitzer das Vertrauen der Zollverwaltung verliert oder der Eingang der Abgaben gefährdet erscheint.“

17. § 75 erhält folgende Fassung:

„13. Besondere Bestimmungen
§ 75

(1) Als Branntweineigenlager können auch Räume eines öffentlichen Zollgutlagers — Zollniederlage — (§ 44 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961; Bundesgesetzbl. I S. 737) benutzt werden.

(2) Die dem einzelnen Einlagerer zur Lagerung von Branntwein zugewiesenen Räume oder Teile von Räumen werden für sich als Branntweineigenlager behandelt. Der Branntwein muß für jeden Einlagerer getrennt gelagert werden, so daß ein Vertauschen oder ein Vermischen mit Zollgut oder mit Branntwein anderer Einlagerer ausgeschlossen ist. Die Benutzung eines Lagers dieser Art kann an besondere Bedingungen geknüpft werden, wenn dies wegen der örtlichen Verhältnisse oder der für die Zollniederlagen bestehenden Anordnungen erforderlich ist.“

18. § 76 wird gestrichen.

19. § 81 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „dem Reichsmonopolamt“ durch die Worte „dem Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden
 - aa) in Satz 3 die Worte „Der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „Das Hauptzollamt“,
 - bb) in Satz 4 die Worte „dem Reichsmonopolamt“ durch die Worte „dem Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 werden die Worte „des Reichsmonopolamts“ durch die Worte „des Bundesmonopolamts“ ersetzt.

20. § 89 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Oberfinanzdirektion kann im Einvernehmen mit dem Bundesmonopolamt für den Verbleib und die Verwendung des vollständig vergällten Branntweins und der daraus hergestellten Erzeugnisse im Falle des Bedürfnisses Überwachungsmaßnahmen anordnen. Die Bestimmungen in den §§ 91, 92 und 94 werden hierdurch nicht berührt.“

21. § 93 wird gestrichen.

22. § 98 erhält folgende Fassung:

„c) Anmeldung der Vergällung

§ 98

(1) Die Vergällung von Branntwein ist unter Angabe des Vergällungsmittels im Branntweinbegleitschein zu beantragen.

(2) Mit einem Antrag sind mindestens 50 l Weingeist zur Vergällung zu stellen. Die Zollstelle und die Abfertigungsbeamten können in einzelnen Fällen Ausnahmen zulassen.“

23. § 102 wird gestrichen.

24. § 107 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 werden die Worte „der §§ 91 und 93 Abs. 1“ durch die Worte „des § 91“ ersetzt.

25. § 109 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 letzter Satz werden
 - aa) das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ und
 - bb) das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“
 ersetzt.
- c) In Absatz 4 werden die Worte „zugrunde gegangener“ durch das Wort „untergegangener“ ersetzt.

26. § 110 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 werden die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „die Oberfinanzdirektion“ ersetzt.
- b) In Absatz 6 wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.
- c) Absatz 7 wird gestrichen.

27. § 111 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Bundesmonopolverwaltung gibt Branntwein zum Essigbranntweinpreis nur an Gärungs-

essigbetriebe ab, die ihre Bezugsberechtigung durch einen Bezugsbescheid nachweisen.“

28. § 114 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Worte „§§ 95 bis 105“ durch die Worte „§§ 95 bis 101, 103 bis 105“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird gestrichen. Die bisherigen Absätze 3 bis 5 erhalten die Bezeichnung 2 bis 4.
- c) Im neuen Absatz 3 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.

29. § 117 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „97 bis 109“ durch die Worte „§§ 97 bis 101, 103 bis 109“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Reichsmonopolamts“ durch das Wort „Bundesmonopolamts“ ersetzt.

30. § 118 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden die Worte „Reichsmonopolamte“ und „Reichsmonopolamt“ jeweils durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 wird das Wort „Reichsmonopolamte“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 werden der Beistrich und die Zahl „102“ gestrichen.

31. § 131 b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Sätze 2 und 3 gestrichen.
- b) Die Absatzbezeichnung „(1)“ und die Absätze 2 und 3 werden gestrichen.

32. § 133 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 Satz 2 werden
 - aa) die Worte „unter a und b“ durch die Worte „Abs. 1 Nr. 1“,
 - bb) die Worte „unter c und d“ durch die Worte „in § 135 Abs. 1 Nrn. 2 und 3“
 ersetzt.
- c) In Absatz 1 Satz 3 werden
 - aa) die Worte „unter c und d“ durch die Worte „Abs. 1 Nrn. 2 und 3“,
 - bb) das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“
 ersetzt.
- d) In Absatz 2 wird das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“ ersetzt.
- e) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Bei der Ausfuhr von Branntwein oder von den in § 135 Abs. 1 bezeichneten Erzeug-

nissen aus Branntwein, für den der Branntweinaufschlag oder der regelmäßige Monopolausgleich entrichtet, gestundet oder aufgeschoben worden ist, wird die regelmäßige Ausfuhrvergütung gewährt. Für Branntwein, für den der Monopolausgleich nach § 154 Abs. 1 des Gesetzes in Verbindung mit § 46 Abs. 11 des Zollgesetzes erlassen wird, und für Branntwein, der in Verschlusßbrennereien mit einer Jahreserzeugung bis 4 Hektoliter Weingeist, in Abfindungsbrennereien oder von Stoffbesitzern hergestellt worden ist, wird Ausfuhrvergütung nicht gewährt. Das gleiche gilt für Branntwein, der nicht als Trinkbranntwein anzusehen oder zur Herstellung von Genußmitteln der in § 135 Abs. 1 bezeichneten Art nicht verwendbar ist. Das Bundesmonopolamt kann in einzelnen Fällen Ausnahmen zulassen."

33. § 134 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Bei der Berechnung der Ausfuhrvergütung für die in § 135 Abs. 1 Nrn. 2 und 3 bezeichneten Erzeugnisse, die im Postverkehr ausgeführt werden, und für die in § 135 Abs. 2 bezeichneten Erzeugnisse sind der Verkaufspreis und die Verkaufspreise maßgebend, die am Tage des Abschlusses des Postausgangsbuchs (§ 161) oder des Ausgangsbuchs (§ 166) gelten."

b) In Absatz 1 werden die Sätze 3 und 4 gestrichen.

c) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Ausfuhrvergütung ist auf gestundetes Branntweinkaufgeld und auf gestundete oder aufgeschobene Branntweinabgaben anzurechnen, und zwar zunächst auf die Beträge, die für den ausgeführten Branntwein geschuldet werden."

34. § 135 erhält folgende Fassung:

"2. Erzeugnisse, für die Ausfuhrvergütung gewährt wird

§ 135

(1) Die Ausfuhrvergütung für Branntweinerzeugnisse wird gewährt bei der Ausfuhr von

1. Trinkbranntwein, weingeisthaltigen Fruchtsäften und weingeisthaltigen Essenzen,
2. weingeisthaltigen Riech- und Schönheitsmitteln,
3. weingeisthaltigen Heilmitteln.

Die Ausfuhrvergütung wird nur gewährt, wenn der in den Erzeugnissen enthaltene Weingeist ausschließlich aus Branntwein stammt, der zu einem höheren als dem allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis bezogen oder für den der Branntweinaufschlag oder der regelmäßige Monopolausgleich entrichtet, gestundet oder aufgeschoben worden ist. Das Bundesmonopolamt kann in einzelnen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Die Ausfuhrvergütung wird nach Maßgabe der §§ 165 bis 171 auch gewährt bei der Ausfuhr von Erzeugnissen, zu deren Herstellung Branntwein zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis oder aus Branntwein hergestellte Äther verwendet worden sind.

(3) Die Ausfuhrvergütung wird nur Gewerbetreibenden gewährt, welche die Erzeugnisse selbst hergestellt haben oder im Falle des § 133 Abs. 2 den Branntwein selbst von der Bundesmonopolverwaltung bezogen haben. Das Bundesmonopolamt kann in einzelnen Fällen Ausnahmen zulassen."

35. Hinter § 135 wird folgender § 136 eingefügt:

"3. Ausfuhr über Zollgutlager oder Zollaufschublager

§ 136

(1) Werden Erzeugnisse, für die Vergünstigungen nach § 105 des Gesetzes in Anspruch genommen werden, zum Zwecke der Ausfuhr zu einem Zollgutlager (§ 43 des Zollgesetzes) abgefertigt oder als anderes Freigut im Sinne des § 46 Abs. 1 Satz 2 des Zollgesetzes in ein Zollaufschublager aufgenommen, so gilt die Einlagerung als Ausfuhr. Die Vergünstigungen werden unter der Bedingung gewährt oder belassen, daß die Erzeugnisse unter zollamtlicher Überwachung aus dem Monopolgebiet ausgeführt werden.

(2) Für die Überwachung der Erzeugnisse im Zollaufschublager und für das Verfahren bei der Ausfuhr aus dem Zollaufschublager gelten die Vorschriften des Zollrechts sinngemäß.

(3) § 138 Abs. 4 gilt entsprechend."

36. § 138 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Sätze 1 und 3 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ jeweils durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.

b) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „in das Ausland“ gestrichen.

c) In Absatz 2 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.

d) In Absatz 3 wird das Wort „Reichsmonopolamt“ durch das Wort „Bundesmonopolamt“ ersetzt.

e) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Der nach Absatz 3 nachzuentrichtende Betrag ist vom Tage der Entrichtung des Ausfuhrpreises an zu verzinsen. § 5 des Steuersäumnisgesetzes vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981) ist entsprechend anzuwenden."

37. § 139 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden

aa) das Wort „Reichsmonopolverwaltung“ durch das Wort „Bundesmonopolverwaltung“,

- bb) die Worte „einem der Muster 27 bis 30“ durch die Worte „vorgeschriebenem Muster“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird gestrichen.
- c) Absatz 3 wird Absatz 2. Es werden die Worte „der Oberfinanzpräsident“ durch die Worte „die Oberfinanzdirektion“ ersetzt.
38. § 141 Satz 3 erhält folgende Fassung:
„Das Bundesmonopolamt kann in einzelnen Fällen Ausnahmen zulassen.“
39. §§ 143 und 144 werden gestrichen.
40. § 145 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Der Strichpunkt hinter dem Wort „maßgebend“ wird durch einen Punkt ersetzt.
- b) Der bisherige zweite Halbsatz erhält folgende Fassung:
„ist dabei auf Grund des § 160 von einer Ermittlung der Weingeistmenge abgesehen worden oder hat eine Abfertigung nicht stattgefunden (§§ 161, 163 Abs. 4), so ist der Berechnung der Ausfuhrvergütung das Ergebnis der amtlichen Prüfung zugrunde zu legen.“
41. § 146 erhält folgende Fassung:
„i) Erklärungen des Versenders im Begleitschein
- § 146
- (1) Der Versender hat im Begleitschein zu versichern,
1. daß er den auszuführenden Branntwein oder die auszuführenden Branntweinerzeugnisse selbst hergestellt oder den Branntwein von der Bundesmonopolverwaltung bezogen hat,
 2. daß es sich nicht um Branntwein oder Erzeugnisse aus Branntwein handelt, für den nach § 133 Abs. 3 Ausfuhrvergütung nicht gewährt wird,
 3. daß die Voraussetzungen für die Gewährung der Ausfuhrvergütung nach § 135 Abs. 1 Satz 2 vorliegen,
 4. daß in den auszuführenden Erzeugnissen kein Methylalkohol, Äther (Äthyläther) oder ein anderer Stoff enthalten ist, der eine hinreichend zuverlässige Feststellung der Weingeistmenge verhindert.
- Falls das Bundesmonopolamt eine Ausnahme nach § 133 Abs. 3, § 135 Abs. 1 oder Abs. 3 zugelassen hat, sind Tag und Nummer der Genehmigungsverfügung im Begleitschein anzugeben. Ist der auszuführende Branntwein oder der zur Herstellung der auszuführenden Erzeugnisse verwendete Branntwein von der Bundesmonopolverwaltung bezogen worden, so ist der Verkaufspreis im Begleitschein zu vermerken. Der Versender hat außerdem die Fälligkeit gestundeter oder aufgeschobener Beträge an Branntweinkaufgeld und Branntweinabgaben anzugeben, auf welche die Ausfuhrvergütung nach § 134 Abs. 2 zunächst anzurechnen ist.

(2) Der Versender hat die zur Nachprüfung seiner Angaben erforderlichen Unterlagen zur Einsicht vorzulegen und auf Verlangen unentgeltlich Proben zu stellen. Wird festgestellt, daß die Erklärungen nach Absatz 1 unrichtig sind oder daß der Inhalt der Behältnisse um mehr als drei Hundertheile oder der Weingeistgehalt um mehr als zwei Gewichtshundertheile oder zweieinhalb Raumbhundertheile hinter den Angaben in der Anmeldung zurückbleibt, und hat der Versender die unzutreffenden Angaben zu vertreten, so kann das Bundesmonopolamt das Erzeugnis von der Ausfuhrvergütung ausschließen.“

42. § 147 erhält folgende Fassung:

„k) Ausfuhr über Ausfuhrlager

§ 147

Das Hauptzollamt kann die Bearbeitung oder Verarbeitung von Branntwein und Branntweinerzeugnissen zum Zwecke der Ausfuhr in zollsicher abgeschlossenen Räumen genehmigen (Ausfuhrlager). § 136 Abs. 1 und § 138 Abs. 4 gelten sinngemäß.“

43. § 148 erhält folgende Fassung:

„3. Besondere Bestimmungen für einzelne Branntweinerzeugnisse

- a) Trinkbranntwein, weingeisthaltige Fruchtsäfte und weingeisthaltige Essenzen

§ 148

(1) Die Abfertigung von Trinkbranntwein, weingeisthaltigen Fruchtsäften und weingeisthaltigen Essenzen, für die Vergünstigungen nach § 105 des Gesetzes beansprucht werden, ist zu versagen,

1. wenn die auf Grund einer Probe zu prüfende Menge bei Trinkbranntwein weniger als 20, bei weingeisthaltigen Fruchtsäften weniger als 100 und bei weingeisthaltigen Essenzen weniger als 10 Liter beträgt;
2. wenn der Raumgehalt von Flaschen, Krügen und dergleichen, die in einer gemeinsamen äußeren Umschließung vorgeführt werden, um mehr als ein Zehntel des Raumgehalts des kleinsten Behältnisses abweicht.

(2) Das Hauptzollamt kann die Mindestmenge nach Absatz 1 bei Trinkbranntwein auf fünf Liter und bei weingeisthaltigen Essenzen auf ein Liter herabsetzen.“

44. § 149 erhält folgende Fassung:

„§ 149

(1) Werden die in § 135 Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Erzeugnisse im Postverkehr in andere Gebiete als die Freihäfen ausgeführt, so sind sie dem Versender nach der Abfertigung zur Einlieferung beim Postamt zu überlassen, nachdem die Zollstelle die Packstücke und die Paketkarten mit Zetteln nach vorgeschriebenem

Muster beklebt hat. Auf den Zetteln ist die Nummer des Branntweinbegleitschein-Ausfertigungsbuchs anzugeben. Das Postamt bescheinigt durch Abdruck des Tagesstempels und durch die Unterschrift des Schalterbeamten im Abfertigungspapier, daß die darin aufgeführten Packstücke mit unverletztem zollamtlichem Verschuß und mit den vorgeschriebenen Klebezetteln durch die Post zur Ausfuhr übernommen worden sind. Ergeben sich Anstände, so hat das Postamt die Übernahme der gesamten Sendung abzulehnen und die Ablehnung unter Angabe der Gründe im Abfertigungspapier zu bescheinigen. Der Versender hat das Abfertigungspapier mit der Bescheinigung des Postamts binnen drei Tagen nach der zollamtlichen Abfertigung der Zollstelle vorzulegen.

(2) Mit dem Nachweis der Einlieferung beim Postamt gilt die Ausfuhr als bewirkt, es sei denn, die Sendung wird nicht ausgeführt.

(3) Wird eine mit Klebezetteln gekennzeichnete Sendung nicht ausgeführt oder geht sie in das Monopolgebiet zurück, so hat die Post sie der für den Empfänger zuständigen Zollstelle zu stellen."

45. §§ 150 bis 153 werden gestrichen.

46. § 161 erhält folgende Fassung:

„§ 161

(1) Werden die in § 135 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Erzeugnisse im Postverkehr in andere Gebiete als die Freihäfen ausgeführt, so wird von der zollamtlichen Abfertigung und der Ausfertigung von Begleitscheinen abgesehen. Die einzelne Sendung darf weniger als ein Liter Weingeist enthalten.

(2) Der Versender hat die Sendung in ein Postausgangsbuch nach vorgeschriebenem Muster einzutragen, bevor sie aus den nach § 154 Abs. 1 unter f angemeldeten Räumen entfernt wird. Die Eintragung gilt als Ausfuhranmeldung. Der Versender hat die Packstücke und Paketkarten mit Zetteln nach vorgeschriebenem Muster zu bekleben, auf denen die Nummer des Postausgangsbuchs einzutragen ist.

(3) § 149 Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) Die Aufsichtsbeamten haben die Eintragungen im Postausgangsbuch fortlaufend zu prüfen und hierbei festzustellen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung oder Belassung der Vergünstigungen nach § 105 des Gesetzes vorliegen. Der Versender hat die dazu erforderlichen Unterlagen zur Einsichtnahme vorzulegen und auf Verlangen unentgeltlich Proben zu stellen. Die Aufsichtsbeamten können die zur Ausfuhr fertiggestellten Sendungen von der Absendung zurückhalten und die Menge und Weingeiststärke der darin enthaltenen Erzeugnisse ermitteln.

(5) Der Versender hat das Postausgangsbuch am letzten Werktag des Vierteljahres abzuschließen und unter der letzten Eintragung die in § 146 vorgesehenen Erklärungen abzugeben.

Außerdem hat er zu versichern, daß die Packstücke und Paketkarten mit den in Absatz 2 vorgeschriebenen Zetteln beklebt worden sind. Nach Abschluß der amtlichen Prüfungen ist das Postausgangsbuch binnen fünf Tagen der Zollstelle einzureichen.

(6) Wird die in Absatz 4 vorgesehene Prüfung nicht innerhalb des folgenden Vierteljahres abgeschlossen, so können die nicht erledigten Posten in das Postausgangsbuch für das dann folgende Vierteljahr übertragen werden. Das Postausgangsbuch ist dann binnen fünf Tagen nach der amtlich bescheinigten Übertragung der Zollstelle einzureichen."

47. § 162 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Ergibt die Prüfung nach §§ 158 bis 161, daß der Inhalt der Behältnisse um mehr als 15 Hundertteile oder die Weingeiststärke oder der Weingeistgehalt um mehr als vier Gewichtshundertteile oder fünf Raumhundertteile hinter den Angaben in der Anmeldung zurückbleibt, und hat der Versender die unzutreffenden Angaben zu vertreten, so kann das Bundesmonopolamt das Erzeugnis von der Ausfuhrvergütung ausschließen."

b) In Absatz 2 werden

aa) die Worte „ein Poststück" durch die Worte „ein Packstück",

bb) die Worte „§ 161 Abs. 3" durch die Worte „§ 161 Abs. 2" ersetzt.

48. In § 163 werden in der Beischrift und in Absatz 1 jeweils die Worte „und Essenzen" gestrichen.

49. § 164 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden

aa) die Worte „und Postausgangsbücher" gestrichen,

bb) das Wort „Reichsmonopolamt" durch das Wort „Bundesmonopolamt" ersetzt.

b) Hinter Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Im Postverkehr ausgeführte Riech- und Schönheitsmittel und Heilmittel sind nach Eingang der Postausgangsbücher in die Nachweisungen aufzunehmen."

50. § 166 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „nach Muster 33" durch die Worte „nach vorgeschriebenem Muster" ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Bei der Ausfuhr im Postverkehr sind § 149 Abs. 3 und § 161 Abs. 2 Satz 3 entsprechend anzuwenden."

51. § 167 wird gestrichen.

52. § 168 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „die Versendung der Erzeugnisse in das Ausland"

durch die Worte „die Ausfuhr der Erzeugnisse“ ersetzt.

b) In Absatz 2 werden

aa) unter Nummer 2 das Wort „ausländischen“,

bb) unter Nummer 3 die Worte „in das Ausland“,

cc) unter Nummer 4 das Wort „beigebrachten“ und der Klammerzusatz „(§ 169 Abs. 2)“ gestrichen.

c) Absatz 3 wird gestrichen.

53. § 169 erhält folgende Fassung:

„§ 169

(1) Für die Führung und Prüfung des Ausgangsbuchs ist § 161 Abs. 4 bis 6 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Versender unter der letzten Eintragung zu erklären hat, daß er die im Ausgangsbuch nachgewiesenen Erzeugnisse selbst hergestellt und zu ihrer Herstellung nur von der Bundesmonopolverwaltung bezogenen Branntwein oder aus Branntwein hergestellte Äther verwendet hat.

(2) Wird festgestellt, daß die Erklärung nach Absatz 1 unrichtig ist oder daß die Menge eines Erzeugnisses im Ausgangsbuch unrichtig eingetragen ist, und hat der Versender die unzutreffenden Angaben zu vertreten, so kann das Bundesmonopolamt das Erzeugnis von der Ausfuhrvergütung ausschließen.“

54. § 172 wird gestrichen.

Artikel 4

Die Anlage 3 der Grundbestimmungen — die Essigsäureordnung — in der zur Zeit geltenden Fassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 1 Abs. 2 werden in Satz 1 die Worte „aus dem Ausland“ und Satz 2 gestrichen.

2. In § 3 Abs. 1 werden unter Buchstabe b) die Worte „aus dem Ausland (§ 1 Abs. 2)“ gestrichen.

3. In § 13 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „ins Ausland“ gestrichen.

4. § 16 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Soweit nicht etwas anderes angeordnet ist, gelten für die Versendung von Essigsäure mit Begleitschein die Vorschriften des Zollrechts über den Zollgutversand sinngemäß.“

5. In § 66 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „ins Ausland“ gestrichen.

6. Vor § 67 werden in der Überschrift des Sechsten Abschnitts die Worte „aus dem Ausland“ gestrichen.

7. § 67 erhält folgende Fassung:

„1. Befreiung von der Steuer

§ 67

Essigsäure ist von der Steuer befreit, wenn sie unter Voraussetzungen in das Monopolgebiet eingeführt wird, unter denen sie nach §§ 35 bis 38, 40 bis 42, 44 bis 49, 51 bis 58 und 65 bis 69 der Allgemeinen Zollordnung vom 29. November 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1937) zollfrei ist. In den Fällen der §§ 55 bis 58 der Allgemeinen Zollordnung gilt das nur dann, wenn die Essigsäure nicht unter Befreiung, Erlaß oder Erstattung von Essigsäuresteuer ausgeführt wurde.“

8. § 68 erhält folgende Fassung:

„2. Gestellung und Anmeldung

§ 68

Essigsäure, die in das Monopolgebiet eingeführt wird, ist nach den Vorschriften des Zollrechts zu stellen und anzumelden. Die Anmeldung zur Steuerfestsetzung ist in der Zollanmeldung oder unter Verwendung des Musters 3 abzugeben.“

9. § 69 erhält folgende Fassung:

„3. Überweisung im Interzonenverkehr

§ 69

Im Interzonenverkehr hat eine Überweisung nach den jeweils geltenden Rechtsvorschriften über diesen Verkehr die gleiche Wirkung wie eine Abfertigung zum Zollgutversand nach den Vorschriften des Zollrechts.“

10. § 70 wird gestrichen.

Artikel 5

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 2 des Zweiten Verbrauchsteueränderungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 10 und Artikel 4 Nr. 7 (§ 63 der Grundbestimmungen und § 67 der Essigsäureordnung) treten, soweit darin Steuerbefreiungen angeordnet werden, mit Wirkung vom 1. Januar 1962 in Kraft.

Bonn, den 1. Juni 1962

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

**Verordnung zur Änderung der Sechzehnten Verordnung
über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz**

Vom 1. Juni 1962

Auf Grund des § 278 a Abs. 7, des § 283 a Abs. 2, des § 291 Abs. 1 Satz 4 und des § 367 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446), zuletzt geändert durch das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 4. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1169), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel I

Änderung und Neufassung der 16. LeistungsDV-LA

Die Sechzehnte Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz (16. LeistungsDV-LA) vom 27. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 650) erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

Artikel II

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes, § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809), § 7 des Elften Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 29. Juli 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 545) und § 14 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 785) auch im Land Berlin.

Artikel III

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 1. Juni 1962

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für Familien- und Jugendfragen
Dr. Wuermeling

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

Der Bundesminister für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte
W. Mischnick

Anlage
(zu Artikel I)

**Sechzehnte Verordnung
über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz
(16. LeistungsDV-LA)**

in der Fassung vom 1. Juni 1962

Artikel I

Erfüllung von Ansprüchen auf Hauptentschädigung neben der Weitergewährung und nach der Anrechnung von Unterhaltshilfe oder von Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe

1. Erfüllung in Höhe
des Mindesterfüllungsbetrags

§ 1

Gewährung des Mindesterfüllungsbetrags

Der Mindesterfüllungsbetrag nach § 278 a Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes wird, sofern der Anspruch auf Hauptentschädigung nicht bereits mit einem gleich hohen oder höheren Betrag erfüllt ist (§§ 252, 258, 290 und 350 a des Gesetzes), nur gewährt, wenn

1. Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe gezahlt wird oder ruht und sich nicht ein höherer Erfüllungsbetrag nach §§ 3 bis 6 ergibt, oder
2. Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe für dauernd geendet hat und nicht nach der endgültigen Anrechnung (§ 278 a Abs. 1 bis 3, § 283 a Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes) ein höherer Anspruch auf Hauptentschädigung verbleibt.

§ 2

**Auswirkungen vorausgegangener oder
nachfolgender Erfüllung von Ansprüchen auf
Hauptentschädigung auf den Mindesterfüllungsbetrag**

(1) Der Mindesterfüllungsbetrag wird nur gewährt, soweit er denjenigen Betrag übersteigt, mit dem der Anspruch auf Hauptentschädigung nach §§ 252, 258, 290 und 350 a des Gesetzes bereits erfüllt worden ist.

(2) Auf den Betrag, mit dem der Anspruch auf Hauptentschädigung nach §§ 3 bis 6 erfüllt werden kann, ist anzurechnen, was als Mindesterfüllungsbetrag bereits gewährt worden ist.

2. Erfüllung über den
Mindesterfüllungsbetrag hinaus

§ 3

**Erfüllung neben der Weitergewährung von
Unterhaltshilfe auf Lebenszeit**

(1) Solange Unterhaltshilfe auf Lebenszeit gezahlt wird oder ruht, kann der Anspruch auf Hauptentschädigung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus nur in Höhe des Betrags, um den der Grundbetrag der Hauptentschädigung den vorläufigen Anrechnungsbetrag der Unterhaltshilfe übersteigt, zuzüg-

lich des auf den übersteigenden Betrag entfallenden Zinszuschlags (§ 251 Abs. 1 Halbsatz 2 des Gesetzes) erfüllt werden. Soweit der Anspruch auf Hauptentschädigung hiernach nicht erfüllt werden kann, ist er durch die Weitergewährung von Unterhaltshilfe vorläufig in Anspruch genommen.

(2) Vorläufiger Anrechnungsbetrag der Unterhaltshilfe ist die auf volle 100 Deutsche Mark nach oben aufgerundete Summe

1. des Anrechnungsbetrags, der sich nach § 278 a Abs. 1 des Gesetzes für die bis zu dem maßgebenden Zeitpunkt tatsächlich geleisteten Zahlungen ergibt, und
2. des Anrechnungsbetrags, der sich nach Absatz 3 für die nach dem maßgebenden Zeitpunkt voraussichtlich noch zu leistenden Zahlungen ergibt.

Maßgebender Zeitpunkt ist der letzte Tag des Kalendermonats, in dem über die jeweilige Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung durch das Ausgleichsamt entschieden wird.

(3) Der Anrechnungsbetrag nach Absatz 2 Nr. 2 wird in der Weise berechnet, daß der monatliche Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe mit dem aus der Anlage ersichtlichen Vervielfältiger, in dem der Anrechnungssatz (§ 278 a Abs. 1 des Gesetzes) berücksichtigt ist, vervielfacht wird. Dabei gilt folgendes:

1. Als monatlicher Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe gilt der durchschnittliche, auf volle Deutsche Mark nach unten abgerundete Auszahlungsbetrag für die letzten 6 Monate vor dem nach Absatz 2 maßgebenden Zeitpunkt; dabei sind Monate, in denen die Unterhaltshilfe geruht hat, außer Betracht zu lassen.
2. Der Vervielfältiger bestimmt sich nach dem Lebensalter des Berechtigten in dem nach Absatz 2 maßgebenden Zeitpunkt.
3. Ist der Berechtigte verheiratet und lebt er von seinem Ehegatten nicht dauernd getrennt, bestimmt sich der Vervielfältiger für ein Drittel des Auszahlungsbetrags (Nummer 1) nach dem Lebensalter des älteren und für zwei Drittel des Auszahlungsbetrags nach dem Lebensalter des jüngeren der beiden Ehegatten; die Anteile am Auszahlungsbetrag sind auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(4) Ist die Unterhaltshilfe auf mehrere Ansprüche auf Hauptentschädigung anzurechnen (§ 278 a Abs. 2 des Gesetzes), ist für die Anwendung des Absatzes 1 jeweils die Summe der Grundbeträge maßgebend;

ferner ist der vorläufige Anrechnungsbetrag (Absatz 2) im Verhältnis der Grundbeträge zueinander aufzuteilen.

(5) Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung in dem nach den Absätzen 1 bis 4 zulässigen Umfang erfüllt worden und ergibt sich bei der späteren Anrechnung der Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes), daß der endgültige Anrechnungsbetrag den nach Absatz 2 berechneten vorläufigen Anrechnungsbetrag übersteigt, wird der Unterschiedsbetrag nicht zurückgefordert.

§ 4

Erfüllung neben der gleichzeitigen Weitergewährung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit und Entschädigungsrente

(1) Solange Unterhaltshilfe auf Lebenszeit neben Entschädigungsrente gezahlt wird oder ruht, kann der Anspruch auf Hauptentschädigung über den Mindest Erfüllungsbetrag hinaus nur in Höhe des Betrags, um den der Grundbetrag der Hauptentschädigung die Summe

1. des vorläufigen Anrechnungsbetrags der Unterhaltshilfe (§ 3 Abs. 2 und 3) und
2. des durch die Entschädigungsrente vorläufig in Anspruch genommenen Teils des Grundbetrags (§ 283 Nr. 3 des Gesetzes)

übersteigt, zuzüglich des auf den übersteigenden Betrag entfallenden Zinszuschlags erfüllt werden.

(2) § 3 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

§ 5

Erfüllung neben der Weitergewährung von Unterhaltshilfe auf Zeit

(1) Solange Unterhaltshilfe auf Zeit gezahlt wird oder ruht, kann der Anspruch auf Hauptentschädigung über den Mindest Erfüllungsbetrag hinaus nur erfüllt werden, wenn sich der Berechtigte mit einer Verkürzung der Laufzeit der Unterhaltshilfe einverstanden erklärt. In diesem Fall kann ein Teil des Betrags, um den der Grundbetrag der Hauptentschädigung den Anrechnungsbetrag nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 übersteigt, zuzüglich des auf diesen Teilbetrag entfallenden Zinszuschlags erfüllt werden; die Unterhaltshilfe wird dann nur noch solange weitergewährt, bis die Summe der anzurechnenden Zahlungen (§ 273 Abs. 2 des Gesetzes) den nach der teilweisen Erfüllung noch verbleibenden Grundbetrag der Hauptentschädigung erreicht.

(2) Ist die Unterhaltshilfe auf mehrere Ansprüche auf Hauptentschädigung anzurechnen (§ 278 a Abs. 2 des Gesetzes), ist für die Anwendung des Absatzes 1 jeweils die Summe der Grundbeträge maßgebend; ferner ist der nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 sich ergebende Anrechnungsbetrag im Verhältnis der Grundbeträge zueinander aufzuteilen.

§ 6

Erfüllung neben der Weitergewährung von Unterhaltshilfe bei Umstellung von Lebenszeit auf Zeit

(1) Ist eine teilweise Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung neben der Weitergewährung

von Unterhaltshilfe nach § 3 Abs. 1 über den Mindest Erfüllungsbetrag hinaus nicht oder nicht in dem begehrten Umfang möglich, kann der Berechtigte beantragen, daß die Unterhaltshilfe nur noch auf Zeit weiter gewährt wird. In diesem Fall gilt § 5 entsprechend.

(2) Wird neben Unterhaltshilfe nach § 3 Abs. 1 Entschädigungsrente gewährt, kann eine Umstellung der Unterhaltshilfe nur beantragt werden, wenn der Berechtigte auf die Weitergewährung der Entschädigungsrente verzichtet. Die geleisteten Zahlungen an Entschädigungsrente sind vor der Erfüllung auf den Anspruch auf Hauptentschädigung anzurechnen; dabei ist von dem den Anrechnungsbetrag nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 übersteigenden Teil des Grundbetrags auszugehen und auf diesen sowie den darauf entfallenden Zinszuschlag im Verhältnis der beiden Beträge zueinander anzurechnen.

3. Anrechnung von Erfüllungsbeträgen neben Kriegsschadenrente auf die Hauptentschädigung

§ 7

Anrechnung der Erfüllungsbeträge nach §§ 3 bis 6 auf Grundbetrag und Zinsen

(1) Wird der Anspruch auf Hauptentschädigung nach §§ 3 und 4 erfüllt, ist der Erfüllungsbetrag einschließlich dessen, was bereits als Mindest Erfüllungsbetrag gewährt worden ist, auf den Teil des Anspruchs auf Hauptentschädigung anzurechnen, der nicht durch die Weitergewährung von Unterhaltshilfe oder von Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente vorläufig in Anspruch genommen ist. Ist der Erfüllungsbetrag niedriger als dieser Teil des Anspruchs auf Hauptentschädigung, so ist vorweg auf den darin enthaltenen Zinszuschlag anzurechnen.

(2) Wird der Anspruch auf Hauptentschädigung nach §§ 5 und 6 erfüllt, ist der Erfüllungsbetrag einschließlich dessen, was bereits als Mindest Erfüllungsbetrag gewährt worden ist, auf den Grundbetrag und den darauf entfallenden Zinszuschlag im Verhältnis dieser Beträge zueinander anzurechnen. Grundbetrag im Sinne des Satzes 1 ist der Grundbetrag der Hauptentschädigung, soweit er den Anrechnungsbetrag nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 übersteigt.

(3) Eine Änderung der Anrechnung nach den Absätzen 1 und 2 unterbleibt, auch wenn die spätere Anrechnung der Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente (§ 278 a Abs. 1 bis 3, § 283 Nr. 1 des Gesetzes) einen noch nicht erfüllten Grundbetrag der Hauptentschädigung ergibt.

§ 8

Reihenfolge der Anrechnung

Für die Reihenfolge der Anrechnung von Zahlungen an Kriegsschadenrente und Erfüllungsbeträgen auf die Hauptentschädigung gilt folgendes:

1. Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung neben Kriegsschadenrente nur bis zur Höhe des Mindest Erfüllungsbetrags erfüllt worden, ist zunächst die Unterhaltshilfe, dann der Erfüllungsbetrag und zuletzt die Entschädigungsrente anzurechnen.

2. Ist neben der Kriegsschadenrente ein Anspruch auf Hauptentschädigung nach §§ 3 bis 5 und § 6 Abs. 1 erfüllt worden, schließt sich die Anrechnung der Kriegsschadenrente der Anrechnung des Erfüllungsbetrags einschließlich dessen, was bereits als Mindesterfüllungsbetrag gewährt worden ist, nach § 7 an.
3. Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung nach einem Verzicht auf Entschädigungsrente (§ 283 a Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes, § 6 Abs. 2 dieser Verordnung) erfüllt worden, ist zuerst die Entschädigungsrente, dann der Erfüllungsbetrag und zuletzt die Unterhaltshilfe anzurechnen. Erfüllungsbeträge, die vor dem Verzicht auf Entschädigungsrente gewährt worden sind, sind vor der Entschädigungsrente anzurechnen.
4. Ist der Zuerkennung von Kriegsschadenrente eine teilweise Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung vorausgegangen, schließt sich die Anrechnung nach Nummer 1 oder 2 der Anrechnung des Teilerfüllungsbetrags an.

Artikel II

Zuerkennung von Unterhaltshilfe oder von Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe nach teilweiser Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung

1. Zuerkennung nach Erfüllung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags

§ 9

Zuerkennung von Unterhaltshilfe oder von Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe

Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung nur mit einem Betrag erfüllt worden, der den Mindesterfüllungsbetrag nicht übersteigt, kann Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe so zuerkannt werden, als ob eine Erfüllung nicht vorausgegangen wäre.

2. Zuerkennung nach Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus

§ 10

Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit

(1) Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung mit einem Betrag teilweise erfüllt worden, der den Mindesterfüllungsbetrag übersteigt, kann Unterhaltshilfe auf Lebenszeit vorbehaltlich des § 14 nur zuerkannt werden, wenn der hiernach verbleibende Grundbetrag der Hauptentschädigung den auf volle 100 Deutsche Mark nach oben aufgerundeten vorläufigen Anrechnungsbetrag, der sich nach Absatz 2 für die voraussichtlich zu leistenden Zahlungen an Unterhaltshilfe ergibt, erreicht oder übersteigt; wäre die Unterhaltshilfe im Fall der Zuerkennung auf mehrere Ansprüche auf Hauptentschädigung anzurechnen, ist die Summe der verbleibenden Grundbeträge maßgebend.

(2) Der vorläufige Anrechnungsbetrag wird vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 in der Weise berechnet, daß der monatliche Auszahlungsbetrag der

Unterhaltshilfe mit dem aus der Anlage ersichtlichen Vervielfältiger, in dem der Anrechnungssatz (§ 278 a Abs. 1 des Gesetzes) berücksichtigt ist, vervielfacht wird. Dabei gilt folgendes:

1. Als monatlicher Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe gilt der durchschnittliche, auf volle Deutsche Mark nach unten abgerundete Auszahlungsbetrag für die ersten 3 Monate nach der Zuerkennung; dabei sind Monate, in denen die Unterhaltshilfe ruht, außer Betracht zu lassen.
2. Der Vervielfältiger bestimmt sich nach dem Lebensalter des Berechtigten in dem Zeitpunkt, von dem ab Unterhaltshilfe zuerkannt wird.
3. Ist der Berechtigte verheiratet und lebt er von seinem Ehegatten nicht dauernd getrennt, so bestimmt sich der Vervielfältiger für ein Drittel des Auszahlungsbetrags (Nummer 1) nach dem Lebensalter des älteren und für zwei Drittel des Auszahlungsbetrags nach dem Lebensalter des jüngeren der beiden Ehegatten; die Anteile am Auszahlungsbetrag sind auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(3) Ist vor der Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit bereits Unterhaltshilfe auf Zeit gewährt worden, ist der vorläufige Anrechnungsbetrag nach § 3 Abs. 2 und 3 zu berechnen; dabei ist maßgebender Zeitpunkt der letzte Tag des Kalendermonats, in dem über die Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit durch das Ausgleichsamt entschieden wird.

(4) Ist Unterhaltshilfe von einem vor dem 1. Juni 1961 liegenden Zeitpunkt ab zuzuerkennen, gilt Absatz 2 mit der Maßgabe, daß jeweils an die Stelle des Zeitpunkts, von dem ab Unterhaltshilfe zuerkannt wird, der 1. Juni 1961 tritt. Dem danach sich ergebenden vorläufigen Anrechnungsbetrag für den Zeitraum nach dem 31. Mai 1961 ist der Anrechnungsbetrag hinzuzurechnen, der sich für die bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich zu leistenden Zahlungen an Unterhaltshilfe nach § 278 a Abs. 1 des Gesetzes ergibt.

(5) Ergibt sich bei der späteren Anrechnung der Unterhaltshilfe auf die Hauptentschädigung (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes), daß der endgültige Anrechnungsbetrag den nach den Absätzen 2 bis 4 berechneten vorläufigen Anrechnungsbetrag übersteigt, wird der Unterschiedsbetrag nicht zurückgefordert.

§ 11

Zuerkennung von Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe

Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung mit einem Betrag teilweise erfüllt worden, der den Mindesterfüllungsbetrag übersteigt, kann Entschädigungsrente nur neben Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach § 10 zuerkannt werden. Die Entschädigungsrente ist von dem Betrag zu berechnen, um den der nach Abzug des Erfüllungsbetrags verbleibende Grundbetrag der Hauptentschädigung den Sperrbetrag (§ 278 des Gesetzes) übersteigt.

§ 12

Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Zeit

Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung mit einem Betrag teilweise erfüllt worden, der den Mindesterfüllungsbetrag übersteigt, liegen aber die Voraussetzungen des § 10 Abs. 1 nicht vor, kann Unterhaltshilfe auf Zeit zuerkannt werden. Die Unterhaltshilfe auf Zeit wird solange gewährt, bis die Summe der anzurechnenden Zahlungen (§ 273 Abs. 2 des Gesetzes) den nach teilweiser Erfüllung verbleibenden Grundbetrag der Hauptentschädigung oder, wenn auf mehrere Ansprüche auf Hauptentschädigung anzurechnen ist, die Summe der verbleibenden Grundbeträge erreicht.

3. Anrechnung von Erfüllungsbeträgen
auf die Hauptentschädigung

§ 13

Belassung der vollzogenen Anrechnung bei nachträglicher Zuerkennung von Unterhaltshilfe

Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung vor der Zuerkennung von Unterhaltshilfe teilweise erfüllt worden, wird die vollzogene Anrechnung der Erfüllungsbeträge durch die spätere Zuerkennung von Unterhaltshilfe nicht berührt; dies gilt auch insoweit, als auf den Zinszuschlag zur Hauptentschädigung angerechnet worden ist und dieser nach § 278 a Abs. 3 des Gesetzes als erfüllt gilt.

4. Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf
Lebenszeit nach § 278 a Abs. 6 des Gesetzes

§ 14

Grundsätze

(1) Ist die Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach § 278 a Abs. 5 des Gesetzes ausgeschlossen, weil der Anspruch auf Hauptentschädigung in voller Höhe oder soweit erfüllt ist, daß der verbleibende Grundbetrag den vorläufigen Anrechnungsbetrag nach § 10 Abs. 2 oder 3 nicht erreicht, kann Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nur nach Maßgabe des § 278 a Abs. 6 des Gesetzes zuerkannt werden.

(2) Die Unterhaltshilfe wird in den Fällen des § 278 a Abs. 6 Nrn. 1 bis 4 des Gesetzes zuerkannt, wenn der der Zuerkennung nach § 278 a Abs. 5 des Gesetzes entgegenstehende Erfüllungsbetrag binnen eines Jahres nach Antragstellung an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt ist. Sofern die Rückzahlung nicht zumutbar ist, wird die Unterhaltshilfe mit der Maßgabe zuerkannt, daß

1. in den Fällen des § 278 a Abs. 6 Nrn. 1 und 2 des Gesetzes der Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe solange gekürzt wird, bis die Summe der Kürzungsbeträge den in Satz 1 bezeichneten Betrag erreicht,
2. in den Fällen des § 278 a Abs. 6 Nrn. 3 und 4 des Gesetzes in Höhe des in Satz 1 bezeichneten Betrags rückwirkend ein Darlehnsverhältnis wieder hergestellt oder neu begründet und die Unterhaltshilfe mit

den hierdurch entstehenden Rückständen an Zins- und Tilgungsleistungen verrechnet wird.

Ist der in Satz 1 bezeichnete Betrag fristgemäß nur zu einem Teil an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt, ist Satz 2 auf den nicht zurückgezahlten Teil anzuwenden.

§ 15

Entgegenstehender Erfüllungsbetrag

(1) Der der Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach § 278 a Abs. 5 des Gesetzes entgegenstehende Erfüllungsbetrag (§ 14 Abs. 2 Satz 1) ist wie folgt anzusetzen:

1. Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung in voller Höhe erfüllt worden, ist von einem Grundbetrag in Höhe des vorläufigen Anrechnungsbetrags nach § 10 Abs. 2 auszugehen; hierzu tritt der auf diesen Grundbetrag entfallende erfüllte Zinszuschlag mit dem im Zeitpunkt der Erfüllung maßgebenden Hundertsatz.
2. Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung nur teilweise erfüllt worden, ist von einem Grundbetrag in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem vorläufigen Anrechnungsbetrag nach § 10 Abs. 2 oder 3 und dem noch nicht erfüllten Grundbetrag auszugehen; zu dem Unterschiedsbetrag tritt der auf ihn entfallende erfüllte Zinszuschlag mit dem im Zeitpunkt der Erfüllung maßgebenden Hundertsatz.

(2) Der nach Absatz 1 sich ergebende Betrag darf den Unterschiedsbetrag zwischen dem tatsächlichen Erfüllungsbetrag und dem Mindesterfüllungsbetrag nicht übersteigen.

(3) Ist der Anspruch auf Hauptentschädigung in mehreren Teilbeträgen erfüllt worden, ist jede spätere vor der ihr vorangehenden Erfüllung zu berücksichtigen; der Zinszuschlag ist mit dem Hundertsatz anzusetzen, der sich für den insgesamt erfüllten Zinszuschlag im Verhältnis zum vollen Grundbetrag ergibt.

§ 16

Wirkung der Rückzahlung von Erfüllungsbeträgen

(1) Mit der Rückzahlung eines Erfüllungsbetrags nach § 14 Abs. 2 steht bei vorheriger Vollerfüllung ein Anspruch auf Hauptentschädigung wieder zur Verfügung; bei vorheriger Teilerfüllung erhöht sich der noch nicht erfüllte Teil des Anspruchs auf Hauptentschädigung um den zurückgezahlten Betrag.

(2) Der zurückgezahlte Betrag (Teilbetrag) ist in dem Verhältnis auf den Grundbetrag und den für die Vergangenheit erfüllten Zinszuschlag aufzuteilen, das sich aus § 15 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 ergibt.

(3) Zu dem Grundbetrag, der in dem zurückgezählten Betrag (Teilbetrag) enthalten ist, tritt jeweils vom Beginn des Vierteljahres ab, in dem dieser dem Ausgleichsfonds zugeflossen ist, wieder ein Zinszuschlag nach § 251 Abs. 1 des Gesetzes.

(4) Ist ein Erfüllungsbetrag nach vorheriger Teilerfüllung zurückgezahlt worden, ist die Unterhaltshilfe nach § 278 a Abs. 1 des Gesetzes zunächst auf den zurückgezahlten Teil des Grundbetrags anzurechnen.

(5) Soweit der Erfüllungsbetrag von einem Antragsteller auf Unterhaltshilfe zurückgezahlt wird, dem nicht der Anspruch auf Hauptentschädigung zuzustand, werden Leistungen auf den Anspruch auf Hauptentschädigung an ihn bewirkt.

§ 17

Kürzung der Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2 Nr. 1

(1) Der Kürzungsbetrag nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 ist mit 20 vom Hundert des um den Selbständigenzuschlag (§ 269 Abs. 3 des Gesetzes) verminderten Auszahlungsbetrags der Unterhaltshilfe anzusetzen; er erhöht sich um den Hundertsatz, der für den Zinszuschlag nach § 15 Abs. 1 oder 3 maßgebend ist. Der Kürzungsbetrag ist auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Die Unterhaltshilfe ist von dem Zeitpunkt ab zu kürzen, von dem ab Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 zuerkannt wird. Dies gilt auch dann, wenn der Anspruch auf Hauptentschädigung nur teilweise erfüllt oder der entgegenstehende Erfüllungsbetrag (§ 15) fristgemäß nur teilweise an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt worden ist.

(3) Ist gekürzte Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 zuerkannt und nachträglich der der Zuerkennung voller Unterhaltshilfe noch entgegenstehende Erfüllungsbetrag an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt worden, ist von dem auf die Rückzahlung folgenden Monatsersten ab Unterhaltshilfe in voller Höhe zu zahlen; bei nachträglicher teilweiser Rückzahlung gilt § 14 Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

(4) Bei Anwendung des § 278 a Abs. 1 des Gesetzes ist die Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 nur bis zur Höhe des auf den Selbständigenzuschlag (§ 269 Abs. 3 des Gesetzes) entfallenden Anrechnungsbetrags auf den Grundbetrag der Hauptentschädigung anzurechnen.

§ 18

Wirkung der nachträglichen Zuerkennung von Hauptentschädigung

Ist Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2 Satz 2 zuerkannt worden und wird nachträglich ein weiterer Teil des Grundbetrags der Hauptentschädigung zuerkannt, ist der entgegenstehende Erfüllungsbetrag nach § 15 neu zu berechnen; dabei ist der vorläufige Anrechnungsbetrag nach § 10 in gleicher Höhe anzusetzen wie bei der Zuerkennung der Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2. Im übrigen gilt folgendes:

1. Im Fall des § 14 Abs. 2 Nr. 1 wird, wenn kein entgegenstehender Erfüllungsbetrag verbleibt, rückwirkend vom Zeitpunkt der Zuerkennung gekürzter Unterhaltshilfe ab auf volle Unterhaltshilfe nach § 10 umgestellt.

2. Im Fall des § 14 Abs. 2 Nr. 2 wird die Wiederherstellung oder Neubegründung eines Darlehnsverhältnisses insoweit rückgängig gemacht, als sich der entgegenstehende Erfüllungsbetrag vermindert hat.

Artikel III

Folgen der Ausübung des Wahlrechts nach § 263 Abs. 3 des Gesetzes

1. Erfüllung von Ansprüchen auf Hauptentschädigung nach Ausübung des Wahlrechts

§ 19

Erfüllung nach Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe oder auf Entschädigungsrente

(1) Der Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe steht der späteren Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindest Erfüllungsbetrags nicht entgegen. Ob eine Erfüllung über den Mindest Erfüllungsbetrag hinaus in Betracht kommt, bestimmt sich nach § 4.

(2) Nach Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente wird ein Mindest Erfüllungsbetrag nur gewährt, wenn der Übergang nicht auf den Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von Unterhaltshilfe zurückwirkt. Der Mindest Erfüllungsbetrag wird jedoch nur insoweit gewährt, als er den nach Anrechnung der Unterhaltshilfe (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes) verbleibenden Anspruch auf Hauptentschädigung übersteigt. Im übrigen bestimmt sich die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung nach § 283 des Gesetzes.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn nur Unterhaltshilfe nach dem Soforthilfegesetz und danach Entschädigungsrente gewährt worden ist.

§ 20

Erfüllung nach Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente oder auf Unterhaltshilfe

(1) Der Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente steht der späteren Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindest Erfüllungsbetrags nicht entgegen. Wirkt der Übergang nicht auf den Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von Entschädigungsrente zurück, wird der Mindest Erfüllungsbetrag gekürzt,

1. wenn die Entschädigungsrente wegen Vermögensschäden gewährt worden ist, um den Betrag, um den sich die vor dem Übergang gezahlte Entschädigungsrente durch den Abzug des Sperrbetrags ermäßigt hätte, wobei für die Höhe des Sperrbetrags das Lebensalter des Berechtigten im Zeitpunkt des Übergangs und der Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe für den ersten Monat nach dem Übergang maßgebend ist,

2. wenn die Entschädigungsrente wegen des Verlustes der beruflichen oder sonstigen Existenzgrundlage gewährt worden ist, um den Betrag, um den sich die vor dem Übergang gezahlte Entschädigungsrente nach § 284 Abs. 3 des Gesetzes ermäßigt hätte.

Ob eine Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus in Betracht kommt, bestimmt sich nach § 4.

(2) Der Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe mit Rückwirkung auf den Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von Entschädigungsrente steht der späteren Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags nicht entgegen. Nach einem Übergang mit Wirkung für die Zukunft wird der Mindesterfüllungsbetrag jedoch nur insoweit gewährt, als er den Anrechnungsbetrag der Entschädigungsrente (§ 283 Nr. 1 des Gesetzes) übersteigt. Ob eine Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus in Betracht kommt, bestimmt sich nach § 3, § 5 oder § 6.

§ 21

Erfüllung nach Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente

(1) Der Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe steht der späteren Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags nicht entgegen. Ob eine Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus in Betracht kommt, bestimmt sich nach § 3, § 5 oder § 6.

(2) Nach einem Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Entschädigungsrente wird ein Mindesterfüllungsbetrag nur gewährt, wenn der Übergang nicht auf den Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von Kriegsschadenrente zurückwirkt. Der Mindesterfüllungsbetrag wird jedoch nur insoweit gewährt, als er den nach Anrechnung der Unterhaltshilfe (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes) verbleibenden Anspruch auf Hauptentschädigung übersteigt. Im übrigen bestimmt sich die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung nach § 283 des Gesetzes.

2. Ausübung des Wahlrechts nach teilweiser Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung

§ 22

Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe oder auf Entschädigungsrente

(1) Die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags steht dem späteren Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente neben Unterhaltshilfe nicht entgegen. Nach Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus ist ein Übergang nur mit Wirkung für die Zukunft zulässig; die Ent-

schädigungsrente ist von dem Betrag zu berechnen, um den der nach Abzug des Erfüllungsbetrags verbleibende Grundbetrag der Hauptentschädigung den Sperrbetrag (§ 278 des Gesetzes) übersteigt.

(2) Nach teilweiser Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung, auch wenn diese den Mindesterfüllungsbetrag nicht übersteigt, ist ein Übergang von Unterhaltshilfe auf Entschädigungsrente nur mit Wirkung für die Zukunft zulässig. Die Entschädigungsrente ist von dem Grundbetrag der Hauptentschädigung zu berechnen, der nach Anrechnung der Unterhaltshilfe (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes) und des Erfüllungsbetrags verbleibt.

§ 23

Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente oder auf Unterhaltshilfe

(1) Die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags steht dem späteren Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente nicht entgegen. Nach Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus ist ein Übergang nur mit Wirkung für die Zukunft und unter den Voraussetzungen des § 10 zulässig; die Entschädigungsrente ist von dem Betrag zu berechnen, um den der nach Abzug des Erfüllungsbetrags und der bis zur Teilerfüllung geleisteten Entschädigungsrente verbleibende Grundbetrag der Hauptentschädigung den Sperrbetrag (§ 278 des Gesetzes) übersteigt.

(2) Die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung bis zur Höhe des Mindesterfüllungsbetrags steht dem Übergang von Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe nicht entgegen. Nach Erfüllung über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus ist ein Übergang nur mit Wirkung für die Zukunft nach Maßgabe der §§ 10 und 12 zulässig; dabei ist von dem Grundbetrag der Hauptentschädigung auszugehen, der nach Anrechnung der Entschädigungsrente (§ 283 Nr. 1 des Gesetzes) und des Erfüllungsbetrags verbleibt.

§ 24

Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe oder Entschädigungsrente

(1) Die teilweise Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung, auch über den Mindesterfüllungsbetrag hinaus, steht dem Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Unterhaltshilfe nicht entgegen.

(2) Nach teilweiser Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung, auch wenn diese den Mindesterfüllungsbetrag nicht übersteigt, ist ein Übergang von Unterhaltshilfe neben Entschädigungsrente auf Entschädigungsrente nur mit Wirkung für die Zukunft zulässig. Die Entschädigungsrente ist von dem Grundbetrag der Hauptentschädigung zu berechnen, der nach Anrechnung der Unterhaltshilfe (§ 278 a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes) und des Erfüllungsbetrags verbleibt.

Artikel IV

Zuerkennung von Unterhaltshilfe auf Lebenszeit
nach § 291 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes

§ 25

Kürzung der Unterhaltshilfe

(1) Der Auszahlungsbetrag der Unterhaltshilfe nach § 291 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes ist unbeschadet des weiterbestehenden Darlehens um den Betrag zu kürzen, der sich je Monat aus der Summe der Zins- und Tilgungsbeträge für die Laufzeit des Darlehens ohne Freijahre ergibt.

(2) Der Kürzungsbetrag nach Absatz 1 darf den Betrag nicht übersteigen, der sich in entsprechender Anwendung des § 17 Abs. 1 ergibt. Hierbei ist der Zinszuschlag mit dem Hundertsatz anzusetzen, der sich bei der Erfüllung eines Anspruchs auf Hauptentschädigung im Zeitpunkt der Darlehensgewährung ergeben hätte.

(3) Der Kürzungsbetrag nach Absatz 1 oder 2 ist auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(4) Ist gekürzte Unterhaltshilfe nach § 291 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zuerkannt und nachträglich der nicht zurückerstattete Darlehensbetrag an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt worden, ist von dem auf die Rückzahlung folgenden Monatsersten ab Unterhaltshilfe in voller Höhe zu zahlen; bei nachträglicher teilweiser Rückzahlung ermäßigt sich der nicht zurückerstattete Darlehensbetrag entsprechend.

§ 26

Verhältnis zu § 278 a Abs. 6 des Gesetzes

(1) Ist ein Aufbaudarlehen nach § 258 des Gesetzes auf den Anspruch auf Hauptentschädigung angerechnet worden und danach ein nicht zurückerstatteter Darlehensbetrag verblieben, kann Unterhaltshilfe auf Lebenszeit nach § 278 a Abs. 6 Nr. 2 des Gesetzes und § 14 Abs. 2 Nr. 1 dieser Verordnung zuerkannt werden. Die Unterhaltshilfe wird so lange gekürzt, bis die Summe der Kürzungsbeträge den entgegenstehenden Erfüllungsbetrag (§ 15) zuzüglich des nicht zurückerstatteten Darlehensbetrags erreicht. Ist gekürzte Unterhaltshilfe zuerkannt worden, findet § 17 Abs. 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß volle Unterhaltshilfe zu zahlen ist, wenn die Summe der in Satz 2 bezeichneten Beträge nachträglich an den Ausgleichsfonds zurückgezahlt wird;

eine nachträgliche teilweise Rückzahlung ist zunächst auf den entgegenstehenden Erfüllungsbetrag (§ 15) anzurechnen.

(2) Ist Unterhaltshilfe nach § 291 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zuerkannt worden und wird nachträglich ein Anspruch auf Hauptentschädigung zuerkannt, ist das Aufbaudarlehen nach § 258 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes auf den Anspruch auf Hauptentschädigung anzurechnen. Wenn hierbei ein Grundbetrag der Hauptentschädigung verbleibt, der den vorläufigen Anrechnungsbetrag nach § 10 Abs. 3 erreicht, ist auf Unterhaltshilfe nach § 10 umzustellen. Verbleibt kein Grundbetrag oder erreicht der verbleibende Grundbetrag den vorläufigen Anrechnungsbetrag nach § 10 Abs. 3 nicht, wird gekürzte Unterhaltshilfe nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 weitergewährt; die Unterhaltshilfe wird so lange gekürzt, bis die Summe der Kürzungsbeträge den entgegenstehenden Erfüllungsbetrag (§ 15) zuzüglich des nicht zurückerstatteten Darlehensbetrags erreicht.

(3) Ist Unterhaltshilfe nach Absatz 1 zuerkannt worden und wird nachträglich ein weiterer Teil des Grundbetrags der Hauptentschädigung zuerkannt, findet Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Artikel V

Schlußvorschriften

§ 27

Anwendungszeitpunkt

Die vorstehende Fassung der §§ 1 bis 26 ist mit Wirkung vom 1. Juni 1961 ab anzuwenden.

§ 28

Anwendung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 374 des Lastenausgleichsgesetzes, § 15 des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 809), § 7 des Elften Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 29. Juli 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 545) und § 14 des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vom 26. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 785) auch im Land Berlin.

Anlage

(zu § 3 Abs. 3 und § 10 Abs. 2)

**Vervielfältiger zur Berechnung des Anrechnungsbetrages
für die voraussichtlich noch zu leistenden Zahlungen an Unterhaltshilfe auf Lebenszeit**

Vollendetes Lebensjahr	Vervielf- fältiger	Vollendetes Lebensjahr	Vervielf- fältiger	Vollendetes Lebensjahr	Vervielf- fältiger
unter 1	194	34	115	68	38
1	193	35	113	69	37
2	191	36	110	70	35
3	188	37	108	71	32
4	186	38	106	72	31
5	184	39	103	73	29
6	181	40	101	74	28
7	179	41	98	75	26
8	176	42	96	76	24
9	174	43	94	77	23
10	172	44	91	78	22
11	169	45	89	79	20
12	167	46	86	80	19
13	164	47	84	81	18
14	162	48	82	82	17
15	160	49	79	83	16
16	157	50	77	84	14
17	155	51	76	85	13
18	152	52	73	86	12
19	150	53	71	87	12
20	148	54	68	88	11
21	145	55	66	89	10
22	143	56	64	90	10
23	140	57	61	91	10
24	138	58	59	92	8
25	136	59	56	93	8
26	133	60	54	94	7
27	131	61	52	95	7
28	128	62	52	96	7
29	126	63	49	97	7
30	124	64	47	98	5
31	122	65	44	99	
32	120	66	42	und	
33	118	67	40	mehr	3

**Verordnung zur Änderung
der Verordnung über die Zulassung von Handels- und Importsaatgut**

Vom 2. Juni 1962

Auf Grund des § 63 Abs. 4 des Saatgutgesetzes vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 856) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel 1

In § 14 der Verordnung über die Zulassung von Handels- und Importsaatgut (Allgemeine Zulassungsverordnung) in der Fassung vom 4. März 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 97, 120), zuletzt geändert durch die Siebente Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Saatgutwesens vom

12. Februar 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 66), werden die Worte „obersten Landesbehörden“ durch das Wort „Landesregierungen“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 71 des Saatgutgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 2. Juni 1962

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Schwarz

**Zweite Verordnung zur Änderung
der Ersten, Zweiten, Dritten, Vierten und Sechsten Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse
der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen**

Vom 4. Juni 1962

Auf Grund der §§ 9, 19, 31, 32, 52, 52 c, 53, 55 und 65 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1578) wird mit Zustimmung des Bundesrates — und zwar zu dem nachfolgenden Artikel II im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte — verordnet:

Artikel I

Neufassung der Ersten Durchführungsverordnung

Die Erste Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279, 280) erhält folgende Fassung:

**„Erste Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131
des Grundgesetzes fallenden Personen
(Berücksichtigung von Beförderungen)**

in der Fassung vom 4. Juni 1962

1. Beamte

§ 1

(1) Zeiten vor der Anstellung, die nach § 113 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, sind für die Berücksichtigung von Beförderungen auf der Grundlage der seit der Anstellung abgeleisteten Dienstzeit (§ 31 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes) auf diese Dienstzeit anzurechnen, jedoch bei einer Anstellung

- a) im mittleren Dienst nur die sechs Jahre übersteigende Zeit,
- b) im gehobenen Dienst nur die sechs Jahre übersteigende Zeit nach § 113 Abs. 1 Nr. 1,
- c) im höheren Dienst nur die zwölf Jahre übersteigende Zeit als Offizier oder als mittlerer oder höherer Reichsarbeitsdienstführer.

(2) Durch die Anrechnung nach Absatz 1 darf der Zeitpunkt, von dem für die Berücksichtigung von Beförderungen auszugehen ist, nicht weiter zurückverlegt werden als bis auf den Tag nach Vollendung

- a) des dreißigsten Lebensjahres bei einer Anstellung im gehobenen Dienst,
- b) des vierunddreißigsten Lebensjahres bei einer Anstellung im höheren Dienst.

(3) Bei der Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge von Polizeivollzugsbeamten der frü-

heren Schutzpolizei und Gendarmerie ist die Zeit vor der Anstellung, die nach § 113 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigt wird, voll anzurechnen, jedoch in Fällen einer Anstellung als Polizeioffizier nur die Zeit als Offizier oder als mittlerer oder höherer Reichsarbeitsdienstführer, wenn bei der Ermittlung der Zahl der in der Polizeioffizierlaufbahn zu berücksichtigenden Beförderungen von der Eingangsbesoldungsgruppe dieser Laufbahn ausgegangen wird.

(4) Es stehen gleich

- a) für die Anwendung der Absätze 1 bis 3 die Zeit eines nichtberufsmäßigen Wehrdienstes oder Reichsarbeitsdienstes, die unmittelbar vor Beginn eines Dienstes nach § 113 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes ununterbrochen abgeleistet worden ist, einer Dienstzeit nach dieser Vorschrift,
- b) für die Anwendung des Absatzes 1 Buchstabe a die Zeit, in der ein Beamter vor der Berufung in das Beamtenverhältnis nicht berufsmäßig im Dienst der früheren Wehrmacht gestanden und einen Beamtschein oder Anstellungsschein erhalten hat, einer Dienstzeit nach § 113 des Bundesbeamtengesetzes.

Zeiten vor Vollendung des siebzehnten Lebensjahres bleiben unberücksichtigt.

§ 2

Zeiten eines nichtberufsmäßigen Wehrdienstes und einer Kriegsgefangenschaft vor der Anstellung sind auf die seit der Anstellung abgeleistete Dienstzeit (§ 1 Abs. 1) anzurechnen, soweit durch sie die Berufung in das Beamtenverhältnis oder der Beginn einer Beschäftigungszeit im Sinne des § 115 des Bundesbeamtengesetzes über das siebzehnte Lebensjahr hinaus verzögert worden ist.

§ 3

Vor der Anstellung zurückgelegte, nach § 116 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigte Zeiten können auf die seit der Anstellung abgeleistete Dienstzeit (§ 1 Abs. 1) zum Ausgleich von Härten angerechnet werden. Zeiten, die nach § 116 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a und Nr. 3 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind, können jedoch nur nach Abzug von drei Jahren angerechnet werden; treffen sie mit außerplanmäßigen Dienstzeiten oder Zeiten im Sinne des

§ 115 des Bundesbeamtengesetzes zusammen, so verringert sich der Abzug insoweit, als solche Zeiten vorliegen.

2. Berufssoldaten und berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes

§ 4

(1) Der Anstellung (§ 31 Abs. 1, 2 und 6 des Gesetzes) entspricht

1. bei Berufssoldaten der erstmalige berufsmäßige Eintritt in den Wehrdienst oder die erstmalige Berufung in den Dienst der Landespolizei, jedoch bei Berufsoffizieren erst die Ernennung zum Leutnant oder zu einem gleichstehenden Dienstgrad,
2. bei Reichsarbeitsdienstführern die erstmalige Ernennung zum planmäßigen Reichsarbeitsdienstführer oder Führer des Arbeitsdienstes nach der Achtzehnten Änderung des Besoldungsgesetzes vom 29. März 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 461), jedoch bei höheren und mittleren Reichsarbeitsdienstführern erst die Ernennung zum Feldmeister.

(2) Beförderung im Sinne des § 31 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes ist die Ernennung zu einem Dienstgrad mit höherem Endgrundgehalt oder die Anstellung (Absatz 1) unter Ernennung zu einem Dienstgrad mit höherem Endgrundgehalt als dem der Eingangsbesoldungsgruppe der Laufbahn. Keine Beförderung ist die Ernennung zu einem Dienstgrad mit höherem Endgrundgehalt oder die Anstellung unter Ernennung zu einem Dienstgrad mit höherem Endgrundgehalt als dem der Eingangsbesoldungsgruppe der Laufbahn innerhalb

1. der Laufbahn der Unteroffiziere und Mannschaften bis einschließlich Besoldungsgruppe C 22 a,
2. der Laufbahn der unteren Reichsarbeitsdienstführer bis einschließlich Besoldungsgruppe RADm 11 a,
3. der nachstehend zusammengefaßten Besoldungsgruppen:
 - a) C 6, C 12,
 - b) C 7, C 13,
 - c) C 8, C 14,
 - d) C 10, C 16,
 - e) C 19, C 20 a, C 20 b, C 21 a, C 21 b,
 - f) RADm 9, RADm 10,
 - g) RADw 6, RADw 7.

§ 5

Sind Sanitäts- oder Veterinäroffiziere zu einem höheren Dienstgrad als dem der Besoldungsgruppe C 7 oder Reichsarbeitsdienstführer (-führerinnen) der Ärzte-, Apotheker- und Rechtswahrerlaufbahn oder der Planerlaufbahn mit abgeschlossener Hochschulbildung zu einem höheren als dem Dienstgrad der Besoldungsgruppe RADm 6 (RADw 2) befördert worden, so ist, wenn dies für den Beförderten günstiger ist, für die Berücksichtigung der Beförderungen über die Dienstgrade der Besoldungsgruppen C 8,

RADm 7 (RADw 3) hinaus von den Dienstgraden der letztgenannten Besoldungsgruppen auszugehen und die seit der Anstellung (§ 4) bis zur Beförderung zu den letztgenannten Dienstgraden abgeleistete Dienstzeit, jedoch nicht mehr als sechs Jahre, anzurechnen.

§ 6

(1) Für die Berücksichtigung von Beförderungen auf der Grundlage der seit der Anstellung (§ 4) abgeleisteten Dienstzeit sind folgende vor der Anstellung als Berufssoldat (§ 4 Abs. 1 Nr. 1) nach Vollendung des siebenzehnten Lebensjahres liegende Zeiten anzurechnen:

1. Die Zeit eines berufsmäßigen Wehrdienstes vor der Ernennung zum Leutnant oder zu einem gleichstehenden Dienstgrad, und zwar
 - a) soweit die Einstellung als Offizieranwärter erfolgte, gekürzt um zwei Jahre; dieser Einstellung steht die Übernahme als Offizieranwärter während der Ableistung der Wehrdienstpflicht gleich, wobei der dem berufsmäßigen Wehrdienst unmittelbar vorausgegangene, ohne Unterbrechung abgeleistete nichtberufsmäßige Wehrdienst dem in Halbsatz 1 bezeichneten Wehrdienst gleichbehandelt wird, und
 - b) soweit keine Einstellung oder Übernahme als Offizieranwärter (Buchstabe a) erfolgt ist, gekürzt um sechs Jahre, wobei ein ohne Unterbrechung unmittelbar vor dem berufsmäßigen Wehrdienst abgeleiteter nichtberufsmäßiger Wehrdienst dem berufsmäßigen Wehrdienst gleichsteht;
2. die Zeit eines anderen als des in Nummer 1 bezeichneten nichtberufsmäßigen Wehrdienstes, und zwar
 - a) bei Berufsoffizieren, die diesen vom ersten Eintritt in die Wehrmacht an ununterbrochen bis zur Übernahme als Berufsoffizier abgeleistet haben, die Zeit vom Tage der Ernennung zum Leutnant der Reserve ab, und die davor liegende Zeit, soweit sie sechs Jahre übersteigt,
 - b) bei Berufsoffizieren, die die Voraussetzungen des Buchstaben a nicht erfüllen, die Zeit als Reserve-(Landwehr-)offizier, soweit sie nach einem Wehrdienst von insgesamt zwei Jahren abgeleistet ist, und die ohne Unterbrechung unmittelbar vor dieser Ernennung abgeleistete Dienstzeit, soweit sie sechs Jahre übersteigt, und
 - c) bei Berufsunteroffizieren, soweit sie unmittelbar vor Beginn des berufsmäßigen Wehrdienstes abgeleistet ist;
3. die nach § 111 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes ruhegehaltfähige Dienstzeit — ausgenommen im Vollzugsdienst der Polizei — seit der Anstellung als Beamter und die um drei Jahre gekürzte Dienstzeit als

außerplanmäßiger Beamter, bei Berufsoffizieren jedoch nur die Zeit, in der sie als Beamte in Ämtern der Reichsbesoldungsgruppe A 4 f oder mindestens der Reichsbesoldungsgruppe A 4 c 2 oder einer entsprechenden Besoldungsgruppe anderer Besoldungsordnungen angestellt oder als außerplanmäßige Beamte länger als drei Jahre Anwärter auf eine solche Anstellung waren; einer Dienstzeit als außerplanmäßiger Beamter in einem Amt der Reichsbesoldungsgruppe A 4 c 2 oder einer entsprechenden Besoldungsgruppe anderer Besoldungsordnungen steht bei Beamten der den mittleren und gehobenen Dienst umfassenden Einheitslaufbahn die Zeit nach Ablegung der für den gehobenen Dienst geforderten Prüfung bis zur Ernennung zum Beamten in einem Amt der Reichsbesoldungsgruppe A 4 c 2 oder einer entsprechenden Besoldungsgruppe anderer Besoldungsordnungen gleich;

4. die nach § 111 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes ruhegehaltfähige Dienstzeit als Beamter im Vollzugsdienst der Polizei sowie die nach § 113 Abs. 1 Nr. 1 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig geltende Dienstzeit im Vollzugsdienst der Polizei oder berufsmäßigen Reichsarbeitsdienst, bei Berufsoffizieren außer der Dienstzeit als Polizeioffizier oder mittlerer oder höherer Reichsarbeitsdienstführer jedoch nur

- a) die zwei Jahre übersteigende Zeit im Vollzugsdienst der Polizei vor der Ernennung zum Leutnant oder zu einem gleichstehenden Dienstgrad, wenn diese Personen nach ihrem dienstlichen Werdegang bis zur Ernennung wie Offizieranwärter anzusehen sind, im übrigen
- b) die sechs Jahre übersteigende Zeit im Vollzugsdienst der Polizei vor der Ernennung zum Leutnant oder einem gleichstehenden Dienstgrad oder im berufsmäßigen Reichsarbeitsdienst vor der Ernennung zum Feldmeister.

Dem berufsmäßigen Reichsarbeitsdienst steht eine berufsmäßige Dienstzeit im Freiwilligen Arbeitsdienst für die männliche Jugend ab 1. Juli 1934 gleich;

5. als ruhegehaltfähig berücksichtigte Angestellten- oder Arbeiterdienstzeiten bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§§ 115, 186 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes), wenn auf sie die Voraussetzungen des § 115 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 des Bundesbeamtengesetzes hinsichtlich der Anstellung als Berufssoldat zutreffen, entsprechend § 31 Abs. 6 Satz 2 Halbsatz 2 des Gesetzes.

(2) Vor der Anstellung als Berufssoldat zurückgelegte und in entsprechender Anwendung des § 116 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig be-

rücksichtigte Zeiten können zum Ausgleich von Härten angerechnet werden. Zeiten, die entsprechend § 116 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a und Nr. 3 des Bundesbeamtengesetzes als ruhegehaltfähig berücksichtigt sind, können jedoch nur nach Abzug von drei Jahren angerechnet werden. Treffen Zeiten im Sinne des § 115 des Bundesbeamtengesetzes mit Zeiten nach § 116 des Bundesbeamtengesetzes zusammen, so verringert sich der Abzug nach Satz 2 insoweit, als Zeiten im Sinne des § 115 des Bundesbeamtengesetzes vorliegen.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auch bei Wiederanstellung im berufsmäßigen Wehrdienst (§ 31 Abs. 5 des Gesetzes) auf die zwischen den berufsmäßigen Wehrdienstverhältnissen liegenden Zeiten Anwendung.

§ 7

Für die Anrechnung von Zeiten vor der Anstellung oder Wiederanstellung im berufsmäßigen Reichsarbeitsdienst (§ 4 Abs. 1 Nr. 2) gelten die Vorschriften des § 6 entsprechend; hierbei tritt für die Reichsarbeitsdienstführerinnen an die Stelle des nichtberufsmäßigen Wehrdienstes der unmittelbar vor der Anstellung geleistete Dienst im Freiwilligen Arbeitsdienst für die weibliche Jugend ab 1. April 1936.

3. Angehörige des Kapitels II des Gesetzes

§ 8

Abschnitt 1 gilt auch für den Anwendungsbereich der §§ 62 und 63 des Gesetzes. Für den Anwendungsbereich des § 63 treten an die Stelle der obersten Dienstbehörde sowie des Bundesministers des Innern die nach Landesrecht zuständigen Behörden."

Artikel II

Neufassung der Zweiten Durchführungsverordnung

Die Zweite Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279, 282) erhält folgende Fassung:

„Zweite Verordnung

zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen
(Umrechnung der Bezüge von Vertriebenen)

in der Fassung vom 4. Juni 1962

§ 1

(1) Berechnungsgrundlage für die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge sind die im Herkunftsland zuletzt bezogenen Bruttodienstbezüge — bei Versorgungsempfängern die der Versorgung zugrunde liegenden Bruttodienstbezüge —, abzüglich des auf Kinderzulagen (Kinderbeihilfen, Erziehungsbeihilfen und ähnliche) entfallenden Teiles. Der sich nach der Währung des Herkunftslandes ergebende Betrag ist in deutsche Währung umzurechnen. Dabei gelten für Vertriebene aus

1. Albanien	1 Franc ..	=	0,81 DM
2. Böhmen und Mähren	1 Krone ..	=	0,12 DM
3. Bulgarien	1 Lew	=	0,03 DM

4. China	1 Liang	=	0,73 DM
5. Dänemark	1 Krone	=	0,54 DM
6. Estland	1 Estikrone	=	0,80 DM
7. Finnland	1 Finnmark	=	0,10 DM
8. Griechenland	1 Drachme	=	0,05 DM
9. Irland	1 ir. Pfund	=	12,18 DM
10. Italien	1 Lire	=	0,13 DM
11. Japan	1 Yen	=	0,71 DM
12. Jugoslawien	1 Dinar	=	0,05 DM
13. Kroatien	1 Kuna	=	0,05 DM
14. Lettland	1 Lat	=	0,60 DM
15. Litauen	1 Lit	=	0,50 DM
16. Niederlande	1 Gulden	=	1,36 DM
17. Niederländ.-Indien	1 Gulden	=	1,34 DM
18. Polen	1 Zloty	=	0,50 DM
19. Rumänien	1 Lei	=	0,02 DM
20. Rußland	1 Rubel	=	0,49 DM
	1 Czerwoncy	=	4,93 DM
21. Schweiz	1 Franken	=	0,57 DM
22. Slowakei	1 Krone	=	0,08 DM
23. Ungarn	1 Pengö	=	0,72 DM

Die sich nach der Umrechnung ergebenden Beträge sind in volle Deutsche Mark nach oben aufzurunden.

(2) Soweit im Einzelfall Umrechnungen aus Währungen erforderlich sind, für die in Absatz 1 kein Umrechnungskurs bestimmt ist, setzt der Bundesminister des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte den Umrechnungskurs besonders fest.

§ 2

(1) Der Umrechnungsbetrag darf höchstens mit dem Betrage der nach dem Stande vom 8. Mai 1945 zu ermittelnden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes zugrunde gelegt werden. Bei der Anwendung des § 31 des Gesetzes und des § 109 des Bundesbeamtengesetzes dürfen die entsprechend diesen Vorschriften ermittelten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes nicht überschritten werden.

(2) Bleibt der Umrechnungsbetrag (§ 1) hinter den nach dem Stande vom 8. Mai 1945 ermittelten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen des vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes zurück, so kann zur Angleichung ein Zuschlag bis zur Erreichung dieser ruhegehaltfähigen Dienstbezüge gewährt werden; Absatz 1 Satz 2 gilt auch hier. Über die Bewilligung eines Zuschlages entscheidet die oberste Dienstbehörde oder die von ihr ermächtigte Dienststelle.

(3) Die nach Absatz 1 oder durch die Angleichung nach Absatz 2 ermittelten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge des vergleichbaren Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes gelten als die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge im Sinne des § 108 des Bundesbeamtengesetzes.

§ 3

Zu den nach §§ 1 und 2 festgesetzten Versorgungsbezügen werden Kinderzuschläge (§ 156 Abs. 2 des Bundesbeamtengesetzes) gewährt.

§ 4

Der Umrechnungsbetrag ist auf Grund der von dem Anspruchsberechtigten zu erbringenden Nachweise, insbesondere auf Grund von Gehaltsbescheinigungen, Gehaltszetteln, Pensionsbescheiden, Abrechnungen von Geldinstituten und ähnlichen Belegen festzusetzen."

Artikel III

Neufassung der Dritten Durchführungsverordnung

Die Dritte Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279, 283) und des Artikels II Abs. 24 des Zweiten Änderungsgesetzes vom 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1275) erhält folgende Fassung:

„Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Angestellte und Arbeiter)

in der Fassung vom 4. Juni 1962

1. Angestellte und Arbeiter im Sinne des § 52 des Gesetzes

§ 1

Für die entsprechende Anwendung der Abschnitte II und IV des Gesetzes auf anspruchsberechtigte Angestellte und Arbeiter im Sinne des § 52 des Gesetzes gilt folgendes:

1. Zu § 9 Abs. 1 des Gesetzes, §§ 48, 50, 162 des Bundesbeamtengesetzes:

An die Stelle der Einleitung und Durchführung eines förmlichen Disziplinarverfahrens nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes tritt bei Angestellten und Arbeitern der Entzug oder die Kürzung der Rechte durch Erklärung der obersten Dienstbehörde. Gegen diese Entscheidung ist Klage vor dem Arbeitsgericht zulässig. Die oberste Dienstbehörde ist auch für die in entsprechender Anwendung des § 104 der Bundesdisziplinarordnung oder der §§ 50, 162 des Bundesbeamtengesetzes zu treffenden Entscheidungen zuständig.

2. Zu § 29:

(1) An die Stelle des Ruhegehalts der Beamten tritt bei Angestellten mit Bezügen nach dem Tarifrecht die Ruhevergütung, bei Arbeitern der Ruhelohn.

(2) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge im Sinne des § 108 des Bundesbeamtengesetzes sind bei den in Absatz 1 bezeichneten Angestellten die Vergütung (einschließlich Ortszuschlag im Sinne des § 156 Abs. 1 des Bundesbeamtengesetzes, Artikel I § 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher

Vorschriften vom 21. August 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 1361 —), bei Arbeitern der Lohn. Dabei gilt als Jahreslohn der dreihundertzwölfte jeweilige Tagelohn der Lohngruppe, in die der Arbeiter tatsächlich eingereiht war. Wurde der Arbeiter nach Stunden entlohnt, so ist als Tagelohn das Achtfache des Stundenlohnes zugrunde zu legen, sofern nicht eine höhere regelmäßige Arbeitszeit als acht Stunden festgesetzt war. § 109 des Bundesbeamtengesetzes findet entsprechende Anwendung.

(3) Für die Berechnung der Ruhegehalt-, ruhevergütungs- oder ruhelohnfähigen Dienstzeit gelten die §§ 105 ff. des Bundesbeamtengesetzes in Verbindung mit § 35 Abs. 3 und § 73 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes.

(4) Die Vorschriften der §§ 137, 138 des Bundesbeamtengesetzes über das Heilverfahren für Beamte finden nur insoweit entsprechende Anwendung, als nach § 558 Abs. 1 Nr. 1 der Reichsversicherungsordnung nicht bereits ein Anspruch auf Krankenbehandlung besteht.

3. Zu § 34:

Bei Angestellten mit Bezügen nach dem Tarifrecht tritt an die Stelle der Dienstaltersstufe der Grundvergütungssatz und an die Stelle der Besoldungsgruppe die Vergütungsgruppe. Ruhe-lohnfähige Bezüge eines Arbeiters sind der Lohn (Nr. 2 Abs. 2) unter Einbeziehung der Dienstzeit-zulagen, die er bis zur Vollendung des fünfund-sechzigsten Lebensjahres noch hätte erreichen können.

4. Zu § 37 a:

§ 37 a ist nicht anwendbar.

5. Zu § 50:

Versorgungsbezüge, die ohne Rechtsanspruch am 8. Mai 1945 bewilligt waren, können mit den sich aus den §§ 7, 8, 29, 31, 32 und 34 des Gesetzes ergebenden Beschränkungen von der obersten Dienstbehörde weiterbewilligt werden.

§ 2

(1) Bei der Feststellung des anzurechnenden Teils der Rente aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und aus der Zusatzversicherung (§ 52 Abs. 4 Satz 1 bis 3 des Gesetzes) sind die Versicherungszeiten, die auch für die Bemessung der Versorgungsbezüge als ruhegehaltfähig berücksichtigt werden, zusammenzurechnen und nach vollen Jahren festzusetzen; ein hierbei verbleibender Rest dieser Versicherungszeiten von mehr als einhundertzweiund-achtzig Tagen gilt als volles Jahr. Satz 1 gilt für die Anrechnung von Steigerungsbeträgen aus der Höherversicherung (§ 52 Abs. 4 Satz 4 des Gesetzes) entsprechend.

(2) Ein sich bei der Gesamtzahl der für die Bemessung der Rente angerechneten Versicherungsjahre (§ 1258 der Reichsversicherungsordnung, § 35 des Angestelltenversicherungsgesetzes, § 56 des Reichs-knappschaftsgesetzes) ergebendes halbes Versicherungsjahr bleibt für die Anwendung des § 52 Abs. 4

Satz 1 bis 3 des Gesetzes unberücksichtigt. Bei den nach Artikel 2 §§ 32 bis 37 und 42 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, Artikel 2 §§ 31 bis 36 und 41 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes sowie nach Artikel 2 §§ 11, 23 des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes umgestellten oder berechneten Renten treten an die Stelle der Versicherungsjahre die vollen Jahre, die sich bei Zusammenrechnung von je zwölf Monaten oder je zweiundfünfzig Wochen ergeben, auf die Steigerungsbeträge entfallen; hierbei sind die Beitragszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 und in der Rentenversicherung der Angestellten vom 1. August 1921 bis 31. Dezember 1923 einzurechnen. In der knappschaftlichen Rentenversicherung sind in den Fällen des Satzes 2 Zeiten vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923, in denen Beiträge für Arbeiter, und Zeiten vom 1. August 1921 bis 31. Dezember 1923, in denen Beiträge für Angestellte entrichtet worden sind, einzurechnen. Ein sich insgesamt ergebender Rest der in den Sätzen 2 und 3 bezeichneten Zeiten von mehr als sechs Monaten oder sechsundzwanzig Wochen gilt als volles Jahr.

(3) Bei der Feststellung der Versicherungszeiten, die auch der Bemessung der Versorgungsbezüge als ruhegehaltfähig zugrundeliegen (Absatz 1), sind Zeiten, für die zwischen dem 8. Mai 1945 und dem Inkrafttreten des Gesetzes Pflichtbeiträge zu den gesetzlichen Rentenversicherungen im Geltungsbereich des Gesetzes entrichtet worden sind, außer Betracht zu lassen; Entsprechendes gilt für die in dem gleichen Zeitraum liegenden Ersatzzeiten. Zu der Gesamtzahl der angerechneten Versicherungsjahre (Absatz 2 Satz 1) gehören auch Ausfallzeiten und Zurechnungszeiten (§§ 1259, 1260 RVO, §§ 36, 37 AVG, §§ 57, 58 RKG, Artikel 2 § 14 ArVNG, Artikel 2 § 14 AnVNG, Artikel 2 § 9 Abs. 2 KnVNG). In den in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Fällen ist, sofern der Versicherungsfall vor der Vollendung des fünfund-fünfzigsten Lebensjahres eingetreten war, der Gesamtzahl der Zeiten, auf die Steigerungsbeträge entfallen, die Zeit zwischen dem Eintritt des Versicherungsfalles und der Vollendung des fünfundfünfzigsten Lebensjahres hinzuzurechnen.

§ 3

Die bisherige Bemessungsgrundlage für die Versorgungsbezüge der Tabakarbeiter der österreichischen, ungarischen und der tschechoslowakischen Tabakregie auf ständigem Arbeitsposten bleibt unverändert.

2. Entlassungsgeld für Angestellte und Arbeiter nach § 52 c Abs. 1 Satz 5

§ 4

(1) Angestellten und Arbeitern (§ 1 Abs. 1 Nr. 1, § 2 des Gesetzes), deren Teilnahme an der Unterbringung oder Anrechenbarkeit auf die Pflichtanteile wegen Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres oder Eintritts von Dienstunfähigkeit vor dem Ablauf des 30. September 1961 geendet hat, ist Entlassungsgeld zu gewähren (§ 52 c Abs. 1 Satz 5 in

Verbindung mit Satz 1 bis 4 des Gesetzes), wenn am 8. Mai 1945 nach den für sie geltenden Vorschriften eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren abgeleistet war und weder vor dem 1. Oktober 1961 ein Anspruch auf Übergangsgehalt (Übergangsbezüge) bestand noch am 1. Oktober 1961 eine Rente aus den gesetzlichen Rentenversicherungen oder entsprechende sonstige Versorgungsleistungen auf Grund oder unter Berücksichtigung des am 8. Mai 1945 bestehenden Beschäftigungsverhältnisses zustehen. Wird ein Angestellter oder Arbeiter, dem nach Satz 1 Entlassungsgeld gewährt ist, nach dem 30. September 1961 wieder dienstfähig und lebt dadurch der Anspruch auf Bezüge wieder auf (§ 52a Abs. 3, § 52b Abs. 2), so gilt § 52c Abs. 2 des Gesetzes entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt für den Anwendungsbereich der §§ 62, 63 des Gesetzes entsprechend."

Artikel IV

Neufassung der Vierten Durchführungsverordnung

Die Vierte Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279, 284) erhält folgende Fassung:

„Vierte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Disziplinarverfahren)

in der Fassung vom 4. Juni 1962

§ 1

Das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Verhängung der in § 9 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Disziplinarstrafen gegen Personen, auf die Kapitel I oder § 62 des Gesetzes Anwendung findet (mit Ausnahme der in den §§ 52, 52a, 52b, 52c genannten Personen), richtet sich nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung mit den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen und § 4 des Gesetzes über die Errichtung von Bundesdienststrafgerichten vom 12. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 883) sowie nach den Vorschriften dieser Verordnung.

§ 2

Der Bundesminister des Innern ist Einleitungsbehörde (§ 29 der Bundesdisziplinarordnung) und oberste Dienstbehörde im Sinne der Bundesdisziplinarordnung, soweit er diese Befugnisse nicht gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes überträgt.

§ 3

Für die Höhe der Einbehaltung eines noch zu gewährenden Übergangsgehaltes (Artikel II § 11 Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Dritten Änderungsgesetzes) und von Unterhaltsgeld (§ 71h Abs. 3, 5, § 71i, § 71k des Gesetzes) gilt § 79 Abs. 3 der Bundesdisziplinarordnung entsprechend.

§ 4

Zuständig ist die Bundesdisziplinkammer, in deren Bezirk der Beschuldigte bei Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hat; falls ein solcher im Bundesgebiet nicht vorhanden ist, gilt § 33 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 der Bundesdisziplinarordnung entsprechend. § 37 der Bundesdisziplinarordnung findet mit der Maßgabe Anwendung, daß einer der Beisitzer Beamter zur Wiederverwendung gewesen ist.

§ 5

Die Entscheidung des Bundesdisziplinargerichts auf Aberkennung der Rechte aus dem Gesetz (§ 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes) tritt an die Stelle einer Verurteilung zur Entfernung aus dem Dienst oder zur Aberkennung des Ruhegehalts nach den Vorschriften der Bundesdisziplinarordnung. Ein auf Kürzung des Übergangsgehalts oder Unterhaltsgeldes (§ 3) lautendes Urteil gilt als Urteil auf Kürzung des Ruhegehalts oder des Unterhaltsbeitrages in Höhe des Ruhegehalts, jedoch nicht über die Vollendung des zweiundsechzigsten Lebensjahres oder den Eintritt der Dienstunfähigkeit hinaus.

§ 6

Die Gerichte und Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts teilen dem Bundesminister des Innern unter Übersendung etwaiger Unterlagen, Strafurteile oder Disziplinarurteile unverzüglich nach ihrem Bekanntwerden die Tatsachen mit, welche für die in § 1 genannten Personen die Verhängung der in § 9 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Disziplinarstrafen rechtfertigen könnten. Diese Mitteilung erfolgt unbeschadet anderer gesetzlicher Vorschriften über Mitteilungen in Strafsachen auch dann, wenn ein Strafverfahren nicht eingeleitet oder durchgeführt wird."

Artikel V

Neufassung der Sechsten Durchführungsverordnung

Die Sechste Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juni 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 279, 285) erhält folgende Fassung:

„Sechste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Besoldungs- dienstalter für die Bemessung der ruhegehalt- fähigen Dienstbezüge der Berufssoldaten, be- rufsmäßigen Angehörigen des Reichsarbeits- dienstes, der Polizeivollzugsbeamten und Beam- ten des Ingenieurkorps der Luftwaffe)

in der Fassung vom 4. Juni 1962

1. Allgemeines

§ 1

(1) Für die Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge

der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht (bisherige Besoldungsordnung C),

der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes (bisherige Besoldungsordnungen RADm und RADw),

der früheren Polizeivollzugsbeamten — soweit sie in Untergruppen (Fußnoten) der Besoldungsordnung A eingereiht waren —,

der Beamten des früheren Ingenieurkorps der Luftwaffe (bisherige Besoldungsordnung JL),

die nach den Anlagen B, C und D des Gesetzes in die Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A eingereiht sind, ist das Besoldungsdienstalter nach den Vorschriften dieser Verordnung festzusetzen.

(2) Für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters sind das Besoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 in der Fassung des Gesetzes vom 30. März 1943 (Reichsgesetzbl. I S. 189) und die Ausführungsbestimmungen (Besoldungsvorschriften) vom 12. März 1928 in der Fassung vom 8. August 1943 (Reichshaushalts- und Besoldungsblatt S. 167) unter Berücksichtigung der §§ 2 bis 9 dieser Verordnung anzuwenden.

§ 2

Die nach § 1 Abs. 2 geltende Fassung des Besoldungsgesetzes und der Besoldungsvorschriften ist auch für die Anstellungen und Beförderungen maßgebend, die vor dem Inkrafttreten dieser Fassung ausgesprochen worden sind. Stimmen die früheren Besoldungsgruppen nicht mit den Besoldungsgruppen der bisherigen Besoldungsordnungen C, RADm und RADw sowie JL in der genannten Fassung des Besoldungsgesetzes überein, so sind die Besoldungsgruppen zugrunde zu legen, die für entsprechende und gleichzubewertende Angehörige beim späteren Inkrafttreten der genannten Fassungen maßgebend gewesen sind.

§ 3

(1) Maßgebend für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters ist der Tag der Anstellung oder Beförderung, in den Fällen der rückwirkenden Einweisung der nachgewiesene Tag der Einweisung gemäß Nr. 11 der Besoldungsvorschriften.

(2) Sind Beförderungen gemäß §§ 7, 8, 31, 53 oder 55 des Gesetzes oder § 109 des Bundesbeamtengesetzes nicht zu berücksichtigen, so ist das Besoldungsdienstalter in der hiernach maßgebenden Besoldungsgruppe ohne Rücksicht auf die tatsächlich in höheren Besoldungsgruppen erreichten Dienstaltersstufen festzusetzen. § 7 Abs. 7 des Besoldungsgesetzes findet keine Anwendung.

2. Berufssoldaten der früheren Wehrmacht

§ 4

(1) Das Besoldungsdienstalter der in die Besoldungsgruppe A 11 eingereihten Berufssoldaten ist auf den Tag der Beförderung zum Gefreiten (alter Art) festzusetzen.

(2) In den Besoldungsgruppen A 8 c 1 bis 5 und A 8 a sind Besoldungsdienstalter nicht festzusetzen.

(3) Unteroffiziere mit weniger als zwölf Dienstjahren sind während der ersten zwei Jahre als solche in die Besoldungsgruppe A 8 c 5, vom Beginn des dritten Jahres in die Besoldungsgruppe A 8 c 4,

Unteroffiziere mit einer Gesamtdienstzeit von vier Jahren unmittelbar in die Besoldungsgruppe A 8 c 4 einzureihen.

(4) Unterfeldwebel mit weniger als zwölf Dienstjahren sind während der ersten zwei Jahre als solche in die Besoldungsgruppe A 8 c 3, vom Beginn des dritten Jahres ab in die Besoldungsgruppe A 8 c 2 Stufe 1 einzureihen.

(5) Unteroffiziere, Unterfeldwebel, Feldwebel, Oberfeldwebel und Stabsfeldwebel mit mehr als zwölf Dienstjahren sind einzureihen als

im	Unteroffizier	Unterfeldwebel	Feldwebel	Oberfeldwebel	Stabsfeldwebel
	in die Besoldungsgruppe A 8 a				
13. u. 14. Dienstjahr	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
15. u. 16. Dienstjahr	Stufe 2	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7
17. u. 18. Dienstjahr	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8

(6) Zu der Dienstzeit im Sinne der Absätze 3 bis 5 rechnet neben dem aktiven Wehrdienst auch die Polizeidienstzeit der Angehörigen der Landespolizei, die auf Grund des Gesetzes über die Überführung von Angehörigen der Landespolizei in die Wehrmacht vom 3. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 851) in die frühere Wehrmacht übergeführt worden sind.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für die übrigen Dienstgrade der in die Besoldungsgruppen A 8 a bis A 11 eingereihten Berufssoldaten.

§ 5

(1) Das Besoldungsdienstalter der Berufssoldaten, die aus einer der Besoldungsgruppen C 9 bis C 18 in die Besoldungsordnung A einzureihen sind, ist so festzusetzen, als ob sie bei der ersten Beförderung in eine der Besoldungsgruppen C 9 bis C 18 aus dem nach § 4 ermittelten Grundgehalt im Zeitpunkt der Beförderung statt in eine der Besoldungsgruppen C 9 bis C 18 in die an ihre Stelle nach der Anlage B zum Gesetz getretene Besoldungsgruppe gemäß § 7 des Besoldungsgesetzes aufgestiegen wären; beim Aufstieg aus dem Grundgehaltssatz 2340 oder 2370 in die Besoldungsgruppe A 4 f wird das nach § 7 des Besoldungsgesetzes festgesetzte Besoldungsdienstalter um zwei Jahre verbessert. Angehörige der Besoldungsgruppe C 11 erhalten in der Besoldungsgruppe A 4 f ein Besoldungsdienstalter vom Tage der Beförderung verbessert um zehn Jahre. Bei weiteren Beförderungen innerhalb der genannten Besoldungsgruppen ist das Besoldungsdienstalter nach § 7 des Besoldungsgesetzes festzusetzen. Oberleutnante (C 9) behalten das in der Besoldungsgruppe A 4 f für Leutnante (C 10) festgesetzte Besoldungsdienstalter unverändert.

(2) Das Besoldungsdienstalter der aus der Unteroffizierlaufbahn hervorgegangenen Berufssoldaten der Besoldungsgruppen C 9 und C 10 beginnt in der Besoldungsgruppe A 4 f mit dem Tage der Beförderung, spätestens sechseinhalb Jahre nach ihrem Dienst Eintritt in die frühere Wehrmacht oder Landespolizei (§ 4 Abs. 6); Absatz 1 Satz 1 bleibt unberührt. Das gleiche gilt für die aus der Besoldungsgruppe C 16 in die Besoldungsgruppe A 6 einzureihenden Musikmeister.

§ 6

(1) Das Besoldungsdienstalter in der Besoldungsgruppe A 3 b ist auf den Zeitpunkt der Beförderung zum Hauptmann oder zu einem entsprechenden Dienstgrad festzusetzen; bei Offizieren, die auf Grund des Gesetzes zur Übernahme von Angehörigen der Landespolizei in die Wehrmacht vom 3. Juli 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 851) in die frühere Wehrmacht übergeführt worden sind, steht der Beförderung zum Hauptmann eine Beförderung zum Hauptmann im Vollzugsdienst der Polizei gleich. Davon ausgehend ist das Besoldungsdienstalter in den höheren Besoldungsgruppen gemäß § 7 des Besoldungsgesetzes festzusetzen.

(2) Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, für deren Tätigkeit ein Hochschulstudium vorgeschrieben war, erhalten abweichend von Absatz 1 ein Besoldungsdienstalter in der Besoldungsgruppe A 3 b nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften. Dabei gilt als erste planmäßige Anstellung der Tag des Übertritts in die Besoldungsgruppe C 8. Bei dem Übertritt in die Besoldungsgruppe A 2 c 2 bleibt das nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften für die Besoldungsgruppe A 3 b festgesetzte Besoldungsdienstalter unverändert.

(3) War ein Berufssoldat, für dessen Tätigkeit ein Hochschulstudium vorgeschrieben war, unmittelbar in die Besoldungsgruppe C 7 oder höher eingereiht worden, so ist in jedem Falle das Besoldungsdienstalter in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften festzusetzen; gegebenenfalls ist für die höhere Besoldungsgruppe anschließend nach Nr. 39 der Besoldungsvorschriften zu verfahren.

(4) Bei Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, die wegen Eintritts oder Wiedereintritts in den berufsmäßigen Wehrdienst als planmäßige Beamte ausgeschieden waren, ist das Besoldungsdienstalter in der Besoldungsgruppe A 3 b abweichend von Absatz 1 Satz 1 ausgehend von dem Besoldungsdienstalter der Besoldungsgruppe der Planstelle, die sie vor ihrem Übertritt in den Wehrdienst innegehabt haben, nach § 7 des Besoldungsgesetzes festzusetzen.

(5) Bei Berufssoldaten der früheren Wehrmacht, die vor ihrem Eintritt in den berufsmäßigen Wehrdienst Ruhestandsbeamte waren, ist das Besoldungsdienstalter so festzusetzen, wie wenn ein Ruhestandsbeamter in ein neues Beamtenverhältnis übernommen wird. Eine günstigere Regelung nach Absatz 1 bis 3 bleibt unberührt.

3. Berufsmäßige Angehörige des früheren Reichsarbeitsdienstes

§ 7

(1) In den Besoldungsgruppen A 8 c 5 und A 8 c 4 wird ein Besoldungsdienstalter nicht festgesetzt.

(2) Das Besoldungsdienstalter der Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes, die bisher den Besoldungsgruppen RADm 10 und aufwärts sowie

den Besoldungsgruppen RADw 5 und aufwärts angehört haben, ist in den an ihre Stelle getretenen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A auf den Tag der Anstellung oder Beförderung festzusetzen, soweit sich nicht nach § 7 des Besoldungsgesetzes ein günstigerer Zeitpunkt ergibt.

(3) Reichsarbeitsdienstführer, für deren Tätigkeit ein Hochschulstudium vorgeschrieben war, erhalten ein Besoldungsdienstalter

- a) in der Besoldungsgruppe A 4 c 1 von mindestens vier Jahren vor dem Beförderungstag,
- b) in der Besoldungsgruppe A 3 b nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften, wobei als erste planmäßige Anstellung der Übertritt in die Besoldungsgruppe RADm 7 gilt; bei dem Übertritt in die Besoldungsgruppe A 2 c 2 bleibt das nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften für die Besoldungsgruppe A 3 b festgesetzte Besoldungsdienstalter unverändert,
- c) bei unmittelbarer Anstellung in der Besoldungsgruppe RADm 6 oder höher nach Nr. 38 und 39 der Besoldungsvorschriften.

(4) Reichsarbeitsdienstführerinnen, für deren Tätigkeit ein Hochschulstudium vorgeschrieben war, erhalten in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 mindestens ein Besoldungsdienstalter nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften. Dabei gilt der Übertritt in die Besoldungsgruppe RADw 2 als erste planmäßige Anstellung. Bei unmittelbarer Anstellung in der Besoldungsgruppe RADw 1 ist nach Nr. 39 der Besoldungsvorschriften zu verfahren.

(5) § 6 Abs. 4, 5 gilt entsprechend.

4. Frühere Polizeivollzugsbeamte

§ 8

(1) Das Besoldungsdienstalter der Leutnante der Schutzpolizei und der Feuerschutzpolizei (bisherige Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 4 e) ist in der Besoldungsgruppe A 4 f ausgehend von dem letzten in den Besoldungsgruppen A 8 c bis A 7 a festgestellten Grundgehaltssatz gemäß § 7 des Besoldungsgesetzes festzusetzen; bei einem letzten Grundgehaltssatz von 2340, 2350, 2370 oder 2550 wird das nach § 7 des Besoldungsgesetzes festgesetzte Besoldungsdienstalter um zwei Jahre verbessert. Ist der Beamte seinerzeit von der Besoldungsgruppe A 5 b nach A 4 e (Fußnote 2) übergetreten, so erhält er in der Besoldungsgruppe A 4 f sein früheres in der Besoldungsgruppe A 5 b festgesetztes Besoldungsdienstalter. Das Besoldungsdienstalter aller Leutnante beginnt spätestens sechseinhalb Jahre nach dem Dienst Eintritt in die frühere uniformierte Vollzugspolizei.

(2) Oberleutnante der Schutzpolizei und der Feuerschutzpolizei (bisherige Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 4 e) behalten das nach Absatz 1 für Leutnante in der Besoldungsgruppe A 4 f festge-

setzte Besoldungsdienstalter unverändert. Für Oberleutnante der Gendarmerie (bisherige Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 4 e) ist das Besoldungsdienstalter ebenfalls nach Absatz 1 festzusetzen.

(3) Das Besoldungsdienstalter der Assistenzärzte, der Veterinäre, der Oberärzte und der Oberveterinäre der Polizei (bisherige Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 4 e) ist in der Besoldungsgruppe A 4 f auf den Tag der Beförderung in eine Stelle der Besoldungsgruppe A 4 e (Fußnote 1), verbessert um zehn Jahre, festzusetzen.

(4) Das bisherige Besoldungsdienstalter der Kriminalkommissare (bisherige Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 4 c 1) wird in der Besoldungsgruppe A 4 c 1 um sechs Jahre verbessert.

(5) Die früheren Hauptleute der Schutzpolizei, Gendarmerie und Feuerschutzpolizei (bisherige Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 3 b) erhalten in der Besoldungsgruppe A 3 b ein Besoldungsdienstalter vom Zeitpunkt der Beförderung, soweit sich nicht für den Übertritt innerhalb des Polizeivollzugsdienstes nach § 7 Abs. 1 Satz 1 des Besoldungsgesetzes ein günstigerer Zeitpunkt ergibt. Hiervon ausgehend ist das Besoldungsdienstalter für die höheren Besoldungsgruppen gemäß § 7 des Besoldungsgesetzes festzusetzen.

Das Besoldungsdienstalter der Stabsärzte und Stabsveterinäre der Polizei (bisherige Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 3 b) ist in der Besoldungsgruppe A 3 b nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften festzusetzen. Dabei gilt als erste planmäßige Anstellung der Übertritt in diese Besoldungsgruppe. Beim Übertritt in die Besoldungsgruppe A 2 c 2 bleibt das nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften für die Besoldungsgruppe A 3 b festgesetzte Besoldungsdienstalter unverändert. Das Besoldungsdienstalter der unmittelbar in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 oder höher angestellten Ärzte und Veterinäre der Polizei ist in jedem Falle nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften und gegebenenfalls für die höhere Besoldungsgruppe anschließend nach Nr. 39 der Besoldungsvorschriften festzusetzen.

(6) Werden Beamte infolge des Wegfalls der Untergruppen (Fußnoten) in eine Besoldungsgruppe eingereiht, der sie bereits früher angehört haben, so erhalten sie das frühere Besoldungsdienstalter wieder.

5. Beamte des früheren Ingenieurkorps der Luftwaffe

§ 9

(1) Bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters ist in der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes der Flieger-Ingenieurlaufbahn (Besoldungsgruppen JL 8, 7 und 6) von der Besoldungsgruppe A 4 c 2 und in der Laufbahn der Flieger-Nautiker (Besoldungsgruppen JL 7, 6 und 5) von der Besoldungsgruppe A 4 b 1 als Eingangsgruppe auszugehen. Für diese Besoldungsgruppe ist das Besoldungsdienstalter auf den Tag der Anstellung festzusetzen. War das Besoldungsdienstalter bei der

Anstellung für die Anstellungsgruppe günstiger festgesetzt worden, so gilt der günstigere Zeitpunkt bei den Flieger-Ingenieuren auch für die Besoldungsgruppe A 4 c 2 und bei den Flieger-Nautikern auch für die Besoldungsgruppe A 4 b 1. Für die höheren Besoldungsgruppen richtet sich die Festsetzung des Besoldungsdienstalters nach § 7 des Besoldungsgesetzes. Bei unmittelbarer Anstellung eines Flieger-Ingenieurs in einer höheren Besoldungsgruppe als JL 8 und eines Flieger-Nautikers in einer höheren Besoldungsgruppe als JL 7 ist nach Nr. 39 der Besoldungsvorschriften zu verfahren.

(2) In der Laufbahngruppe des höheren Dienstes (Besoldungsgruppe JL 5 und höher) ist von der Besoldungsgruppe A 2 c 2 als Eingangsgruppe auszugehen. Absatz 1 gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß

- a) Beamte, die das für den höheren Dienst vorgeschriebene Hochschulstudium zurückgelegt haben und in der Besoldungsgruppe JL 5 oder höher angestellt worden sind, in der Besoldungsgruppe A 2 c 2 mindestens das nach Nr. 38 der Besoldungsvorschriften sich ergebende Besoldungsdienstalter erhalten,
- b) Beamte, die im Beförderungswege aus der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes in den höheren Dienst aufgestiegen sind, für die Besoldungsgruppe A 2 c 2 das nach § 7 des Besoldungsgesetzes sich ergebende Besoldungsdienstalter erhalten.

(3) Werden Beamte des früheren Ingenieurkorps der Luftwaffe in eine Besoldungsgruppe der Besoldungsordnung A eingereiht, der sie bereits früher angehört haben, so erhalten sie das frühere Besoldungsdienstalter wieder.

6. Übertritt in den Zivildienst

§ 10

Die §§ 4 bis 7 gelten nicht bei Anstellung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und von berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes im Zivildienst. Insoweit findet Nr. 36 Abs. 2 der Besoldungsvorschriften Anwendung.

7. Übergangsvorschriften

§ 11

Übersteigen die der Versorgung zugrunde gelegten ruhegehaltfähigen Dienstbezüge die nach dieser Verordnung festzusetzenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, so sind Mehrzahlungen bis zum Ende des Monats, in dem diese Verordnung verkündet ist, in Ausgabe zu belassen.

Artikel VI

Anwendung im Land Berlin

Diese Rechtsverordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bun-

desgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel IV des Ersten, Artikel VII des Zweiten und Artikel V des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 19. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 980), 11. September 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1275) und

21. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1557) auch im Land Berlin.

Artikel VII

Inkrafttreten

Diese Rechtsverordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1961 in Kraft.

Bonn, den 4. Juni 1962

Der Bundesminister des Innern
Höcherl

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 27 Abs. 4 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 4. April 1962 — 2 BvL 9, 10/60 — in dem Verfahren wegen

verfassungsrechtlicher Prüfung des § 27 Abs. 4 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes in der Fassung vom 8. Dezember 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 908)

auf Antrag

der Landesverwaltungsgerichte Oldenburg und Minden

wird gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 8. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1665), nachfolgend der Entscheidungssatz veröffentlicht:

§ 27 Absatz 4 des Gesetzes über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz — KgfEG —) in der Fassung vom 8. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 908) ist insoweit nichtig, als er sich auf die Kosten einer Vertretung des Antragstellers durch einen Rechtsanwalt im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten bezieht.

Der vorstehende Entscheidungssatz hat gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 24. Mai 1962

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung des Staatssekretärs
Roemer

**Verordnung
zur Änderung der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung**

Vom 6. Juni 1962

Auf Grund des § 23 und des § 23a des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 13. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1722) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung vom 5. August 1959 (Bundesgesetzblatt I S. 625) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 7 werden hinter dem Klammersatz „(WiGBl. S. 181)“ die Worte „und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511)“ eingefügt.

2. § 9 Ziff. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Die Kasse muß sich auf Zugehörige oder frühere Zugehörige einzelner oder mehrerer wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe oder der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich deren Untergliederungen, Einrichtungen und Anstalten und sonstiger gemeinnütziger Wohlfahrtsverbände beschränken. Zu den Zugehörigen im Sinn dieser Bestimmung rechnen auch deren Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes).“

3. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden hinter dem Klammersatz „(Reichsgesetzbl. I S. 315)“ die Worte „zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85)“ eingefügt.

b) In Absatz 2 werden ersetzt

aa) in Ziffer 1 die Zahl „9000“ durch die Zahl „12 000“ und

bb) in Ziffer 2 die Zahl „800“ durch die Zahl „1000“.

c) In Absatz 3 werden ersetzt

aa) in Satz 1 die Zahl „10“ durch die Zahl „12“,

bb) in Satz 2 die Zahl „2“ durch die Zahl „4“ und

cc) in Satz 3 die Zahl „1200“ durch die Zahl „1500“.

4. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Ziffer 2 werden hinter den Worten „die Zugehörigen des Betriebs“ die Worte „oder die Zugehörigen der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich ihrer Untergliederungen, Einrichtungen und Anstalten und sonstiger gemeinnütziger Wohlfahrtsverbände“ eingefügt.

b) In Ziffer 3 werden hinter den Worten „den Zugehörigen des Betriebs“ die Worte „oder den Zugehörigen der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich ihrer Untergliederungen, Einrichtungen und Anstalten und sonstiger gemeinnütziger Wohlfahrtsverbände“ eingefügt.

5. § 12 wird wie folgt geändert:

a) Der erste Halbsatz erhält folgende Fassung: „Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinn des § 53 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), sind von der Körperschaftsteuer befreit.“

b) In Ziffer 2 wird die Zahl „500“ durch die Zahl „800“ ersetzt.

6. § 13 erhält folgende Fassung:

„§ 13

Berufsverbände

ohne öffentlich-rechtlichen Charakter

(1) Zu den Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter im Sinn des § 4 Abs. 1 Ziff. 8 des Gesetzes können Berufsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (zum Beispiel Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) und andere Berufsverbände (zum Beispiel Wirtschaftsverbände, Bauernvereine und Hausbesitzervereine) gehören.

(2) Liegt ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb im Sinn des § 14 Abs. 1 vor, so dient er dem Verbandszweck, wenn der Berufsverband durch ihn allgemeine ideelle oder wirtschaftliche In-

teressen des Berufsstandes oder Wirtschaftszweiges wahrnimmt. Diese Voraussetzung gilt als erfüllt, wenn der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb der Erfüllung von Aufgaben dient, die dem Berufsverband auf Grund von gesetzlichen Vorschriften übertragen worden sind oder aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

(3) Im Sinn des Absatzes 2 Satz 1 dienen dem Verbandszweck zum Beispiel

1. die Herausgabe, der Verlag oder der Vertrieb von Fachzeitschriften, Fachzei-
tungen und anderen fachlichen Druck-
erzeugnissen des Berufsstandes oder
Wirtschaftszweiges, einschließlich der
Aufnahme von Fachanzeigen;
2. die Ausbildung und Fortbildung der
Angehörigen des Berufsstandes oder
Wirtschaftszweiges, einschließlich des
Unterhaltens von diesen Zwecken die-
nenden Einrichtungen;
3. die Beratung und Vertretung der An-
gehörigen des Berufsstandes oder Wirt-
schaftszweiges in Angelegenheiten, die
sich aus der Zugehörigkeit zu dem Be-
rufsstand oder Wirtschaftszweig er-
geben;
4. die Durchführung sozialer, kulturel-
ler, staatspolitischer, gesellschaftspoliti-
scher, sozialpolitischer und wirtschafts-
politischer Aufgaben, einschließlich des
Unterhaltens von diesen Zwecken die-
nenden Einrichtungen;
5. die Veranstaltungen zur Werbung und
zur Förderung des Verbandslebens.

(4) Treffen in einem wirtschaftlichen Ge-
schäftsbetrieb Tätigkeiten, die dem Verbands-
zweck dienen, und Tätigkeiten, die dem Ver-
bandszweck nicht dienen, zusammen, so gilt er
als ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb im Sinn
des Absatzes 2, wenn die Einnahmen aus den
nicht dem Verbandszweck dienenden Tätigkei-
ten 10 vom Hundert der gesamten Einnahmen
des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs, höch-
stens 10 000 DM, nicht übersteigen.

(5) Unterhält ein Berufsverband wirtschaft-
liche Geschäftsbetriebe, die dem Verbandszweck
nicht dienen, so gelten sie als wirtschaftliche Ge-
schäftsbetriebe im Sinn des Absatzes 2, wenn die
Einnahmen aus dem einzelnen wirtschaftlichen
Geschäftsbetrieb 1000 DM nicht übersteigen.“

7. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Anwendung

einkommensteuerrechtlicher Vorschriften

Bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer
sind anzuwenden

1. die folgenden Vorschriften des Einkommen-
steuergesetzes:

§ 2 Abs. 2 bis 4, Abs. 5 Ziff. 1 und 3, Abs. 6
Ziff. 1 Satz 1 und Ziff. 2,

§ 3 Ziff. 8 Satz 1, Ziff. 11 Satz 1, Ziff. 18, 21,
25, 26, 27, 28, 41, 42, 44, 45, 47, 53, 54 und 56,

§ 3 a,

§ 3 b,

§§ 4 bis 7,

§ 7 a Abs. 2 Satz 2,

§§ 7 b und 7 c,

§ 7 d EStG 1957,

§§ 7 e und 8,

§ 9 Ziff. 1 bis 3 und 6,

§ 10 Abs. 1 Ziff. 6,

§ 10 d,

§ 11,

§ 13 Abs. 1 und 2,

§ 14 Abs. 1,

§ 15,

§ 16 Abs. 1 bis 3,

§ 17 Abs. 1, 2 und 5,

§ 18 Abs. 1, 2 und 3 Sätze 1 bis 3,

§§ 20 bis 25,

§ 29 Abs. 1, 2 und 4,

§ 31 Abs. 1,

§ 34 c Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 bis 4
und 6,

§ 34 d Abs. 2 und 3,

§ 35,

§§ 43 und 44,

§ 47,

§ 49,

§ 50 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5, Abs. 2, 4
und 5,

§ 50 a Abs. 4 bis 7,

§ 52 Abs. 3, 5 und 6,

§ 53.

§ 7 e des Einkommensteuergesetzes ist auf
solche Körperschaften anzuwenden, deren
Mitglieder oder Gesellschafter während des
Wirtschaftsjahrs, für das die Bewertungs-
freiheit in Anspruch genommen wird, zu
dem in § 7 e Abs. 1 Satz 1 Ziff. 1 oder 2
des Einkommensteuergesetzes bezeichneten
Personenkreis gehören. Liegen nicht bei
allen Mitgliedern oder Gesellschaftern die
Voraussetzungen des § 7 e Abs. 1 Satz 1
Ziff. 1 oder 2 des Einkommensteuergesetzes
vor, so gilt § 7 e des Einkommensteuergesetzes
mit der Maßgabe, daß Bewertungs-
freiheit von Aktiengesellschaften nicht, von
anderen Körperschaften nur in Höhe des
Hundertstes in Anspruch genommen wer-
den kann, mit dem die Mitglieder oder Ge-
sellschafter, die die Voraussetzungen des
§ 7 e Abs. 1 Satz 1 Ziff. 1 oder 2 des Ein-
kommensteuergesetzes erfüllen, an der Kör-
perschaft beteiligt sind.

§ 50 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5, Abs. 2, 4
und 5 und § 50 a Abs. 4 bis 7 des Einkom-
mensteuergesetzes gelten entsprechend im
Fall des § 2 Abs. 2 des Gesetzes.

2. die folgenden Vorschriften der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung:

§§ 1 und 2,
 §§ 5 bis 13,
 §§ 16 bis 23,
 § 27,
 § 53,
 § 56 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 bis 5,
 § 58,
 § 60,
 §§ 68 a bis 68 g,
 § 69,
 § 73 Abs. 1 und 3,
 § 73 a Abs. 2 und 3,
 §§ 73 b bis 73 i,
 §§ 74 bis 77,
 §§ 79 bis 82,
 § 82 a,
 § 82 b,
 § 84 Abs. 3 bis 5."

8. In § 17 Abs. 1 wird das Wort „Versicherungsaufsichtsgesetzes“ durch die Worte „Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85)“ ersetzt.
9. In § 23 Abs. 2 Satz 1 wird in der Klammer das Wort „Gesetzes“ durch die Worte „Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 — KStG 1955 —, Bundesgesetzbl. I S. 467“ ersetzt.
10. In § 25 Abs. 1 werden hinter dem Klammersatz „(WiGBL. S. 181)“ die Worte „und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511)“ eingefügt.
11. § 32 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 letzter Satz werden die Worte „Absatz 2“ durch die Worte „den Absätzen 2 bis 4“ ersetzt.
- b) Absatz 2 Ziff. 1 erhält folgende Fassung:
- „1. für Wirtschaftsgüter, die am 21. Juni 1948 vorhanden waren, die Werte, die nach dem D-Markbilanzgesetz vom 21. August 1949 (WiGBL. S. 279) und seinen Ergänzungsgesetzen in eine steuerliche Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark für den 21. Juni 1948 höchstens hätten eingestellt werden können. Das gilt auch, wenn in der Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark für den 21. Juni 1948 niedrigere Werte angesetzt worden sind. Wirtschaftsgüter, die unter das Vierte D-Markbilanzergänzungsgesetz vom 7. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 413) fallen, können mit den nach diesem Gesetz zulässigen Höchst-

werten auch dann angesetzt werden, wenn in der Handelsbilanz niedrigere Werte angesetzt worden sind.“.

- c) Die folgenden Absätze 3 und 4 werden angefügt:

„(3) Für Genossenschaften, die unter § 1 Abs. 1 des D-Markbilanzgesetzes vom 12. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 329) fallen, tritt bei Anwendung des Absatzes 2 an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949.

(4) Für Genossenschaften, die unter § 1 Abs. 1, § 3 des D-Markbilanzgesetzes für das Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzblatt I S. 372) fallen, tritt bei Anwendung des Absatzes 2 an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 6. Juli 1959.“

12. § 36 erhält folgende Fassung:

„§ 36

Geltungsbereich

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1961 anzuwenden.“

13. § 37 erhält folgende Fassung:

„§ 37

Anwendung im Land Berlin

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit

§ 5 des Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Änderungsgesetzes 1951 vom 27. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 411),

§ 2 Dritter Teil des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 413),

Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzblatt I S. 373),

Artikel 3 des Gesetzes über die Verlängerung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes und des Gewerbesteuergesetzes vom 30. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 314),

Artikel 9 des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 616) und

Artikel 25 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981)

auch im Land Berlin.“

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit

§ 5 des Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Änderungsgesetzes 1951 vom 27. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 411),

§ 2 Dritter Teil des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 413), Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 373),

Artikel 3 des Gesetzes über die Verlängerung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes und des Gewerbesteuerergesetzes vom 30. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 314),

Artikel 9 des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 616) und

Artikel 25 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 6. Juni 1962

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister
für Familien- und Jugendfragen
Dr. Wuermeling

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

**Bekanntmachung der Neufassung
der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung**

Vom 6. Juni 1962

Auf Grund des § 23 a Abs. 2 des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 13. September 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1722) wird nachstehend der Wortlaut der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung unter Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung vom 6. Juni 1962 (Bundesgesetzblatt I S. 408) bekanntgemacht.

Bonn, den 6. Juni 1962

Der Bundesminister der Finanzen
Dr. Starke

Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
in der Fassung vom 6. Juni 1962
(KStDV 1961)

Zu § 1 Abs. 1 Ziff. 6 des Gesetzes

§ 1

Betriebe gewerblicher Art
von Körperschaften des öffentlichen Rechts

(1) Zu den Betrieben gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts gehören alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen oder anderen wirtschaftlichen Vorteilen dienen. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich.

(2) Die Einrichtung ist als Betrieb gewerblicher Art nur dann steuerpflichtig, wenn sie sich innerhalb der Gesamtbetätigung der Körperschaft wirtschaftlich heraushebt. Diese wirtschaftliche Selbstständigkeit kann in einer besonderen Leitung, in einem geschlossenen Geschäftskreis, in der Buchführung oder in einem ähnlichen auf eine Einheit hindeutenden Merkmal bestehen. Daß die Bücher bei einer anderen Verwaltung geführt werden, ist unerheblich.

(3) Als Verpachtung eines Betriebs gewerblicher Art ist jede entgeltliche Überlassung von Einrichtungen, Anlagen oder Rechten anzusehen, die beim Verpächter einen Betrieb gewerblicher Art darstellen würden.

§ 2

Versorgungsbetriebe, Verkehrsbetriebe und
Hafenbetriebe

Zu den Betrieben gewerblicher Art gehören auch die Betriebe, die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme, dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen.

§ 3

Land- oder forstwirtschaftliche Betriebe

Land- oder forstwirtschaftliche Betriebe von inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind steuerfrei.

§ 4

Hoheitsbetriebe

Betriebe von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (Hoheitsbetriebe), gehören nicht zu den Betrieben gewerblicher Art. Eine Ausübung der öffentlichen Gewalt ist insbesondere anzunehmen, wenn es sich um Leistungen handelt, zu deren Annahme der Leistungsempfänger auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung verpflichtet ist. Hierher gehören z. B. Forschungsanstalten, Wetterwarten, Schlachthöfe, Friedhöfe,

Anstalten zur Lebensmitteluntersuchung, zur Desinfektion, zur Leichenverbrennung, zur Müllbeseitigung, zur Straßenreinigung und zur Abführung von Abwässern und Abfällen.

§ 5

Rechtsform

(1) Ein Betrieb gewerblicher Art ist auch dann unbeschränkt steuerpflichtig, wenn er selbst eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

(2) Betriebe, die in eine privatrechtliche Form gekleidet sind, werden nach den für diese Rechtsform geltenden Vorschriften besteuert.

§ 6

Öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten

Öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten sind auch dann unbeschränkt steuerpflichtig, wenn sie mit Zwangs- oder Monopolrechten ausgestattet sind.

Zu § 4 Abs. 1 Ziff. 6 des Gesetzes

§ 7

Durchführung der Steuerbefreiung

Für die Durchführung der Steuerbefreiung gelten §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1948 (WiGBL. S. 181)¹⁾ und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511) und die Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592).

§ 8

Wohnungs- und Siedlungsunternehmen

Von der Körperschaftsteuer sind befreit

1. Wohnungsunternehmen, solange sie auf Grund des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 29. Februar 1940 — WGG — (Reichsgesetzbl. I S. 438) und der das Gesetz ergänzenden Vorschriften als gemeinnützig anerkannt sind;
2. Unternehmen, solange sie als Organe der staatlichen Wohnungspolitik (§ 28 WGG) anerkannt sind;
3. die von den zuständigen Landesbehörden begründeten oder anerkannten gemeinnützigen

¹⁾ Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1128

Siedlungsunternehmen im Sinn des Reichs-siedlungsgesetzes und im Sinn der Boden-reformgesetze der Länder;

4. die von den obersten Landesbehörden zur Aus-gabe von Heimstätten zugelassenen gemein-nützigen Unternehmen im Sinn des Reichs-heimstättengesetzes.

Zu § 4 Abs. 1 Ziff. 7 des Gesetzes

Pensionskassen und ähnliche Kassen

§ 9

Allgemeines

Rechtsfähige Pensionskassen und ähnliche rechts-fähige Kassen (rechtsfähige Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken-, Unterstützungskassen und son-stige rechtsfähige Hilfskassen für Fälle der Not oder Arbeitslosigkeit) sind von der Körperschaftsteuer unter den folgenden Voraussetzungen befreit:

1. Die Kasse muß sich auf Zugehörige oder frühere Zugehörige einzelner oder mehrerer wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe oder der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich deren Untergliederungen, Ein-richtungen und Anstalten und sonstiger ge-meinnütziger Wohlfahrtsverbände beschrän-ken. Zu den Zugehörigen im Sinn dieser Be-stimmung rechnen auch deren Angehörige (§ 10 des Steueranpassungsgesetzes).
2. Die Mehrzahl der Personen, denen die Leistun-gen der Kasse zugute kommen sollen (Leistungs-empfänger), darf sich nicht aus dem Unter-nehmer oder dessen Angehörigen und bei Gesellschaften nicht aus den Gesellschaftern oder deren Angehörigen zusammensetzen.
3. Bei Auflösung der Kasse darf ihr Vermögen satzungsmäßig nur den Leistungsempfängern oder deren Angehörigen zugute kommen oder für ausschließlich gemeinnützige oder mildtätige Zwecke verwendet werden.
4. Es muß sichergestellt sein, daß der Betrieb der Kasse nach dem Geschäftsplan und nach Art und Höhe der Leistungen eine soziale Ein-richtung darstellt.
5. Außerdem müssen bei Kassen mit Rechts-anspruch der Leistungsempfänger die Voraus-setzungen des § 10, bei Kassen ohne Rechts-anspruch der Leistungsempfänger die Voraus-setzungen des § 11 erfüllt sein.

§ 10

Kassen mit Rechtsanspruch der Leistungsempfänger

(1) Rechtsfähige Pensionskassen und ähnliche rechtsfähige Kassen, die den Leistungsempfängern einen Rechtsanspruch gewähren, müssen als Ver-sicherungsunternehmen nach dem Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunter-nehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), oder als öffentlich-rechtliche Versicherungs-anstalt beaufsichtigt werden.

(2) Der Betrieb einer in Absatz 1 bezeichneten Kasse stellt eine soziale Einrichtung im Sinn des § 4 Abs. 1 Ziff. 7 des Gesetzes insbesondere dann nicht dar, wenn

1. der Arbeitslohn der Mehrzahl der Lei-stungsempfänger den Betrag von 12 000 Deutsche Mark jährlich übersteigt oder
2. die jeweils erreichten Rechtsansprüche der Leistungsempfänger vorbehaltlich des Ab-satzes 3 die folgenden Beträge übersteigen: als Pension 6000 Deutsche Mark jährlich, als Witwengeld 4800 Deutsche Mark jähr-lich, als Waisengeld 1800 Deutsche Mark jähr-lich für jede Waise oder als Sterbegeld 1000 Deutsche Mark als Ge-samtleistung.

(3) Die jeweils erreichten Rechtsansprüche der Leistungsempfänger dürfen in nicht mehr als 12 vom Hundert aller Fälle auf höhere als die in Absatz 2 Ziff. 2 bezeichneten Beträge gerichtet sein. Dies gilt in nicht mehr als 4 vom Hundert aller Fälle für Pension, Witwengeld und Waisengeld uneinge-schränkt. Im übrigen dürfen die Rechtsansprüche die folgenden Beträge nicht übersteigen:

- als Pension 12 000 Deutsche Mark jährlich,
- als Witwengeld 6000 Deutsche Mark jährlich,
- als Waisengeld 2400 Deutsche Mark jährlich für jede Waise,
- als Sterbegeld 1500 Deutsche Mark als Gesamt-leistung.

§ 11

Kassen ohne Rechtsanspruch der Leistungs-empfänger

Rechtsfähige Unterstützungskassen und sonstige rechtsfähige Hilfskassen für Fälle der Not oder Ar-beitslosigkeit, die den Leistungsempfängern keinen Rechtsanspruch gewähren, müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. Die ausschließliche und unmittelbare Ver-wendung des Vermögens und der Einkünfte der Kasse muß satzungsmäßig und tatsächlich für die Zwecke der Kasse dauernd gesichert sein.
2. Die Zugehörigen des Betriebs oder die Zu-gehörigen der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich ihrer Unter-gliederungen, Einrichtungen und Anstalten und sonstiger gemeinnütziger Wohlfahrtsverbände (§ 9 Ziff. 1) dürfen zu laufenden Beiträgen oder zu sonstigen Zuschüssen nicht verpflichtet sein.
3. Den Zugehörigen des Betriebs oder den Zu-gehörigen der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege einschließlich ihrer Unter-gliederungen, Einrichtungen und Anstalten und sonstiger gemeinnütziger Wohlfahrtsverbände (§ 9 Ziff. 1) oder den Arbeitnehmervertretun-gen des Betriebs muß satzungsmäßig und tat-sächlich das Recht zustehen, an der Verwaltung sämtlicher Beträge, die der Kasse zufließen, beratend mitzuwirken.

4. Die laufenden Leistungen und das Sterbegeld dürfen die in § 10 Abs. 2 und 3 bezeichneten Beträge nicht übersteigen.

§ 12

Kleinere Versicherungsvereine

Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinn des § 53 des Gesetzes über die Aufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85), sind von der Körperschaftsteuer befreit,

1. wenn ihre Beitragseinnahmen im Durchschnitt der letzten drei Wirtschaftsjahre einschließlich des im Veranlagungszeitraum endenden Wirtschaftsjahrs die folgenden Jahresbeträge nicht überstiegen haben:
 - a) 250 000 Deutsche Mark bei Versicherungsvereinen, die die Lebensversicherung oder die Krankenversicherung betreiben,
 - b) 50 000 Deutsche Mark bei allen übrigen Versicherungsvereinen, oder
2. wenn sich ihr Geschäftsbetrieb auf die Sterbegeldversicherung beschränkt, sie kein höheres Sterbegeld als 800 Deutsche Mark als Gesamtleistung gewähren und im übrigen die Voraussetzungen des § 9 Ziff. 3 erfüllen.

Zu § 4 Abs. 1 Ziff. 8 des Gesetzes

§ 13

**Berufsverbände
ohne öffentlich-rechtlichen Charakter**

(1) Zu den Berufsverbänden ohne öffentlich-rechtlichen Charakter im Sinn des § 4 Abs. 1 Ziff. 8 des Gesetzes können Berufsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer (z. B. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) und andere Berufsverbände (z. B. Wirtschaftsverbände, Bauernvereine und Hausbesitzervereine) gehören.

(2) Liegt ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb im Sinn des § 14 Abs. 1 vor, so dient er dem Verbandszweck, wenn der Berufsverband durch ihn allgemeine ideelle oder wirtschaftliche Interessen des Berufsstandes oder Wirtschaftszweiges wahrnimmt. Diese Voraussetzung gilt als erfüllt, wenn der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb der Erfüllung von Aufgaben dient, die dem Berufsverband auf Grund von gesetzlichen Vorschriften übertragen worden sind oder aus öffentlichen Mitteln gefördert werden.

(3) Im Sinn des Absatzes 2 Satz 1 dienen dem Verbandszweck zum Beispiel

1. die Herausgabe, der Verlag oder der Vertrieb von Fachzeitschriften, Fachzeitungen und anderen fachlichen Druckerzeugnissen des Berufsstandes oder Wirtschaftszweiges, einschließlich der Aufnahme von Fachanzeigen;
2. die Ausbildung und Fortbildung der Angehörigen des Berufsstandes oder Wirtschaftszweiges, einschließlich des Unterhaltens von diesen Zwecken dienenden Einrichtungen;

3. die Beratung und Vertretung der Angehörigen des Berufsstandes oder Wirtschaftszweiges in Angelegenheiten, die sich aus der Zugehörigkeit zu dem Berufsstand oder Wirtschaftszweig ergeben;
4. die Durchführung sozialer, kultureller, staatspolitischer, gesellschaftspolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Aufgaben, einschließlich des Unterhaltens von diesen Zwecken dienenden Einrichtungen;
5. die Veranstaltungen zur Werbung und zur Förderung des Verbandslebens.

(4) Treffen in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb Tätigkeiten, die dem Verbandszweck dienen, und Tätigkeiten, die dem Verbandszweck nicht dienen, zusammen, so gilt er als ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb im Sinn des Absatzes 2, wenn die Einnahmen aus den nicht dem Verbandszweck dienenden Tätigkeiten 10 vom Hundert der gesamten Einnahmen des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs, höchstens 10 000 DM, nicht übersteigen.

(5) Unterhält ein Berufsverband wirtschaftliche Geschäftsbetriebe, die dem Verbandszweck nicht dienen, so gelten sie als wirtschaftliche Geschäftsbetriebe im Sinn des Absatzes 2, wenn die Einnahmen aus dem einzelnen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb 1000 DM nicht übersteigen.

Zu § 4 Abs. 1 Ziff. 8 und 9 des Gesetzes

§ 14

**Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb,
Vermögensverwaltung**

(1) Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist eine selbständige nachhaltige Tätigkeit, durch die Einnahmen oder andere wirtschaftliche Vorteile erzielt werden und die über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, ist nicht erforderlich.

(2) Vermögensverwaltung liegt in der Regel vor, wenn Vermögen genutzt wird, z. B. Kapitalvermögen verzinslich angelegt, unbewegliches Vermögen vermietet oder verpachtet wird.

Zu §§ 5 bis 7 und 20 des Gesetzes

§ 15

**Anwendung
einkommensteuerrechtlicher Vorschriften**

Bei der Veranlagung zur Körperschaftsteuer sind anzuwenden

1. die folgenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes:
 - § 2 Abs. 2 bis 4, Abs. 5 Ziff. 1 und 3, Abs. 6 Ziff. 1 Satz 1 und Ziff. 2,
 - § 3 Ziff. 8 Satz 1, Ziff. 11 Satz 1, Ziff. 18, 21, 25, 26, 27, 28, 41, 42, 44, 45, 47, 53, 54 und 56,
 - § 3 a,
 - § 3 b,
 - §§ 4 bis 7,
 - § 7 a Abs. 2 Satz 2,
 - §§ 7 b und 7 c,

§ 7 d EStG 1957,
 §§ 7 e und 8,
 § 9 Ziff. 1 bis 3 und 6,
 § 10 Abs. 1 Ziff. 6,
 § 10 d,
 § 11,
 § 13 Abs. 1 und 2,
 § 14 Abs. 1,
 § 15,
 § 16 Abs. 1 bis 3,
 § 17 Abs. 1, 2 und 5,
 § 18 Abs. 1, 2 und 3 Sätze 1 bis 3,
 §§ 20 bis 25,
 § 29 Abs. 1, 2 und 4,
 § 31 Abs. 1,
 § 34 c Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 bis 4 und 6,
 § 34 d Abs. 2 und 3,
 § 35,
 §§ 43 und 44,
 § 47,
 § 49,
 § 50 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5, Abs. 2, 4 und 5,
 § 50 a Abs. 4 bis 7,
 § 52 Abs. 3, 5 und 6,
 § 53.

§ 7 e des Einkommensteuergesetzes ist auf solche Körperschaften anzuwenden, deren Mitglieder oder Gesellschafter während des Wirtschaftsjahrs, für das die Bewertungsfreiheit in Anspruch genommen wird, zu dem in § 7 e Abs. 1 Satz 1 Ziff. 1 oder 2 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Personenkreis gehören. Liegen nicht bei allen Mitgliedern oder Gesellschaftern die Voraussetzungen des § 7 e Abs. 1 Satz 1 Ziff. 1 oder 2 des Einkommensteuergesetzes vor, so gilt § 7 e des Einkommensteuergesetzes mit der Maßgabe, daß Bewertungsfreiheit von Aktiengesellschaften nicht, von anderen Körperschaften nur in Höhe des Hundertsatzes in Anspruch genommen werden kann, mit dem die Mitglieder oder Gesellschafter, die die Voraussetzungen des § 7 e Abs. 1 Satz 1 Ziff. 1 oder 2 des Einkommensteuergesetzes erfüllen, an der Körperschaft beteiligt sind.

§ 50 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 und 5, Abs. 2, 4 und 5 und § 50 a Abs. 4 bis 7 des Einkommensteuergesetzes gelten entsprechend im Fall des § 2 Abs. 2 des Gesetzes.

2. die folgenden Vorschriften der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung:

§§ 1 und 2,
 §§ 5 bis 13,
 §§ 16 bis 23,
 § 27,
 § 53,
 § 56 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 bis 5,
 § 58,

§ 60,
 §§ 68 a bis 68 g,
 § 69,
 § 73 Abs. 1 und 3,
 § 73 a Abs. 2 und 3,
 §§ 73 b bis 73 i,
 §§ 74 bis 77,
 §§ 79 bis 82,
 § 82 a,
 § 82 b,
 § 84 Abs. 3 bis 5.

§ 16

Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Bei Steuerpflichtigen, die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs zur Führung von Büchern verpflichtet sind, sind alle Einkünfte als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu behandeln.

§ 16 a

Vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr

In den Fällen des § 5 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes ist

1. § 11 Ziff. 5 des Gesetzes auf die Ausgaben im Kalenderjahr zu beziehen;
2. bei Anwendung des § 211 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 Halbsatz 2 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 446) von den Leistungen im Kalenderjahr auszugehen.

§ 17

Krankenversicherungsunternehmen

(1) Bei Versicherungsunternehmen, die das Krankenversicherungsgeschäft allein oder neben anderen Versicherungszweigen nach einem von der Versicherungsaufsichtsbehörde genehmigten technischen Geschäftsplan im Sinn der §§ 11 und 12 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen vom 6. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 85) betreiben, sind Beitragsrück-erstattungen, die auf Grund des Geschäftsergebnisses gewährt werden und aus dem Krankenversicherungsgeschäft stammen, abzugsfähig; Zuführungen zu Rücklagen für solche Beitragsrückerstattungen sind nur insoweit abzugsfähig, als die ausschließliche Verwendung der Rücklagen für diesen Zweck durch Satzung, Versicherungsbedingungen oder durch geschäftsplanmäßige Erklärung gesichert ist.

(2) Bei den in Absatz 1 bezeichneten Versicherungsunternehmen sind für das Krankenversicherungsgeschäft mindestens 5 vom Hundert des nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ermittelten Gewinns zu versteuern, von dem der bei dem Krankenversicherungsgeschäft für die Versicherten bestimmte Anteil noch nicht abgezogen ist.

§ 18

Beschränkt steuerpflichtige Versicherungsunternehmen

(1) Bei beschränkt steuerpflichtigen Versicherungsunternehmen ist für die Berechnung des inländischen steuerpflichtigen Einkommens von dem technischen Ergebnis im inländischen Versicherungsgeschäft auszugehen, wenn für das inländische Versicherungsgeschäft eine steuerlich einwandfreie gesonderte Ermittlung des Inlandeinkommens möglich ist. Hinzuzurechnen ist der dem Inlandgeschäft entsprechende Anteil an den Vermögenserträgen des Gesamtunternehmens, abzuziehen ist der dem inländischen Versicherungsgeschäft entsprechende Anteil an den Generalunkosten des Gesamtunternehmens, soweit diese Anteile nicht im technischen Ergebnis des inländischen Versicherungsgeschäfts enthalten sind.

(2) Wenn für das inländische Versicherungsgeschäft eine steuerlich einwandfreie gesonderte Ermittlung des Inlandeinkommens nicht möglich ist, so ist als inländisches steuerpflichtiges Einkommen der dem Verhältnis der inländischen Prämieinnahme zur Gesamtprämieinnahme entsprechende Teil des ausgewiesenen Gewinns des Gesamtunternehmens zugrunde zu legen.

(3) Dem nach den Absätzen 1 und 2 berechneten Betrag sind die nicht abzugsfähigen Ausgaben hinzuzurechnen.

§ 19

Verdeckte Gewinnausschüttungen

Bei der Ermittlung des Einkommens sind verdeckte Gewinnausschüttungen zu berücksichtigen.

Beispiele:

1. Ein Gesellschafter führt Vorstandsgeschäfte und erhält dafür ein unangemessen hohes Gehalt.
2. Eine Gesellschaft zahlt an einen Gesellschafter besondere Umsatzvergütungen neben einem angemessenen Gehalt.
3. Ein Gesellschafter erhält ein Darlehen von der Gesellschaft zinslos oder zu einem außergewöhnlich geringen Zinsfuß.
4. Ein Gesellschafter erhält von der Gesellschaft ein Darlehen, obwohl schon bei der Darlehenshingabe mit der Uneinbringlichkeit gerechnet werden muß.
5. Ein Gesellschafter gibt der Gesellschaft ein Darlehen zu einem außergewöhnlich hohen Zinsfuß.
6. Ein Gesellschafter liefert an die Gesellschaft Waren oder erwirbt von der Gesellschaft Waren und sonstige Wirtschaftsgüter zu ungewöhnlichen Preisen oder erhält besondere Preisnachlässe und Rabatte.
7. Ein Gesellschafter verkauft Aktien an die Gesellschaft zu einem höheren Preis als dem Kurswert, oder die Gesellschaft verkauft Aktien an einen Gesellschafter zu einem niedrigeren Preis als dem Kurswert.

8. Eine Gesellschaft übernimmt zum Vorteil eines Gesellschafters eine Schuld oder sonstige Verpflichtungen, wie Bürgschaften.

9. Eine Gesellschaft verzichtet auf Rechte, die ihr einem Gesellschafter gegenüber zustehen.

10. Ein Dritter, der nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für einen Gesellschafter persönlich tätig ist, erhält dafür eine Gesamtvergütung, welche die Gesellschaft unter Unkosten verbucht.

Zu § 8 Abs. 1 des Gesetzes

§ 20

Mitgliederbeiträge

(1) Mitgliederbeiträge im Sinn des § 8 Abs. 1 des Gesetzes sind Beiträge, die die Mitglieder einer Personenvereinigung lediglich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder nach den Satzungen zu entrichten verpflichtet sind.

(2) Bei Versicherungsunternehmen ist die Vorschrift des § 8 Abs. 1 des Gesetzes auf Leistungen der Mitglieder, die ein Entgelt für die Übernahme der Versicherung darstellen, nicht anzuwenden.

Zu § 9 des Gesetzes

§ 21

Schachtelgesellschaften

Die Vergünstigung für Schachtelgesellschaften nach § 9 des Gesetzes kommt nur für solche Aktien, Kuxe oder Anteile in Betracht, die der unbeschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaft, dem unbeschränkt steuerpflichtigen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit oder dem Betrieb einer inländischen Körperschaft des öffentlichen Rechts ununterbrochen seit mindestens zwölf Monaten vor dem für die Ermittlung des Gewinns maßgebenden Schlußstichtag gehört haben.

§ 22

Vermögensmitteilung

Entfällt ein nach § 9 Abs. 1 des Gesetzes außer Ansatz bleibender Gewinnanteil auf eine Beteiligung an einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und übersteigt dieser Gewinnanteil 8 vom Hundert des eingezahlten Nennbetrags dieser Beteiligung, so hat das Finanzamt das bei der letzten Veranlagung zur Vermögensteuer festgestellte Vermögen der Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder das Verhältnis dieses Vermögens zum eingezahlten Stammkapital (Nennkapital) dem schachtelbegünstigten Gesellschafter auf Anfrage mitzuteilen, soweit dies für die Zwecke der besonderen Körperschaftsteuer nach § 9 Abs. 3 des Gesetzes erforderlich ist.

§ 23

**Übergangsregelung
für die besondere Körperschaftsteuer
im Sinn des § 9 Abs. 3 des Gesetzes**

(1) Für Gewinnanteile, die bei der ausschüttenden Kapitalgesellschaft Gewinnausschüttungen für Wirtschaftsjahre darstellen, die vor dem 1. Januar 1955 enden, ist die besondere Körperschaftsteuer nicht zu erheben.

(2) Die Gewinnanteile im Sinn des § 9 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes, die bei der ausschüttenden Kapitalgesellschaft Gewinnausschüttungen für ihr vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr 1954/1955 darstellen, werden nur mit dem Teil angesetzt, der bei der ausschüttenden Kapitalgesellschaft dem Verhältnis der auf das Kalenderjahr 1955 entfallenden Umsätze des Wirtschaftsjahrs 1954/1955 zu den gesamten in diesem Wirtschaftsjahr erzielten Umsätzen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 des Körperschaftsteuergesetzes in der Fassung vom 21. Dezember 1954 — KStG 1955 —, Bundesgesetzbl. I S. 467) entspricht. Fallen diese Gewinnanteile in dem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr 1954/1955 an, so ist Satz 1 nur auf Antrag und mit der Maßgabe anzuwenden, daß der der besonderen Körperschaftsteuer unterliegende Teil der Gewinnanteile dem Veranlagungszeitraum 1955 zuzurechnen ist. Das für die Veranlagung der ausschüttenden Kapitalgesellschaft zuständige Finanzamt hat das nach Satz 1 maßgebende Umsatzverhältnis dem schachtelbegünstigten Gesellschafter auf Anfrage mitzuteilen.

(3) Gewinnausschüttungen gelten als für das Wirtschaftsjahr vorgenommen, auf dessen Gewinn sich der Gewinnverteilungsbeschluß bezieht.

Zu § 11 Ziff. 2 des Gesetzes

§ 24

Versicherungstechnische Rücklagen

(1) Zuführungen zu versicherungstechnischen Rücklagen (§ 11 Ziff. 2 des Gesetzes) sind insoweit abzugsfähig, als es sich bei diesen Rücklagen um echte Schuldposten oder um Posten handelt, die der Rechnungsabgrenzung dienen. Dabei dürfen die Rücklagen den Betrag nicht übersteigen, der zur Sicherstellung der Verpflichtungen aus den am Bilanzstichtag bestehenden Versicherungsverträgen erforderlich ist.

(2) Für die Abzugsfähigkeit der Zuführungen zu Rücklagen zum Ausgleich des schwankenden Jahresbedarfs sind insbesondere folgende Voraussetzungen erforderlich:

1. Es muß nach den Erfahrungen in dem betreffenden Versicherungszweig mit erheblichen Schwankungen des Jahresbedarfs zu rechnen sein.
2. Die Schwankungen des Jahresbedarfs dürfen nicht durch die Prämien ausgeglichen werden. Sie müssen aus den am Bilanzstichtag bestehenden Versicherungsverträgen herrühren und dürfen nicht durch Rückversicherungen gedeckt sein.

Zu § 11 Ziff. 5 des Gesetzes

§ 25

Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke

(1) Für die Begriffe gemeinnützige, mildtätige, kirchliche, religiöse und wissenschaftliche Zwecke im Sinn des § 11 Ziff. 5 des Gesetzes gelten §§ 17

bis 19 des Steueranpassungsgesetzes vom 16. Oktober 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 925) in der Fassung der Anlage 1 der Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes vom 16. Oktober 1948 (WiGBI. S. 181)²⁾ und des Gesetzes zur Änderung von einzelnen Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 11. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 511) und die Verordnung zur Durchführung der §§ 17 bis 19 des Steueranpassungsgesetzes (Gemeinnützigkeitsverordnung) vom 24. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1592).

(2) Gemeinnützige Zwecke der in Absatz 1 bezeichneten Art müssen außerdem durch Anordnung der Bundesregierung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, allgemein als besonders förderungswürdig anerkannt worden sein.

(3) Zuwendungen für die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Zwecke sind nur dann abzugsfähig, wenn

1. der Empfänger der Zuwendungen eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder eine öffentliche Dienststelle (z. B. Universität, Forschungsinstitut) ist und bestätigt, daß der zugewendete Betrag zu einem der in den Absätzen 1 oder 2 bezeichneten Zwecke verwendet wird, oder
2. der Empfänger der Zuwendungen eine in § 4 Abs. 1 Ziff. 6 des Gesetzes bezeichnete Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse ist und bestätigt, daß sie den zugewendeten Betrag nur für ihre satzungsmäßigen Zwecke verwendet.

(4) Die Bundesregierung kann mit Zustimmung des Bundesrates durch Anordnung Ausgaben im Sinn des § 11 Ziff. 5 des Gesetzes als steuerbegünstigt auch anerkennen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 oder des Absatzes 3 nicht gegeben sind.

§ 26

Förderung staatspolitischer Zwecke

(1) Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke können nur abgezogen werden, wenn sie an eine durch besondere Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates anerkannte juristische Person gegeben werden, die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung

1. ausschließlich staatspolitische Zwecke verfolgt und
2. weder eine politische Partei ist noch ihre Mittel für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

Staatspolitische Zwecke im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die auf eine allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich des Grundgesetzes und in Berlin (West) gerichtet sind; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatspolitischer Art verfolgen oder die auf den kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind.

²⁾ Im Land Berlin: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin 1952 S. 1128

(2) Die Empfängerin der Zuwendungen muß bestätigen, daß sie den ihr zugewendeten Betrag und ihre übrigen Mittel nur für staatspolitische Zwecke (Absatz 1), nicht aber für die unmittelbare oder mittelbare Unterstützung oder Förderung politischer Parteien verwendet.

§ 27

Überleitungsvorschrift zum Spendenabzug

(1) Soweit gemeinnützige Zwecke vor dem 1. Juli 1951³⁾ als besonders förderungswürdig anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

(2) Soweit Zweck und Form von Zuwendungen vor dem 1. Juli 1951³⁾ als steuerbegünstigt anerkannt worden sind, bleiben die Anerkennungen aufrechterhalten.

Zu § 19 des Gesetzes

§ 27 a

Personenbezogene Kapitalgesellschaften

Bei Anwendung des § 19 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes sind eigene Anteile als Anteile zu behandeln, die nicht einer natürlichen Person gehören.

§ 28

Steuersatz für Kreditanstalten

(1) Langfristige Kredite im Sinn des § 19 Abs. 2 des Gesetzes sind nur solche Kredite, die nicht binnen vier Jahren rückzahlbar sind.

(2) Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, die sich auf die in § 5 des Hypothekendarlehenbankgesetzes genannten Geschäfte beschränken, sind wie reine Hypothekendarlehenbanken zu behandeln.

§ 29

Berücksichtigungsfähige Ausschüttungen

Ausschüttungen auf Grund eines Beschlusses, durch den der Gewinn eines bestimmten Wirtschaftsjahrs verteilt wird, können nur berücksichtigungsfähige Ausschüttungen dieses Wirtschaftsjahrs sein.

§ 30

Lebensversicherungsgesellschaften, Krankenversicherungsgesellschaften, Zentralkassen

Die Ermäßigung der Körperschaftsteuer für die berücksichtigungsfähigen Ausschüttungen (§ 19 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 des Gesetzes) tritt auch bei der Besteuerung nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes, nach § 17 Abs. 2 und nach § 34 Satz 2 ein.

Zu § 23 des Gesetzes

Genossenschaften

§ 31

Landwirtschaftliche Nutzungs- und Verwertungsgenossenschaften

(1) Genossenschaften sind von der Körperschaftsteuer befreit, wenn sich ihr Geschäftsbetrieb beschränkt

1. auf die gemeinschaftliche Benutzung land- und forstwirtschaftlicher Betriebseinrichtungen oder Betriebsgegenstände (z. B. Dreschgenossenschaften, Pfluggenossenschaften, Zuchtgenossenschaften) oder
2. auf die Bearbeitung oder die Verwertung der von den Mitgliedern selbst gewonnenen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse, wenn die Bearbeitung oder die Verwertung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft liegt (z. B. Molkereigenossenschaften, Winzergenossenschaften, Brennereigenossenschaften, Viehverwertungsgenossenschaften, Eiervwertungsgenossenschaften).

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Genossenschaft an einem steuerpflichtigen Unternehmen beteiligt ist. Das gilt nicht bei einer geringfügigen Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft oder einer Genossenschaft. Eine Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft ist geringfügig, wenn der Nennwert der Beteiligung 4 vom Hundert des Nennkapitals der Kapitalgesellschaft nicht übersteigt. Eine Beteiligung an einer Genossenschaft ist geringfügig, wenn das Stimmrecht 4 vom Hundert aller Stimmrechte und das Geschäftsguthaben 10 vom Hundert der Summe aller Geschäftsguthaben nicht übersteigen.

§ 32

Steuerliche Anfangsbilanz beim Eintritt in die Steuerpflicht

(1) Wird eine Genossenschaft, die bisher nach § 31 Körperschaftsteuerfrei war, steuerpflichtig, so kann sie auf den Beginn des Wirtschaftsjahrs, in dem die Steuerpflicht begründet worden ist, eine von den Wertansätzen in der Handelsbilanz abweichende steuerliche Anfangsbilanz aufstellen. In dieser Anfangsbilanz sind alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit den Teilwerten, höchstens jedoch mit den sich aus den Absätzen 2 bis 4 ergebenden Höchstwerten anzusetzen.

(2) Höchstwerte sind

1. für Wirtschaftsgüter, die am 21. Juni 1948 vorhanden waren, die Werte, die nach dem D-Markbilanzgesetz vom 21. August 1949 (WiGBl. S. 279) und seinen Ergänzungsgesetzen in eine steuerliche Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark für den 21. Juni 1948 höchstens hätten eingestellt werden können. Das gilt auch, wenn in der Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark für den 21. Juni 1948 niedrigere Werte angesetzt worden sind. Wirtschaftsgüter, die unter das Vierte D-Markbilanzergänzungsgesetz vom 7. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 413) fallen, können mit den nach diesem Gesetz zulässigen Höchstwerten auch dann angesetzt werden, wenn in der Handelsbilanz niedrigere Werte angesetzt worden sind,
2. für Wirtschaftsgüter, die nach dem 21. Juni 1948 angeschafft oder hergestellt worden sind, die Anschaffungs- oder Herstellungskosten,

³⁾ Im Land Berlin: 22. August 1951

vermindert um die Absetzungen für Abnutzung oder Substanzverringerung (§ 7 des Einkommensteuergesetzes).

(3) Für Genossenschaften, die unter § 1 Abs. 1 des D-Markbilanzgesetzes vom 12. August 1950 (Verordnungsblatt für Groß-Berlin Teil I S. 329) fallen, tritt bei Anwendung des Absatzes 2 an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 1. April 1949.

(4) Für Genossenschaften, die unter § 1 Abs. 1, § 3 des D-Markbilanzgesetzes für das Saarland vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 372) fallen, tritt bei Anwendung des Absatzes 2 an die Stelle des 21. Juni 1948 jeweils der 6. Juli 1959.

§ 33

Kreditgenossenschaften

Die Körperschaftsteuer wird auf 19 vom Hundert des Einkommens ermäßigt bei Kreditgenossenschaften, die Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewähren. § 35 ist nicht anwendbar.

§ 34

Zentralkassen

Die Körperschaftsteuer der Zentralkassen wird auf 19 vom Hundert des Einkommens ermäßigt, wenn Kredite ausschließlich an ihre Mitglieder gewährt werden und sie sich auf ihre eigentlichen genossenschaftlichen Aufgaben beschränken. Das gilt auch für die Zentralen, die in Form einer Kapitalgesellschaft betrieben werden. § 35 ist nicht anwendbar.

§ 35

Warenrückvergütungen

(1) Warenrückvergütungen sind solche Vergütungen, die unter Bemessung nach der Höhe des Warenbezugs bezahlt sind. Nachzahlungen der Genossenschaft für Lieferungen oder Leistungen und Rückzahlungen von Unkostenbeiträgen sind wie Warenrückvergütungen zu behandeln. Die Höhe der Warenrückvergütungen kann auch durch Beschluß der Mitgliederversammlung und nach Ablauf des Wirtschaftsjahrs festgesetzt werden.

(2) Warenrückvergütungen an Nichtmitglieder sind Betriebsausgaben. Warenrückvergütungen an Mitglieder gelten nur insoweit als Betriebsausgaben, als die dafür verwendeten Beträge im Mitgliedergeschäft erwirtschaftet sind. Zur Feststellung dieser Beträge ist der Überschuß

1. bei Einkaufs- und Verbrauchergenossenschaften im Verhältnis des Mitgliederumsatzes zum Gesamtumsatz,

2. bei Absatz- und Produktionsgenossenschaften (z. B. Verwertungsgenossenschaften) im Verhältnis des Wareneinkaufs bei Mitgliedern zum gesamten Wareneinkauf

aufzuteilen. Der hiernach sich ergebende Gewinn aus dem Mitgliedergeschäft bildet die obere Grenze für den Abzug der Warenrückvergütungen an Mitglieder. Überschuß im Sinn des Satzes 3 ist das um den Gewinn aus Nebengeschäften geminderte Einkommen vor Abzug aller Warenrückvergütungen und vor Berücksichtigung des Verlustabzugs.

Schlußvorschriften

§ 36

Geltungsbereich

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1961 anzuwenden.

§ 37

Anwendung im Land Berlin

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit

§ 5 des Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-Änderungsgesetzes 1951 vom 27. Juni 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 411),

§ 2 Dritter Teil des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften und zur Sicherung der Haushaltsführung vom 24. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 413),

Artikel 15 des Gesetzes zur Neuordnung von Steuern vom 16. Dezember 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 373),

Artikel 3 des Gesetzes über die Verlängerung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen zur Durchführung des Körperschaftsteuergesetzes und des Gewerbesteuergesetzes vom 30. März 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 314),

Artikel 9 des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 616) und

Artikel 25 des Steueränderungsgesetzes 1961 vom 13. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 981)

auch im Land Berlin.